

Wissen und Macht – Wissenschaft in Politik und Gesellschaft

Mittwoch, 15. Oktober 2025, 09:30–17:30 Uhr

Alte Universität, Aula, Grabengasse 1, 69117 Heidelberg

| | |
|---|----|
| Begrüßung..... | 3 |
| Helmut Frister · Vorsitzender des Deutschen Ethikrates | 3 |
| Grußwort | 4 |
| Andreas Dreuw · Universität Heidelberg | 4 |
| Zeitdiagnostische Einführung | 5 |
| Eva Winkler · Deutscher Ethikrat..... | 5 |
| Spannungsverhältnisse wissenschaftlicher Politikberatung..... | 7 |
| Peter Strohschneider · Ludwig-Maximilians-Universität München..... | 7 |
| I. Was ist und kann Wissenschaft? | 11 |
| Wissenschaftstheoretische Perspektive..... | 11 |
| Judith Simon · Deutscher Ethikrat..... | 11 |
| Wissenschaftssoziologische Perspektive | 15 |
| Alexander Bogner · Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie | 15 |
| Moderiertes Gespräch | 18 |
| Moderation: Uta Eser · Deutscher Ethikrat | 18 |
| II. Was erwarten Wissenschaft und Politik voneinander? | 28 |
| Politikwissenschaftlicher Impuls | 29 |
| Wolfgang Schroeder · Universität Kassel | 29 |
| Erfahrungsbericht aus der Politik..... | 32 |
| Helge Braun · Präsident der Universität zu Lübeck | 32 |
| Erfahrungsbericht aus der Wissenschaft | 36 |
| Armin Grunwald · Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag..... | 36 |
| Moderiertes Gespräch | 39 |
| Moderation: Achim Wambach · Deutscher Ethikrat | 39 |
| III. Wie kommen Forschende und Wissenschaft in der Öffentlichkeit an?..... | 51 |
| Zur Perzeption der Wissenschaft | 51 |
| Lars Guenther · Ludwig-Maximilians-Universität München..... | 51 |
| Zur Rolle klassischer Medien | 54 |
| Marleen Halbach Theile · Science Media Center Germany | 54 |
| Zur Rolle plattformbasierter Medien | 58 |
| Edda Humprecht · Friedrich-Schiller-Universität Jena | 58 |
| Moderiertes Gespräch | 61 |
| Moderation: Cornelia Betsch · Deutscher Ethikrat | 61 |

| | |
|---|----|
| IV. Wissenschaft – Politik – Gesellschaft: Wie kann ein konstruktiver Austausch gelingen? | 74 |
| Abschlusspodium | 74 |
| Moderation: Judith Simon · Deutscher Ethikrat | 74 |
| Philipp Schrögel · Technische Universität Chemnitz..... | 75 |
| Frank Niggemeier · Ehem. Geschäftsführer des Sachverständigenrats Gesundheit & Pflege | 77 |
| Malte Petersen · Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung | 79 |
| Bettina Rockenbach · Präsidentin der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina..... | 80 |
| Schlusswort | 96 |
| Helmut Frister · Vorsitzender des Deutschen Ethikrates | 96 |

Hinweis: Bei dem folgenden Text handelt es sich nicht um eine wörtliche Transkription. Der Text wurde lektoriert, um eine gute Lesbarkeit herzustellen.

Transkription und Lektorat: Contexta Dr. Anette Nagel

Begrüßung

Helmut Frister · Vorsitzender des Deutschen Ethikrates

Guten Morgen, meine Damen und Herren, ich bin Helmut Frister und freue mich, Sie im Namen des Deutschen Ethikrates zu unserer Herbsttagung hier in der ehrwürdigen Aula der Universität Heidelberg begrüßen zu können.

Ein ebenso herzliches Willkommen geht an unsere Zuschauer im Livestream, den Sie wie üblich wahlweise auch mit Untertiteln und in Gebärdensprache verfolgen können. Im letzten Jahr konnte wegen der Verzögerung bei der Neubesetzung des Deutschen Ethikrates leider keine Herbsttagung stattfinden. Umso mehr freuen wir uns, heute die Tradition wieder aufzunehmen, im Herbst jedes Jahres eine öffentliche Tagung außerhalb von Berlin zu veranstalten.

Für die Erörterung unseres heutigen Themas „Wissen und Macht – Wissenschaft in Politik und Gesellschaft“ hätten wir uns keinen passenderen Ort vorstellen können als die altherwürdige Universität Heidelberg. Deswegen sind wir der Universitätsleitung unter der Führung der Rektorin Frauke Melchior sehr dankbar, dass sie es uns ermöglicht hat, in diesem wunderschönen Saal zu tagen. Wir freuen uns zusätzlich, dass Prorektor Andreas Dreuw unsere Tagung gleich noch mit einem Grußwort bereichern wird.

Das Verhältnis von Wissen und Macht war in der Geschichte wohl nie unproblematisch, wird aber in neuerer Zeit besonders intensiv und kontrovers diskutiert. Markante Beispiele dafür sind die Diskussionen um die Maßnahmen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie und des Klimawandels. Es erschien uns deshalb sinnvoll, in einer öffentlichen Tagung allgemein der Frage nachzugehen, welche Bedeutung die Wissenschaft für politische

und gesellschaftliche Entscheidungen hat und haben kann. Wir wollen unter anderem diskutieren, wie objektiv, verlässlich und beständig wissenschaftliche Erkenntnis ist und sein kann, wodurch sie sich von einer bloßen Meinung unterscheidet und inwieweit ihre Berücksichtigung bei politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen gegenüber der bloßen Berufung auf den gesunden Menschenverstand vorteilhaft ist.

Nach dem Grußwort des Prorektors und einer zeitdiagnostischen Einführung in das Thema durch die Sprecherin unserer Vorbereitungsgruppe und stellvertretende Ethikratsvorsitzende Eva Winkler wird uns Peter Strohschneider die Spannungsverhältnisse wissenschaftlicher Politikberatung vorstellen. Anschließend werden wir unser Thema in vier Blöcken erörtern:

Wir beginnen mit der ebenso schlichten wie grundlegenden Frage, was Wissenschaft eigentlich ist, was sie kann und was sie nicht kann. Im Anschluss werden wir uns näher mit den Erwartungen der Politik an die Wissenschaft und umgekehrt der Wissenschaft an die Politik befassen.

Nach der Mittagspause geht es zunächst um die Notwendigkeit und Problematik der Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse gegenüber der Öffentlichkeit. Zum Abschluss wollen wir alles zusammenbinden mit der Frage, wie ein konstruktiver Austausch zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gelingen kann.

Das ist ein anspruchsvolles Programm, für das wir zu unserer großen Freude eine Vielzahl hochkarätiger Referentinnen und Referenten gewinnen konnten. Zu ihnen gehörte auch Harald Lesch, der noch im Programm ausgewiesen ist, aber leider krankheitsbedingt absagen musste. Umso mehr freuen wir uns, dass Malte Petersen schon vorher zugesagt hatte, unser Abschlusspodium zusätzlich zu bereichern.

Unsere Referentinnen und Referenten werden wir Ihnen aus Zeitgründen nur kurz vorstellen. Die ausführlichen Informationen finden Sie in der Tagungsmappe.

Wir freuen uns auf interessante und spannende Vorträge, vor allem aber auch auf Ihre Fragen und Kommentare, die während der gesamten Veranstaltung über Slido möglich sind. Hier vor Ort wird es außerdem die Möglichkeit geben, sich über die Saalmikrophone zu beteiligen. Auch über Instagram, LinkedIn und Bluesky können Sie unter dem Hashtag „Wissen und Macht“ gerne mit uns diskutieren.

Falls Sie die Veranstaltung heute nicht vollständig verfolgen können, haben Sie wie immer die Möglichkeit, dies nachzuholen. Die Veranstaltung wird aufgezeichnet und im Nachgang auf der Website des Ethikrates zur Verfügung gestellt. Der guten Ordnung halber weise ich deshalb auch darauf hin, dass im Zuge der Dokumentation während der gesamten Tagung Bild- und Videoaufnahmen angefertigt werden.

Nun aber freue ich mich auf das Grußwort des Prorektors der Universität Heidelberg und direkt im Anschluss auf die zeitdiagnostische Einführung von Eva Winkler. Herr Dreuw, Sie haben das Wort.

Grußwort

Andreas Dreuw · Universität Heidelberg

Sehr geehrter Herr Professor Frister, liebe Eva, sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Ethikrates, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, es ist mir eine große Freude, Sie heute und erstmals hier in Heidelberg zur Herbsttagung des Deutschen Ethikrates willkommen zu heißen. Zuerst möchte ich Ihnen die Grüße unserer Rektorin Frau Melchior überbringen. Sie bedauert sehr, dass sie das Grußwort nicht selber

sprechen kann. Umso mehr freue ich mich, dass ich dies heute für sie übernehmen darf.

Der Ethikrat gehört zu den wichtigen Institutionen, die in unserer Gesellschaft regelmäßig versuchen, Brücken zu schlagen zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Verantwortung, zwischen Expertise und öffentlichem Urteil. Dafür gebührt Ihnen gerade in diesen Zeiten ein ganz besonderer Dank. Das diesjährige Thema „Wissen und Macht – Wissenschaft in Politik und Gesellschaft“ trifft einen Nerv unserer Gegenwart: Die Frage, wie wissenschaftliches Wissen in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse eingeht und welche Verantwortung daraus erwächst, betrifft nicht nur die Politikberatung, sondern das Selbstverständnis von Wissenschaft insgesamt und von uns als Wissenschaftlern ebenso.

Für uns ist dieses Thema sehr relevant, für uns hier in Heidelberg, denn Heidelberg ist eine Volluniversität. Wir vereinen unter einem Dach das gesamte Spektrum wissenschaftlicher Disziplinen, von der Medizin, den Naturwissenschaften bis zu den Geistes- und Sozialwissenschaften. Als Prorektor für Forschung dieser Uni muss ich sagen, dass uns hier in Heidelberg auch alle Disziplinen gleichermaßen wichtig sind, auch wenn die Medizin oder die Lebenswissenschaften vom Volumen her einen etwas größeren Umfang einnehmen als die anderen.

Dieses Miteinander der Disziplinen ist nicht nur historisches Erbe (was man hier in der Alten Aula auch an der Decke erkennen kann, wo man die vier Gründungsfakultäten Philosophie, Jura, Theologie und Medizin sieht), sondern auch Ausdruck unserer Überzeugungen. Gerade im Austausch zwischen unterschiedlichen Wissenskulturen kann Wissenschaft sich selbst verstehen, kritisch prüfen, verantwortungsvoll handeln und die komplexen Probleme unserer Zeit beforschen.

Wissenschaft lebt von Freiheit, von der Freiheit, zu fragen, zu zweifeln, zu irren und zu widersprechen. Wissenschaftsfreiheit ist keine Selbstverständlichkeit, wie wir derzeit leider vermehrt im Ausland, aber auch in Deutschland spüren: eine wachsende politische und gesellschaftliche Polarisierung, in der Wissenschaftsfreiheit zunehmend unter Druck gerät, wenn wissenschaftliche Ergebnisse als ideologisch diffamiert, Forschende persönlich angegriffen oder ganze Disziplinen wie die Geschlechterforschung oder die Ethik, selbst die Klimaforschung in manchen Regionen unseres Planeten in Frage gestellt werden. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Universitäten Räume bleiben, in denen Differenz und Dissens nicht Bedrohung, sondern Bedingung des Erkenntnisfortschritts sind und einen Raum für akademische Diskussion bieten. Für mich ist akademische Diskussion eine, wo man selber bereit ist, sich vom Gegenüber eines Besseren belehren zu lassen.

In diesem Sinne hat die Universität Heidelberg in der vergangenen Woche das Camilla-und-Georg-Jellinek-Zentrum für Ethik gegründet, ein neues interdisziplinäres Zentrum, das ethische Selbstreflexion als integralen Bestandteil universitärer Forschung und Lehre versteht. Es ist angedacht, dass die Ethik bei den Forschenden passiert und im Projekt der wissenschaftlich arbeitenden Personen mitgedacht wird. Das Zentrum widmet sich der professionsethischen Selbstverständigung der Disziplinen, aber auch der dialogischen Öffnung der Universität in die Gesellschaft, in öffentlichen Debatten und partizipativen Forschungsformaten. Es steht damit beispielhaft dafür, worum es auch auf dieser Tagung geht: um die verantwortliche Gestaltung des Verhältnisses von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft.

Ich wünsche dem Deutschen Ethikrat und seinen Gästen inspirierende Diskussionen, fruchtbare Kontroversen und produktive Irritationen, denn

auch sie gehören zu einer lebendigen Auseinandersetzung mit und in der Wissenschaft. Herzlich willkommen in Heidelberg und viel Erfolg auf Ihrer Tagung.

Zeitdiagnostische Einführung

Eva Winkler · Deutscher Ethikrat

Herzlichen Dank für dieses Grußwort. Wir fühlen uns willkommen in Heidelberg.

Zur zeitdiagnostischen Einordnung: Warum dieses Thema, warum jetzt? In Florida ist es inzwischen gesetzlich verboten, an öffentlichen Universitäten Themen wie strukturellen Rassismus oder Gender zu lehren. Beide Forschungsfelder untersuchen, wie Machtverhältnisse und gesellschaftliche Strukturen Ungleichheit reproduzieren. Was dort als Woke Science bekämpft wird, ist also kein politisches Programm, sondern Wissenschaft, die zunächst versucht, soziale Wirklichkeiten zu beschreiben, auch wenn sie im zweiten Schritt freilich gute Gründe dafür liefert, warum wir eine Welt mit weniger Rassismus und Sexismus vorziehen sollten.

Auch in Deutschland geraten ähnliche Forschungsfelder in den Fokus, beispielsweise durch viele parlamentarische Anfragen, also formale Fragen von Abgeordneten an die Regierung, in dem Fall insbesondere von der AfD, die die Berechtigung von Migrations-, Geschlechterforschung oder postkolonialen Studien in Frage stellen oder diskreditieren.

Der Academic Freedom Index misst seit 1900 die Wissenschaftsfreiheit weltweit. Dafür werden Experten in 179 Ländern repräsentativ befragt zu fünf Dimensionen, etwa Forschungsfreiheit, institutioneller Autonomie und Freiheit akademischer Meinungsäußerungen. In nur acht Ländern hat sich die Wissenschaftsfreiheit in den letzten Jah-

ren verbessert. Leider in viel mehr Ländern, nämlich in 34, hat sie sich in den letzten zehn Jahren verschlechtert, besonders dort, wo antipluralistische Parteien regieren und die Offenheit demokratischer Debatten begrenzen.

Auch in Deutschland ist die Lage nicht mehr ganz ungetrübt. Der Index zeigt zwar ein weiterhin hohes, aber leicht rückläufiges Niveau der Wissenschaftsfreiheit. Deutschland ist 2025 im Vergleich zu den Vorjahren zum ersten Mal aus den Top 10 Prozent der Länder mit maximaler Wissenschaftsfreiheit abgestiegen. 70 Prozent der befragten Forschenden in Deutschland aus allen Disziplinen sahen eine Zunahme der Wissenschaftsfeindlichkeit in Deutschland.

In der öffentlichen Debatte wird hier häufig von einer Cancel Culture gesprochen, also davon, dass bestimmte Meinungen an Hochschulen unterdrückt oder ausgegrenzt würden. Eine aktuelle Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung widerlegt das. Eine strukturell verankert Cancel Culture lässt sich nicht belegen. Man sieht jedoch sehr wohl eine zunehmende Zurückhaltung von Forschenden, sich zu bestimmten Themen öffentlich zu äußern, weniger aus Angst vor politischer Sanktion, sondern wegen der Dynamik sozialer Medien und einer wachsenden Polarisierung öffentlicher Debatten. Das ist kein Grund für Alarmismus, aber ein Signal. Denn wissenschaftliche Freiheit ist kein garantierter Zustand, sondern eine Voraussetzung, die man schützen muss.

Während in dieser Weise eine zunehmende Politisierung der Wissenschaft zu beobachten und zu beklagen ist, findet gleichzeitig eine gewisse Verwissenschaftlichung der Politik statt. Die Wissenschaft steht unter wachsendem Erwartungsdruck, die Evidenz und das Wissen zu liefern, die der Politik bei der Lösung unserer komplexen Probleme in der Gegenwart helfen soll. In einer extremen

Form steht der Slogan „Follow the Science“ für ein Politikverständnis, das Wissenschaft für die einzig mögliche und nötige Legitimationsgrundlage für Politik erachtet.

Angesichts dieser widersprüchlichen Diagnose fragt unsere Tagung heute deshalb: Was ist eigentlich die Rolle von Wissenschaft in Politik und Gesellschaft und wo liegen ihre Grenzen? Sie beleuchtet dabei zwei Spannungsfelder: zwischen der Aufgabe von Wissenschaft im Unterschied zur Politik einerseits und im Unterschied zur medialen Vermittlung, also Wissenschaftskommunikation andererseits. Denn Politik und Gesellschaft fordern von der Wissenschaft mehr denn je und vielleicht zu Recht, Wissen und Evidenz zu liefern, die bei der Bewältigung unserer Probleme helfen, sei es Klimakrise und Pandemie, künstliche Intelligenz oder die Folgen des demografischen Wandels.

Entsprechend berichtet eine aktuelle Studie im Fachmagazin *Science*, dass der Verweis auf wissenschaftliche Publikationen in den politischen Gutachten und Parlamentspapieren seit den 1990er Jahren deutlich zugenommen hat. Die Studie hat ca. 250.000 Parlamentspapiere in den USA ausgewertet. Interessanterweise berufen sich Republikaner und Demokraten jeweils auf unterschiedliche wissenschaftliche Studien. Es gibt praktisch keine Überlappungen der zitierten Studien – vielleicht auch ein Befund für unsere Diskussion später.

Eine weltweite Befragung, die gerade in der Zeitschrift *Nature* publiziert wurde, berichtet, dass die Mehrheit der Menschen in den 68 befragten Ländern erwartet, dass Wissenschaft zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beiträgt, etwa zur Gesundheit, Energie oder sozialer Gerechtigkeit. Gleichzeitig nehmen die Befragten die Wissenschaft aber oft als zu sehr auf ihre eigenen akademischen Interessen bezogen wahr.

Doch gerade dieser Wunsch nach Orientierung bringt Wissenschaft in eine schwierige Lage: Sie soll eindeutig sein, wo sie revisionsbereit ist, und schnell liefern, wo sie Zeit braucht. Noch anspruchsvoller wird es, wenn sie Orientierung geben soll, wo sie zunächst nur Wissen liefert, und noch dazu häufig ein nur vorläufiges. Dieses Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik, die wiederum für bestimmte Lösungen Menschen und Mehrheiten gewinnen muss, also einer ganz anderen Expertise bedarf, wollen wir beleuchten.

Ein zweites Spannungsfeld ergibt sich in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit, den Medien, auf digitalen Plattformen. Wissenschaft ist heute sichtbarer denn je. Das ist gut so, aber nicht ohne Fallstricke. Denn öffentliche Kommunikation folgt anderen Logiken als die Wissenschaft: Sie verlangt Zuspitzung, Vereinfachung, Personalisierung, Positionierung, alles Dinge, die mit wissenschaftlicher Logik der Vorläufigkeit und Differenzierung nur schwer vereinbar sind.

Die Kommunikationsforschung zeigt: Wissenschaft und auch Wissenschaftsförderung passt sich zunehmend der Forderung nach mehr Kommunikation an. Damit wird Medienpräsenz zunehmend selbst zu einem Maß gesellschaftlicher Relevanz der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen oder ihrer Fächer. Sichtbar sein heißt bedeutsam sein. Diese Anpassung hat Folgen: Themen werden so aufbereitet, dass sie Aufmerksamkeit erzeugen, und Forschung wird stärker an politische und gesellschaftliche Erwartungen rückgekoppelt.

Eigentlich entspricht das genau dem, was in der vorhin berichteten Studie zum Wunsch von Politik und Gesellschaft an die Wissenschaft herangebracht wird. Die Frage ist jedoch (und vielleicht auch eine, die wir uns heute stellen können), ob sich Wissenschaft darüber hinaus nicht gerade mit

ihrer Stärke in die gesellschaftliche Debatte einbringen sollte: nämlich dem produktiven Umgang mit Unsicherheit und Differenz entgegen der Polarisierung, statt dem Anspruch auf letzte Gewissheit.

Für diese Fragen will der Ethikrat mit der Tagung heute Raum für Reflexion, vielleicht sogar Klärung oder neue Ideen schaffen für ein besseres Verständnis des Verhältnisses von Wissen und Macht aus der Sicht der Wissenschaften, der Politik, der Medien und vor allem von Ihnen allen hier. Denken Sie mit uns mit, auch über das, was Wissenschaft nicht leisten kann, aber leisten muss. Danke für Ihr Kommen. Wir freuen uns auf die gemeinsame Tagung.

Ich freue mich nun und habe die Ehre, das Wort an jemanden zu übergeben, der wie kaum ein anderer in Deutschland über die Bedingungen, Möglichkeiten und Zumutungen wissenschaftlicher Politikberatung nachgedacht und sie mitgestaltet hat. Herr Peter Strohschneider, Germanist, Wissenschaftsrat und DFG[Deutsche Forschungsgemeinschaft]-Präsident a. D., hat sich in den letzten Jahren immer wieder kritisch mit dem Verhältnis von Wissen, Macht und Demokratie auseinandergesetzt. Lieber Herr Strohschneider, wir freuen uns auf Ihren Beitrag.

Spannungsverhältnisse wissenschaftlicher Politikberatung

Peter Strohschneider · Ludwig-Maximilians-Universität München

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren. So spannungsarm wie in der Ikonografie dieses Saales von der Krone [zeigt an die Decke] über die Fakultätsrepräsentanten ist das Verhältnis von Wissen und Macht selten. Das ist eine Leistung der Ikonografie, die eine andere Form ist als die begriffliche Auseinandersetzung. Ich will oder soll aber nicht allgemein über das Verhältnis

von Wissen und Macht sprechen, sondern über Spannungsverhältnisse wissenschaftlicher Politikberatung.

Zur wissenschaftlich-technischen Zivilisation gehören Programme der Steuerung von Politik durch Wissenschaft. Die Klimabewegung und Scientists for Future fordern: „Follow the Science.“ Die Leopoldina mahnt eine evidenzbasierte Wirtschafts- und Sozialpolitik an. Die OECD hat ein riesiges Programm, PISA, der Verwissenschaftlichung von Bildungspolitik und Bildungspraktiken.

Ebenso charakteristisch sind aber auch entsprechende Gegenbewegungen. Beklagt wird nicht zu wenig, sondern – im Gegenteil – zu viel politische Steuerungsmacht der Wissenschaften. Das berühmte Zitat dazu stammt von dem englischen Justizminister Michael Gove wenige Tage vor dem Brexit-Referendum:

“I think the people in this country have had enough of experts with organisations from acronyms saying that they know what is best and getting it consistently wrong.”

Das führt leicht in die [...] Bezirke von querdenkerischen Misstrauensgemeinschaften, von Anti-Science und Denialism, von heterodoxem Gegenwissen. Dort, in diesen Welten des heterodoxen Gegenwissens, pflegt man die Dissidenz gegen eine Politik, die sich als wissenschaftsgeleitet und deswegen alternativlos darstellt.

Zwischen diesen beiden Seiten, dem Zuviel und Zuwenig, herrschen starke Gegensätze. Doch ist den beiden Seiten das Schema gemeinsam, in welchem sie die Steuerung von Politik durch Wissenschaft verlangen oder verdammen, nämlich als Anlieferung entscheidungsrelevanten Sachwissens an den Pforten einer Macht, die – je nach Sichtweise – zu oft die Annahme verweigert oder im Gegenteil jenes Wissen zu direkt exekutiert. Es ist das Schema des Lieferdienstes, die Amazon

Society. Die Politikberatungsforschung hatte dafür schon in den 60er Jahren die Formel „Speaking Truth to Power“, das Linear Model der Wissenschaften in Politikberatung.

Dieses Schema (Sie haben es ja gerade zitiert, mit den gesellschaftlichen Erwartungen an Wissenschaft) scheint allgemein die Normalauffassung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik zu sein, obwohl es in seinen wissenschafts- wie politikbezogenen Prämissen ganz unempirisch ist. Es überschätzt die Einheitlichkeit der Wissenschaften und die Gewissheit ihres Wissens, und es unterschätzt Politik als Exekutierung vor politischer Wahrheit.

Allenfalls kann man sich mit dem Lieferdienstmodell einen höchst voraussetzungsreichen Spezialfall verdeutlichen, der nicht damit zu verwechseln ist, was überhaupt an den Schnittstellen von Wissenschaft und Politik geschieht. Ich nenne diesen Spezialfall (weil ich ein gewisses Problem mit dem englischen Ausdruck Regulatory Science habe) instrumentelle Expertise: Staatshandeln auf der Grundlage von wissenschaftlichen Studien, das zum Beispiel Grenzwerte der Schadstoffbelastung feststellt, festsetzt, Bauwerke und technische Apparaturen zulässt usw.

Derlei ist sehr weit verbreitet (Medikamentenzulassung, technische Überwachungsvereine, Ressortforschungseinrichtungen usw.) und für das Funktionieren der wissenschaftlich-technischen Zivilisationen von großer Bedeutung. Instrumentelle Expertise vermittelt wissenschaftliches Wissen reibungslos mit staatlichem Handeln. Truth speaks to Power.

Die instrumentelle Expertise hängt allerdings von wissenschaftlichem Konsens unter den Experten wie von sozialem Konsens im Hinblick auf Ziele und Verfahren ab. Anders gesagt: Auf der Seite

der Forschung darf im Moment nicht weiter gefragt werden, weil sonst Dissens oder Erkenntnisfortschritt und Erkenntnisrevision möglich wären und die Expertise infrage stellten. Und auf der Seite der Politik muss auf Politisierung verzichtet werden, weil sonst jederzeit Machtkonflikte auftreten und die Sachfragen überblenden könnten. Wie schnell diese Voraussetzungen der instrumentellen Expertise (Forschungsverzicht und Politisierungsverzicht) hinfällig werden können, hat nicht zuletzt die Coronapandemie eindringlich vor Augen geführt.

Aber die Geschichte der öffentlichen Debatten der Risikogesellschaft (über Atomenergie, Glyphosat neuerdings, über Ewigkeitschemikalien usw.) handelt seit Jahrzehnten von nichts anderem als von der Hinfälligkeit dieser Voraussetzungen instrumenteller Expertise. Es gibt also so etwas wie instrumentelle Expertise, doch sie ist der systematisch unwahrscheinliche Spezialfall. Denn wissenschaftliche Evidenz muss prinzipiell damit rechnen, revidiert zu werden. Die Möglichkeit des Fortschritts wissenschaftlicher Erkenntnis anzunehmen heißt ja, mit künftigem Besserwissen zu rechnen. Und ebenso prinzipiell sind auf instrumentelle Expertise zurückgreifende Policies jederzeit politisierbar, jedenfalls solange der Raum des Politischen nicht autokratisch verengt wird. Policies können immer streitig gestellt werden.

Moderne Wissenschaften wie liberale Demokratie sind konstitutiv verzeitlichte, zukunfts offene und allenfalls vorübergehend stillstellbare Prozesse, Abfolgen von Erkenntnis- und Entscheidungsrevisionen, die revidierbar bleiben. Das ist zumutungsreich, aber kein Manko, sondern eine Stärke, denn daran hängt die Möglichkeit fortgesetzten Lernens. Der Lieferdienst ist also keine gute Beschreibung wissenschaftlicher Politikberatung, erst recht dann nicht, wenn man an Institutionen wie den WBGU [Wissenschaftlicher

Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen], die Wirtschaftsweisen oder eben den Deutschen Ethikrat denkt.

Besser versteht man wissenschaftliche Politikberatung zunächst als institutionalisierte Kommunikation aufbereiteten und autorisierten Expertenwissens im Politiksystem. Im Hinblick auf definierte Fragestellungen recherchiert, selektiert, aggregiert, übersetzt und autorisiert Expertise wissenschaftliches Wissen so, dass andere entscheiden können, wie damit umgegangen werden soll. Schon das bringt die Metapher „Speaking Truth to Power“ aus dem Blick. Wissenschaftliches Wissen muss für die Expertise aufbereitet werden. Nicht einmal in kleinen Subdisziplinen wie der Virologie, geschweige denn für die Wissenschaften überhaupt gibt es *den* repräsentativen Sprecher. Die Virologie hat mindestens Christian Drosten, Hendrik Streeck, Sandra Ciesek, Jonas Schmidt-Chanasi, Alexander Kekulé und ein paar andere als repräsentative Sprecher gehabt, freilich als mehr oder weniger, eben politisierbar repräsentative Sprecher.

Wissenschaftliches Wissen muss also für die Expertise aufbereitet werden. Aus Papers müssen policyfähige Vorlagen werden. Expertise ist nicht eine Fortsetzung des Forschungsprozesses, sondern sie beruht auf Feststellungen des Forschungsstandes. Die Träger solchen aufbereiteten und autorisierten Expertenwissens müssen in der Expertisekommunikation nicht nur die in der Wissenschaft noch bestehenden Unsicherheiten zurückhalten oder doch abschwächen, sondern sie müssen es auch vermeiden, politische Fragen als Wissensfragen vorzuentscheiden.

Expertise in diesem Sinne ist also eine Heuristik politischen Entscheidens. Sie hebt vor dem unabsehbaren Horizont des zukünftig überhaupt Möglichen konkrete Handlungsalternativen ab, sodass überhaupt entschieden werden *kann*. Zugleich

muss sie diese Optionen aber aufrechterhalten, so dass zwischen ihnen auch entschieden werden *muss*. Anders wäre weder politisches Agieren noch demokratisch legitime Entscheidung möglich. Als Entscheidungshilfe also, die reale Optionen von allem überhaupt Möglichen unterscheidet, transformiert Expertise wissenschaftliche Erkenntnis so, dass daran bei der Bearbeitung von Erkenntnisproblemen angeknüpft werden kann.

Schon daraus ergibt sich, dass sie vielfach umstritten ist und stets umstritten sein kann. Schon als Teil des Politiksystems ist Expertise nicht alternativlos. Man kann sich politisch entscheiden, sie durch Gegenexperten zu neutralisieren, sie zu ignorieren oder auf sie zu verzichten: gar nicht drum kümmern, nicht mal ignorieren. Expertise ist demnach ein Anspruch auf Expertise, der in Anspruchskonkurrenzen wissenschaftlich wie politisch beglaubigt werden muss und bestritten werden kann. Es handelt sich um einen Kollektivsingular oder, um es paradox zu formulieren: Expertise ist Gegenexpertise.

Die Coronapandemie hat das öffentlich sichtbar gemacht. Es gilt allgemein, aber es ist in der Pandemie in bemerkenswerter Weise öffentlich sichtbar geworden: Erstens trugen die Experten ihre Auffassungsunterschiede auch auf offener Bühne aus. Zweitens kritisierten Beratende und Beratene einander, weil sie sich gegenseitig aus der Perspektive differenter Funktionssysteme beobachten und sich dann die Nichtbeachtung der je eigenen Operationsbedingungen vorwerfen. Die Wissenschaftler:innen reklamieren dann schnellere und größere politische Folgewirkung für ihre Expertise. Die Politiker erwarten schnelleren, konkreteren, eindeutigeren Rat.

Drittens stritten die Entscheidungsträger:innen, weil sie im Politiksystem operieren. Viertens verlängerten sich die pandemiepolitischen Auseinan-

dersetzungen ins Publikum, welches die Konfliktodynamiken der Expertise beobachtete. Die Medien folgten ihren eigenen Beschleunigungs- und Dramatisierungslogiken, das Publikum erwartete wahre Politik oder demokratische Wissenschaft.

Insofern sie Element des Politiksystems ist, kann der Sachbezug von Expertise schwer davon getrennt werden, dass sie in ihrem Machtbezug stets zugleich eine Gegenexpertise ist, welche die Expertise politischer Gegner oder konkurrierender Experten kontert. Die Pandemie zeigte sich also exemplarisch, was generell der Fall ist: Expertise ist kontingent und politisierbar. „The reality of course is that the politicization of policy is unavoidable and in fact desirable.“

Die Grenzen der Politisierung sind in der freiheitlichen Demokratie nicht leicht zu begründen; dies erfahren wir gerade beim Versuch ihrer Verteidigung gegen den autoritären Rechtspopulismus. Die Vorstellungen hingegen, die Programmen einer wissenschaftlichen Steuerung von Politik ebenso zugrunde liegen wie ihren querdenkerischen Gegenbewegungen, gehen an Prinzipien demokratischer Herrschaft wie an den Praxen wissenschaftlicher Politikberatung vorbei. Weder spricht *die* Wissenschaft eine einzige Wahrheit aus, eine gewisse Wahrheit gar, noch wäre demokratische Herrschaft bloß deren Exekutierung.

Vielen Dank für Ihre Geduld.

Uta Eser

Vielen Dank für die umfassende Einführung in das Thema des Tages, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Wir werden nachher noch die Gelegenheit haben, mit Ihnen auf dem Podium in Austausch zu treten.

I. Was ist und kann Wissenschaft?

Uta Eser

Mein Name ist Uta Eser, ich bin Mitglied des Deutschen Ethikrats und Mitglied der Vorbereitungsgruppe, die diese Tagung vorbereitet hat, und werde Sie durch die erste Session begleiten, die sich erst mal nur der Frage widmet: Was ist und kann Wissenschaft? Wir werden also die Wissenschaft selbst angucken, bevor wir sie auf ihr Verhältnis zur Politik befragen. Wir tun das in zwei Schritten: erst die Theorie und dann die Praxis der Wissenschaft.

Ich darf begrüßen Judith Simon, die ebenfalls Mitglied des Deutschen Ethikrats und der Vorbereitungsgruppe ist. Sie haben in Ihrem Programm eine genauere Einführung, wer sie ist. Die Themen Wissenschaftstheorie, Technikphilosophie und epistemisches Vertrauen ziehen sich durch ihre wissenschaftliche Biografie. Sie ist seit 2017 Professorin für Ethik in der Informationstechnologie in Hamburg und wird uns jetzt einen wissenschaftstheoretischen Blick auf die Wissenschaft präsentieren.

Wissenschaftstheoretische Perspektive

Judith Simon • Deutscher Ethikrat

(Folie 1)

Vielen Dank. Ich freue mich, heute zu Ihnen zu sprechen über Wissenschaftstheorie und was die Wissenschaft leisten kann.

(Folie 2)

Ich habe mir schon gedacht, dass es bei meiner Vorrednerin und meinem Vorredner zum einen um die Lehren aus der Pandemie gehen wird und zum anderen um die aktuellen politischen Entwicklungen, die sich nicht nur in den USA, sondern auch bei uns und in vielen anderen Ländern

abzeichnen. Es scheint also, dass die Wissenschaft selbst und auch die Rezeption von Wissenschaft unter Druck steht. Das können wir zumindest beobachten. Und ich habe noch einen dritten Faktor dazugenommen.

Sehen Sie die Folien? Lassen Sie sich nicht davon ablenken, denn was Sie hoffentlich schon bemerkt haben, ist, dass die KI-Übersetzung nicht wahn-sinnig gut funktioniert.

Ich habe vorher schon darüber nachgedacht, dass generative KI tatsächlich ein weiterer Faktor ist, der unsere Wissenschaft unter Druck bringt, unter anderem dadurch, dass das Ausmaß an wissenschaftlichen Publikationen, die KI-generiert sind, derzeit die wissenschaftlichen Journale überschwemmt und es dementsprechend immer schwieriger macht, die Spreu vom Weizen zu trennen. Das wäre ein eigener Vortrag. Ich möchte es aber zumindest einmal kurz angetippt haben, damit Sie es bei allem, was ich danach erzähle, im Hinterkopf haben.

(Folie 3)

Was ist oder kann nun Wissenschaft? Ich war mit in der Vorbereitungsgruppe, und trotzdem habe ich mir hinterher gedacht: Was haben wir uns denn dabei gedacht, in zehn Minuten zu sagen, was Wissenschaft ist und kann?

(Folie 4)

Einerseits beschreibt Wissenschaft als Begriff viele unterschiedliche Praktiken und Tätigkeiten in vielen Ländern, in vielen Regionen und zu unterschiedlichen Zeiten.

(Folie 5)

Wenn wir das zusammenfassen, beschreibt der Begriff der Wissenschaft multiple Praktiken seit Jahrtausenden in verschiedenen Kontexten, zu verschiedenen Zeiten, aber dennoch gibt es den Begriff der Wissenschaft. Und wir grenzen ihn ab

von anderen Begriffen, Systemen und Praktiken, auch solchen, die ebenfalls Geltungsansprüche haben, wie beispielsweise Religion.

Zudem verstehen wir Wissen als Qualitätsbegriff. Wissenschaftliches Wissen wird abgegrenzt von schierem Meinen oder Glauben. Dem liegt eine inhärente Normativität zugrunde, dass Wissen etwas anderes, etwas Besonderes ist. Genau diesen Spagat möchte ich mit Ihnen anschauen, und das ist das, was die Wissenschaftstheorie schon seit Tausenden von Jahren versucht zu beschreiben.

(Folie 6)

Auch hier kann ich Ihnen in zehn Minuten keinen Überblick über die Wissenschaftstheorie geben. Ich habe mir daher *eine* Theoretikerin herausgepickt, die ich besonders großartig finde.

(Folie 7)

Wenn Sie das Buch nicht gelesen haben, dann empfehle ich es dringend, nämlich Helen Longinos „The Fate of Knowledge“. Sie beschreibt ihren Ansatz als kritischen, kontextuellen Empirismus. Das ist etwas, was Philosophinnen und Philosophen sehr gut können: viele Fremdworte verwenden. Aber ich werde Ihnen kurz erläutern, worum es ihr im Kern in diesem Ansatz geht.

(Folie 8)

Longino ist eine Wissenschaftstheoretikerin, die ich auch deswegen hervorragend finde, weil sie nicht nur interessante Theorien macht, sondern weil die Art und Weise, wie sie arbeitet, so sauber und genau ist und genau Bezug nimmt auf das, was sie kritisiert und was sie aufnimmt.

Sie beschreibt in diesem Buch, dass ihrer Meinung nach sowohl Wissenschaftssoziolog:innen als auch Wissenschaftsphilosoph:innen häufig Opfer sind einer Dichotomie zwischen dem Rationalen und Kognitiven auf der einen Seite und dem Sozialen auf der anderen Seite. Und sie

möchte ihren Ansatz der Wissenschaftstheorie, einen Ansatz der Beschreibung der Wissenschaft, so beschreiben, dass er beide Komponenten zusammenführt: das Soziale und das Rationale. Sie beschreibt das als einen Ansatz wissenschaftlichen Wissens, der responsiv ist zu diesem normativen Kern des Begriffs Wissens (dass es eben *kein* beliebiger Begriff ist, sondern offensichtlich einen Qualitätsmarker bezeichnet) und der gleichzeitig die Sozialität dieser wissenschaftlichen Praxis beschreibt.

(Folie 9)

Sie unterscheidet dafür drei unterschiedliche Verwendungsweisen von Wissen. Sie sagt: Wenn wir über Wissen und wissenschaftliches Wissen sprechen, vermischen wir häufig drei unterschiedliche Dinge, nämlich Wissen als Wissensinhalte, die beispielsweise in Papern stehen, Wissen als die wissensproduzierenden Praktiken, die eben jenes Wissen herstellen, und Wissen als den Zustand einer Person, der oder die beispielsweise sagt: „Ich weiß etwas.“

(Folie 10)

Soziologie und Philosophie haben sich mit diesen drei Fragen in unterschiedlichem Ausmaß beschäftigt. In ihrem Buch zeigt sie, in welcher Art und Weise und wie genau diese drei Prozesse sozial sind und auch nur sozial gedacht werden können.

(Folie 11)

Sie zieht daraus folgende Schlussfolgerungen:

Wissenspraktiken und ihre Begründungsweisen variieren in unterschiedlichen Kontexten.

Kognitive Akteure sind voneinander abhängig. Sie nennt es interdependent, nicht dependent wie abhängig, aber untereinander in Bezug stehend.

Die wissenschaftlichen Inhalte sind plural.

(Folie 12)

Aber bevor wir jetzt in den totalen Relativismus überkippen: Der Kern und das Wesen von Longinos Ansatz ist, dass es ihrer Meinung nach einen einzigen universalen Wert in der Wissenschaft gibt, und zwar das Streben nach empirischer Angemessenheit, das Streben danach, die Dinge so zu schreiben, wie sie sind. Das ist dieses Zusammenspiel zwischen einer Anerkennung dieser Sozialität der Wissenspraktiken und dem Festhalten an diesem normativen Kern der Wissenschaft.

(Folie 13)

Sie nutzt dafür eine sehr hilfreiche Metapher, beschreibt nämlich wissenschaftliche Theorien als Landkarten. Was meint sie damit? Natürlich können Landkarten ganz unterschiedlich aussehen, je nachdem, welche Zwecke sie verfolgen: topologische Karten oder Karten zum Fahrradfahren oder ähnliche Karten. Trotzdem müssen sie alle empirisch angemessen sein. Wenn die Distanzen nicht in der richtigen Relation zueinander stehen, dann sind diese Karten einfach falsch.

Das heißt, wir finden Karten in ganz unterschiedlicher Art und Weise. Sie erfüllen bestimmte Zwecke, und je nach Zwecken sind sie unterschiedlicher Gestalt. Aber wir haben klare Kriterien dafür, wenn sie falsch sind: wenn sie nicht mehr empirisch angemessen sind.

Meines Erachtens fasst dieser Blick auf wissenschaftliche Theorien nicht als simple Wahrheiten oder Falschheiten, sondern empirisch angemessene Beschreibungen der Realität, die zu bestimmten Zwecken gebunden sind, das sehr gut zusammen.

(Folie 14)

Sie schreibt:

“Socializing Cognition is not a corruption or displacement of the rational, but a vehicle of its performance.”

Das heißt, es geht darum, dass das Soziale nicht das ist, was das Wissen, wenn es nur rational und idealisiert wäre, zerstört, sondern was die Bedingung für sein Entstehen ist. Und jetzt denken Sie kurz zurück an Visionen der KI als Wissenschaftlerin.

(Folie 15)

Sie schreibt weiter:

“Success cannot just be a matter of users wanting the theory to be correct or wanting to be able to act as if the supposed consequences of the theory are true. If they are not, reality will eventually bite back. To suppose that success has nothing to do with the interests of the user is just as fruitless, however. The idiom of representation must be such as enable successful interaction with that which is represented. The choice of idiom and the degrees to and respects in which it must fit the objects of representation is a social choice, a matter of goals collectively endorsed in the community conducting inquiry. In this sense, the community determines what will count as knowledge.”

Ich finde, in diesem Zitat wird sehr gut die Spannung angezeigt zwischen der Sozialität, die unveränderlich ist, und dem Bestreben um empirische Angemessenheit.

(Folie 16)

Wenn man das zusammenzieht, dann kann man aus Longinos Texten lernen, dass Wissenschaft ein gleichermaßen sozialer wie rationaler Prozess ist und dass wissenschaftliches Wissen zu Recht trotzdem einen anderen Status hat als bloßes Meinen oder Glauben.

Sie entwickelt ihren Ansatz, um an dem Demarkationskriterium festzuhalten: Wissenschaft ist durch Revisionsoffenheit und Orientierung an empirischer Angemessenheit anders als andere Praktiken mit Geltungsanspruch.

Wissenschaftliche Objektivität ist das Ergebnis sozio-rationaler Prozesse.

Aber das passiert nicht automatisch, und da kommt der normative Kern von Longinos Ansatz noch mal zum Tragen, indem sie sagt: Damit das gelingt, damit diese sozialen Prozesse nicht systematisch nur zu Verzerrungen führen, müssen diese sozialen Praktiken bestimmten Kriterien folgen.

(Folie 17)

Sie nennt vier Bedingungen, die erfüllt sein müssen und nach denen Wissenschaft streben muss, damit sie in diesem sozio-rationalen Prozess möglichst gut objektives Wissen herstellt.

Die erste ist: Es müssen öffentliche Foren geschaffen werden, in denen Forschung einschließlich ihrer zugrunde liegenden Annahmen, Methoden usw. kritisiert und diskutiert wird. Die Kritik an der Forschung muss den gleichen Stellenwert haben wie die ursprüngliche Forschung selbst, da sie zur Neubewertung von Theorien und zu einem besseren Verständnis ihrer Grundlagen und Konsequenzen beiträgt.

Das klingt plausibel, ist in der wissenschaftlichen Praxis aber mitnichten der Fall. Versuchen Sie mal, Replikationen zu publizieren, die genau das belegen, was vorher gesagt worden ist. Aber es ist klar: Wenn man das ernst nimmt, müsste das tatsächlich gegeben sein.

(Folie 18)

Zweitens: Aufnahme. Die Kritik muss in einem kritischen Diskurs innerhalb der Gemeinschaft aufgenommen werden, und es müssen Anpassungen der im Laufe der Zeit entstandenen Überzeugungen und Theorien erfolgen. Auf diese Weise wird die Kritik konstruktiv und rechtfertigend.

(Folie 19)

Drittens: öffentliche Standards. Es müssen öffentlich anerkannte Standards existieren, anhand de-

rer Theorien, Hypothesen und empirische Untersuchungsverfahren bewertet werden. Auf der Grundlage dieser Standards kann Kritik so formuliert werden, dass sie den Zielen der Gemeinschaft entspricht und nicht willkürlich ist. Diese Standards können aber selbst auch überprüft und geändert werden.

(Folie 20)

Viertens: gemäßigte Gleichheit. Gemeinsame Standards müssen auf einem Konsens beruhen, der aus einem kritischen Diskurs zwischen unterschiedlichen Perspektiven hervorgeht und daher nicht von der sozialen Stellung oder wirtschaftlichen Macht beeinflusst ist.

Das klingt alles relativ banal, aber ich glaube, es gibt gute Gründe, diese Normen anzuerkennen.

(Folie 21)

Ich komme zum Schluss.

(Folie 22)

Wir sind damit gestartet, dass Wissenschaftsskepsis bis Wissenschaftsfeindlichkeit verschiedene Ursachen und vielfältige Antworten hat. Mit dem, was ich gemacht habe, kann ich keine Antworten darauf liefern, was Trump, Orbán oder die AfD machen. Das ist mir völlig klar.

Was aber Wissenschaftstheorie liefern kann und was ich mit diesem Beitrag liefern wollte, ist, zu zeigen, wie Wissenschaft funktioniert, um ein normativ angemessenes Vertrauen in Wissenschaft herstellen zu können. Nicht, dass es empirisch unbedingt dazu führt, aber wenn ich angemessen vertrauen will, muss ich wissen, wie Wissenschaft funktioniert, was die Fähigkeiten, aber auch die Limitationen von Wissenschaft sind.

Von Longino können wir lernen, dass Wissenschaft ein menschlicher, sozio-rationaler Prozess ist und dass es epistemische und moralische Tugenden (wenn man diesen etwas altmodischen

Begriff verwenden darf) braucht, um die Bedingungen dieses sozialen, rationalen Prozesses zu gestalten, nämlich einerseits Desiderate für individuelles und kollektives Handeln (Uptake und Tempered Equality) und andererseits strukturelle und institutionelle Aspekte und Prozesse (Venues und Standards).

Mir ist auch wichtig, zum Abschluss zu zeigen: Longino hat gezeigt, dass Diversität eine epistemische Notwendigkeit für gute Wissenschaft ist und kein Nice-to-have.

(Folie 23)

Damit bin ich am Ende. Vielen Dank.

Uta Eser

Vielen Dank, Judith, für diesen wunderbaren, umfassenden Vortrag. Wir haben nachher in der Diskussion noch Zeit, das eine oder andere zu vertiefen.

Jetzt habe ich das Vergnügen, Ihnen den nächsten Redner vorzustellen. Nach der Theorie der Wissenschaft gucken wir uns jetzt die Praxis der Wissenschaft an, und zwar mit einer soziologischen Brille. Alexander Bogner ist Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie und arbeitet am Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Sein Forschungsgebiet ist genau das, was wir heute beackern, nämlich das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er hat dieses schnell und gut lesbare Büchlein geschrieben über die Politisierung der Wissenschaft und die Verwissenschaftlichung der Politik und was die Probleme daran sind.

Ich freue mich, dass wir jetzt Ihren soziologischen Blick auf die Wissenschaft hier haben.

Wissenschaftssoziologische Perspektive

Alexander Bogner · Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie

(Folie 1)

Herzlichen Dank für die Einladung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wissenschaftssoziologische Perspektiven, darum soll es gehen. Ich habe im Vorfeld fünf Fragen zugesendet bekommen, die ich als Steilvorlage für meinen Vortrag verwendet habe. Das sind sehr breite Fragen, wie Sie gleich sehen werden. Normalerweise müsste ich die zuschneiden und so präparieren, dass meine Antworten möglichst gut klingen. Dieses akademische Vorspiel erspare ich uns, sondern ich gehe frontal auf diese Fragen zu.

(Folie 2)

Die erste Frage lautet: Worauf gründet sich Fortschrittsoptimismus (im Sinne von technischem Fortschritt sowie von der Befreiung von Willkürherrschaft und Aberglaube) und wie ist er aus heutiger Sicht einzuordnen?

Fortschrittsoptimismus gründet sich auf der Erfahrung bzw. der gesellschaftlichen Erwartung. In der Nachkriegsordnung lautete die Erwartung, dass wissenschaftlich-technischer Fortschritt gleichbedeutend ist mit sozialem Fortschritt. In allen westlichen Gesellschaften lautete die Glaubensformel: Wissenschaftliche Erkenntnisse führen zu technischen Innovationen; diese ermöglichen Wirtschaftswachstum, was wiederum allgemeinen Wohlstand und letztlich den sozialen Frieden sichert.

Dieser Nachkriegskonsens ist mit den gewaltigen Kontroversen um Atomkraft, Gentechnik, Reproduktionsmedizin usw. ab 1980 aufgebrochen. Die Ethik erhielt damals einen riesigen Professionalisierungsschub, Risikoforschung und Technikfol-

genforschung etablierten sich als neue interdisziplinäre Forschungsfelder und machten deutlich, dass der alte Fortschritt auf Basis von Spezialisierung an eine Grenze gekommen war.

Heute folgen wir der Vermutung, dass in jedem Fortschritt auch ein drohender Rückschritt eingebaut sein könnte. Wenn man sich Buchtitel vergegenwärtigt wie „Regressive Demokratie“ oder „Regressive Moderne“, wird zweierlei deutlich: Zum einen haben wir offensichtlich immer noch eine Idee von Fortschritt, sonst könnten wir nicht von Regression sprechen. Man muss auch wissen, was Progression ist, wenn man von Regression spricht. Das sind zwei Phänomene, die ineinander verflochten sind.

(Folie 3)

Frage 2 lautet: Welche historischen Lehren lassen sich aus der Instrumentalisierung von Wissenschaft für politische Zwecke ziehen?

Die Antwort lautet: Vorsicht vor politischem Aktivismus, denn es ist für die Wissenschaft nie gut ausgegangen, wenn sie sich darauf eingelassen hat, einem von der Politik vorgegebenen Paradigma zu folgen. Wer eine politische Mission hat, ist an dem, was Wissenschaft ausmacht (nämlich Offenheit, Kritik- und Lernfähigkeit), nicht mehr sonderlich interessiert. Wenn politische Ziele regieren, ist eine Wissenschaft, die, wie Popper es formuliert hat, nach dem Prinzip von Vermutung und Widerlegung funktioniert, viel zu unzuverlässig.

Die Politisierung der Wissenschaft – und das macht das Phänomen so kompliziert – hat allerdings viele Gesichter: Sie kann in Form des politischen Diktats auftreten; daran denken wir normalerweise: so etwas wie deutsche Physik oder Lamarckismus in der frühen Sowjetunion. Sie kann aber auch in der Form der politischen Kon-

textsteuerung passieren, beispielsweise in der Politikberatung, dass eben die Regierung festlegt, welche Probleme sich Expertengremien stellen sollen, dass konsensuell abgestimmt werden soll usw., also eine subtile Form der Steuerung von Wissenschaft, die über den administrativen Kontext funktioniert.

Als Drittes gibt es die Form der Selbstpolitisierung von Wissenschaft, die wir auch heute sehen. Innerhalb einer Disziplin oder Subdisziplin legen Weltanschauungsgemeinschaften fest, welchem Paradigma das Fach zu folgen hat. Ein Beispiel aus meiner eigenen Disziplin: In der Arbeitssoziologie konnte man lange Zeit nur als Marxist Karriere machen.

(Folie 4)

Frage 3: Wie haben sich Erwartungen an Wissenschaft und ihre Rollen in der Öffentlichkeit verändert, etwa seit der Pandemie?

Wir haben neulich in der Österreichischen Akademie der Wissenschaft ein kleines Survey-Experiment durchgeführt. In einer repräsentativen Umfrage wurden die Leute mit fiktiven Social-Media-Postings von Experten zum Klimawandel konfrontiert. Der erste fiktive Experte beschränkte sich darauf, in wenigen Worten den weithin geteilten Sachstand zum Klimawandel zu berichten; so etwas wie reine Wissenschaft, wenn man so will.

Der zweite fiktive Experte forderte auf Basis dieses Sachstands ganz bestimmte sofortige Maßnahmen, gewissermaßen als politischer Aktivist.

Ein dritter berichtete ebenfalls den Sachstand und entwickelte daraus verschiedene Handlungsalternativen für die Politik. In der Literatur ist diese letzte Figur als Honest Broker bekannt geworden: der ehrliche Makler von gut begründeten Handlungsalternativen, der die Politik anleiten, aber

nicht bestimmen will, also sozusagen Marke Deutscher Ethikrat.

Dieser Typus überzeugt am meisten, und das überrascht uns natürlich auch nicht. Überraschend ist eher, dass es immer noch politische Übergriffe von Expert:innen gibt, die meinen, auf Basis ihrer Zahlen und Einsichten Politik betreiben zu müssen. (Das hat Peter Strohschneider angesprochen.) Sie sind der Vorstellung erlegen, dass ihre Expertise tatsächlich instrumentelle Expertise darstellen würde, und glauben deshalb, dass in den Zahlen schon ein politisches Handlungsprogramm stecken würde.

Jetzt sollte man beim Lob des Honest Broker nicht stehen bleiben, denn eine wichtige Frage in Bezug auf diesen ehrlichen Makler von Handlungsalternativen lautet: Wie lautet eigentlich die Problemstellung, von der ausgehend die Optionen entwickelt werden? Welches Problem stellt man sich überhaupt? Und wie breit oder wie eng ist der Rahmen legitimer Handlungsoptionen? Kurz gesagt: Wie alternativ sind die Alternativen, die uns die Expertinnen und Experten anbieten? Das sind Fragen, die im Rahmen von Politikberatung meist zu wenig berücksichtigt werden.

(Folie 5)

Frage 4: Welche Risiken birgt die Erwartung, Wissenschaft müsse gesellschaftliche Probleme lösen?

Ein erstes Problem liegt auf der Hand: Man macht sich ein falsches Bild von Wissenschaft. Die Wissenschaft löst in allererster Linie zunächst ihre eigenen Probleme, weil sie gezwungen ist, gesellschaftliche Probleme in wissenschaftlich bearbeitbare Probleme zu übersetzen. Bei dieser Übersetzungsarbeit kommt es zur Reformulierung der Problemstellung und damit auch zu Verschiebungen, Präzisierungen, Veränderungen usw.

Zweiter Punkt: Entpolitisierung. Man hat die falsche Erwartung, dass in den Zahlen und Daten der Wissenschaft schon so etwas wie ein politisches Handlungsprogramm stecken würde, dass wir also nur gute Forschung fördern müssen und dann schon wüssten, wo es politisch langgehen würde.

Dritter Punkt: der falsche Glaube, dass soziale Probleme technisch lösbar sind. Diese Debatte wird in der Wissenschafts- und Technikforschung momentan unter dem Titel des Techno-Solutionismus debattiert. Ein Beispiel wäre so etwas wie Geoengineering, dass man sagt: Wir müssen unseren Lebensstil nicht ändern. Die Klimaprobleme kriegen wir technisch in den Griff.

(Folie 6)

Frage 5 ist relativ breit angelegt: Inwiefern ist Wissenschaft selbst eine soziale Praxis mit eigenen Machtverhältnissen – und was bedeutet dies für wissenschaftliche Ideale wie Objektivität und Wertfreiheit?

In der Frage steckt schon drin: Wissenschaft ist eine soziale Praxis. Bei einer sozialen Praxis kommen aber sofort Macht- und Herrschaftsverhältnisse ins Spiel. Das ist eigentlich eher ein Problem.

Ich würde sagen: Dass Wissenschaft soziale Praxis ist, ist zunächst mal kein Problem, sondern positiv, denn das heißt ja: Forscher und Forscherinnen müssen gemeinsame epistemische Werte teilen, sie müssen kooperieren, sie müssen sich gegenseitig korrigieren usw. Nur so ist am Ende des Tages in gradueller Weise Objektivität zu erreichen. In gegenseitiger Kritik, durch das Aufdecken von blinden Flecken, das Nachjustieren von Argumenten, werden Wissensbehauptungen etwas robuster. Objektivität ergibt sich sozusagen durch das Abschleifen individueller Anteile am

Wissen, durch Reduktion von Subjektivität. Deswegen ist es so wichtig, dass Wissenschaft eine soziale Praxis ist.

Objektivität ist freilich immer nur graduell erreichbar, und der Grad hängt von der Stärke der Konkurrenz, von der Stärke der Vielfalt – der epistemischen Vielfalt – ab.

Das Problem liegt im Detail: Welche Vielfalt ist überhaupt produktiv? Wer oder was verhindert diese Vielfalt unter Umständen? Wenn zum Beispiel bestimmte Randgruppen von der Wissenschaft ausgeschlossen werden, wie lassen sich deren Perspektiven repräsentieren? Müssen sie überhaupt repräsentiert werden? Oder wenn eine Fachgemeinschaft ideologisch festgelegt ist usw.

Hier werden die Schattenseiten der Wissenschaft als soziale Praxis deutlich, die in der Fragestellung schon angedeutet ist. Denn auch die wissenschaftliche Praxis (also das, was geforscht wird, was gedacht und kritisiert werden kann) ist natürlich von gesellschaftlichen Machtverhältnissen berührt.

Jetzt geht es in dieser Frage nicht nur um Objektivität, sondern auch um Wertfreiheit. Wir sind hier in der Stadt Max Webers, deswegen darf die Wertfreiheit an unserer Diskussion teilhaben.

Meine Zeit ist abgelaufen. Wir machen das gleich in der Diskussion. Ich will nur einen Punkt sagen: Wertfreiheit ist irre kompliziert, und meistens machen wir es uns zu einfach, weil wir Wertfreiheit im Modell der Externalität denken. Das ist, glaube ich, unzulänglich. Aber was es in Wirklichkeit heißen soll, darüber haben wir hoffentlich in der Diskussion Gelegenheit zu sprechen. Herzlichen Dank.

Moderiertes Gespräch

Moderation: Uta Eser · Deutscher Ethikrat

Herzlichen Dank, Herr Bogner. Ich habe die Wertfreiheit als einen der Punkte für unsere Diskussion notiert. Wir haben jetzt erst eine kleine Diskussion auf dem Podium, bevor wir dann in das Plenum öffnen.

Die Flughöhe der Beiträge war ja so, dass Menschen, für die es nicht das tägliche Brot ist, sich theoretisch und sozialwissenschaftlich mit Wissenschaft auseinanderzusetzen, möglicherweise ein paar Nachfragen haben. Deswegen habe ich gedacht, ich stelle mich mal ganz dumm und frage: Was ist und kann Wissenschaft? Gemeinhin vermutet man, würde ich denken, dass Wissenschaft objektiv ist: Sie sagt uns, was der Fall ist. Sie ist wertfrei und kann uns sagen, wo es langgeht. Also das Stichwort der Objektivität, der Wertfreiheit und der Orientierung.

Diese drei Punkte würde ich gern auf dem Podium kurz antippen. Herr Bogner, ich fange bei Ihnen an. Die erste Erwartungshaltung: Wissenschaft ist objektiv und sagt uns, was der Fall ist. Die Wissenschaftsforschung sieht sich ja manchmal mit dem Verdacht konfrontiert, dass ihr Zugang (nämlich dieses Objektivitätsvertrauen zu hinterfragen und zu zeigen, dass sehr wohl auch gesellschaftliche Vorannahmen oder die Identität der Forschenden in den Ergebnissen landen) sozusagen der Türöffner war für diese generelle Wissenschaftsskepsis, die wir heute oft beobachten.

Wie würden Sie aus sozialwissenschaftlicher Perspektive die Grenze ziehen? Wo sind berechnete Geltungsansprüche, die Wissenschaft als Wissenschaft geltend machen kann, und wo beginnen überzogene Gewissheitserwartungen? Kann man das klar voneinander abgrenzen?

Alexander Bogner

Überzogene Gewissheitserwartungen seitens des Publikums oder seitens der Wissenschaft?

Uta Eser

Auch seitens der Wissenschaftler:innen. Beides.

Alexander Bogner

Sie haben die Wissenschaftsfeindlichkeit oder Wissenschaftsskepsis schon angesprochen. Vielleicht muss man relativieren, dass die Leute, die aufgrund von repräsentativen Umfragen als wissenschaftsskeptisch oder wissenschaftsfeindlich eingeschätzt werden, ja nicht die Wissenschaft als abstrakte Entität ablehnen. Sie lehnen keine Teilchenbeschleuniger oder Sequenziermaschinen ab, sondern sie lehnen an der Wissenschaft einen Aspekt ab, den sie mit bestimmten politischen Missionen oder gesellschaftlichen Programmen in Verbindung bringen. Das ist ein wichtiger Punkt, damit wir uns da nicht sozusagen an der falschen Front festfressen: nämlich zu glauben, dass wir so einen Wissenschaftsabwehrkrieg führen müssten gegen Leute, die die Wissenschaft in Frage stellen.

Die Wissenschaftsskepsis gibt es als Problem, wenn die Leute die wissenschaftliche Methodik, das wissenschaftliche Weltbild, die Rationalität an sich ablehnen. Das gibt es auch, aber das sind winzige Gruppen.

Was wir in unseren Umfragen herausgefunden haben: Im Prinzip beziehen sich die Leute in ihrer Wissenschaftskritik sehr stark auf den Eindruck, dass die Grenzziehung zwischen den Funktionssystemen nicht funktioniert. Sie unterstellen, dass Wissenschaft immer schon ferngesteuert ist von politischen und von ökonomischen Interessen, und auf der Grundlage machen sie dann ihre eigene Wissenspolitik.

Uta Eser

Vielen Dank, das war eine hilfreiche Differenzierung. Möchte jemand darauf reagieren?

Peter Strohschneider

Zu dem letzten Argument: Wenn Politik unter Berufung auf wissenschaftliche Erkenntnis ihre eigene Alternativlosigkeit propagiert ([TINA] *there is no alternative*), dann ist die einfachste Form, politisch zu dissentieren, indem man die wissenschaftliche Entscheidungsgrundlage angreift. Und das ist der Mechanismus, der passiert. Die Anti-Scientists haben nichts gegen Ärzte oder eine vernünftige medizinische Behandlung. Sie haben womöglich etwas gegen das Impfen. Das ist aber ein anderes Problem.

Judith Simon

Ich bin mir nicht sicher, ob unter Wissenschaftsfeindlichkeit nicht ganz unterschiedliche Dinge subsumiert werden. Wenn wir in die USA gucken, dann geht es ja da auch um einen Abbau von allem, was Wissenspraktiken sind, also Wissenschaft und Bildung. Das ist ein Angriff auf die Informiertheit und die wissenschaftliche Grundlage. Es gibt einen Angriff auf wissenschaftliche Institutionen als öffentliche Institutionen, der ein Stück weit eher etwas damit zu tun hat: „Ich bin so reich, ich brauche keine öffentlichen Institutionen. Wenn ich krank bin, kann ich woanders hin fahren, um mich heilen zu lassen.“

Ich glaube, das sind Aspekte, die noch zu dem hinzukommen, was vorher genannt wurde, dass wir das ein bisschen breiter denken müssen, was denn genau damit gemeint ist, und dass eine bestimmte Wissenschaftsfeindlichkeit vielleicht etwas mit dieser wahrgenommenen „Wissenschaft wollte zu viel“ in der Politikberatung zu tun hat. Aber ich glaube, das erklärt nicht alle Phänomene, die wir im Moment sehen.

Uta Eser

Vielen Dank. Dann würde ich bei dir weitermachen, Judith. Die zweite Erwartung an Wissenschaft ist, dass sie wertfrei ist. Die Wertfreiheit wurde schon angesprochen.

Nur gibt es unterschiedliche Lesarten dieses Begriffs. Man kann einmal sagen: Empirische Wissenschaft *kann* nicht werten; dann ist es eine Tatsache. Man kann aber auch sagen: Empirische Wissenschaft *darf* nicht werten; dann ist es eine Norm. Oder man könnte sagen: Wissenschaft muss Beschreibungen und Wertungen klar trennen und den eigenen Standpunkt ausweisen, von dem aus sie wertet. Das wären drei Lesarten. Und die letzte hat etwas mit dem Ethos der Wissenschaft oder mit dem Forschungsethos zu tun.

Du hast vorhin den schönen Begriff der epistemischen Tugend genannt. Welche Haltung würdest du denn Wissenschaftler:innen hinsichtlich von Werturteilen empfehlen?

Judith Simon

Ich glaube, relevant ist die Offenlegung von Werten und Begründungen, soweit man das kann. Was mir auch immer wichtig ist, ist eine gewisse epistemische Demut: dass man klarmacht, wo die Grenzen meiner wissenschaftlichen Expertise liegen. Auch wenn ich mich öffentlich äußere: Rede ich als Experte in meiner Domäne oder rede ich als mehr oder minder informierte Bürgerin? Das sind auch Sachen, die vielleicht eher mit dem Ethos zu tun haben.

Die Frage nach der Wertfreiheit von Wissenschaft ist natürlich – Longino sagt ganz klar: Der einzige universale Wert ist empirische Angemessenheit, und andere Werte, die in der Wissenschaftstheorie diskutiert werden (wie Schönheit von Theorien oder Einfachheit), sind nicht wirklich relevant.

Ich unterrichte ja Ethik in der Informatik, und da geht es mir vor allem darum, zu sagen: Alle oder die meisten wissenschaftlichen, methodischen, mathematischen Entscheidungen, die Leute treffen, haben ethische Auswirkungen. Welche Daten ich erhebe, wie ich sie verarbeite, wie ich sie speichere, all das hat mal direkte, mal weniger direkte Auswirkungen, beispielsweise auf unterschiedliche Personengruppen.

Da merkt man, dass diese Fragen nach der Wertigkeit von wissenschaftlicher Praxis auch ein bisschen multipel sind: Was sind die expliziten Werte, die ich herantrage? Und was sind die Verschränkungen des Epistemischen und Ethischen in meiner Wissenschaftspraxis?

Alexander Bogner

Judith Simon hat schon einen wichtigen Satz gesagt: Es geht um die Offenlegung von Werten in der Wissenschaft. Aber das hat zur Voraussetzung, dass man selbst erkennt, dass nicht-epistemische Werte bei bestimmten Entscheidungen im Spiel sind. Und das ist ziemlich unklar. Wenn man sich zum Beispiel anschaut, wie wir statistische Signifikanzniveaus festlegen: Das passiert oft aus Gewohnheit heraus oder aus Überlieferung, Tradition, wie auch immer. Es hat sich bewährt. Aber es hat natürlich riesige Folgen, wie wir diese Signifikanzniveaus festlegen, denn wir vermeiden entweder Falsch-positiv-Befunde oder Falsch-negativ-Befunde. Und ich mache das eine auf Kosten des anderen.

Wenn wir zum Beispiel dann Untersuchungen haben wie Umweltgifte im Tierversuch und wir ein sehr hohes Signifikanzniveau ansetzen, dann tendieren wir dazu, das Problem zu unterschätzen. Und wenn wir es tief ansetzen, überschätzen wir es eher. Das heißt, wir handeln im Endeffekt entweder im Dienste einer vorsorglichen Gesund-

heitspolitik, oder wir arbeiten im Dienste sozusagen der Industrie-Interessen. Das alles hängt mit der Wahl des Signifikanzniveaus zusammen.

Aber das muss ich erst mal sehen. Deswegen ist der Satz, den du gesagt hast, völlig richtig und gleichzeitig extrem voraussetzungsvoll.

Uta Eser

Herr Strohschneider, für Sie habe ich auch eine Frage, die mit der Frage nach der Wertfreiheit zusammenhängt. Wir haben gehört, dass es die Erwartung gibt, Wissenschaft könne irgendwie bei der Orientierung helfen. Es gibt in der Wissenschaftstheorie die überkommene Unterscheidung von Verfügungswissen und Orientierungswissen. Sie haben darauf hingewiesen, dass man die Einheitlichkeit der Wissenschaft überschätzt. Können Sie sich zu diesen beiden Begriffen kurz äußern bzw. zu der Frage: Ist es so, dass das wissenschaftliche Wissen, das Verfügungswissen, das einzige ist, was Objektivitätsansprüche erheben kann? Und wie ist es mit dem Orientierungswissen? Gibt es da auch so eine Art Objektivitätsideal?

Peter Strohschneider

Ich hadere mit dem Begriff der Objektivität, und Herr Bogner hat ihn ja sozusagen weichgespült: graduelle Objektivität. Dann kann ich aber auf ihn verzichten, wenn ich will. Dann ist er eine Metapher.

Diese Unterscheidung ist eine Unterscheidung, die den Gebrauch, der von Wissen gemacht wird, betrifft. Wir können schwer einen Wissensbegriff konzipieren, der aus sich selbst heraus orientierende Wirkung hat (das ist ungefähr auf dem Reflexionsniveau von den Zahlen, die selber sprechen), sondern wir können nur über unterschiedliche Gebrauchsweisen von Wissen sprechen. Bestimmtes Wissen kann als orientierendes Wissen gebraucht werden, also in Zusammenhängen wie

wissenschaftlicher Politikberatung. Ich würde sagen: Meine wichtigste epistemische Norm oder epistemische und politische Tugend wäre Selbstdistanz.

Ich würde das noch einen Schritt tiefer legen und sagen: Pluralistische Gesellschaften und demokratisch verfasste Herrschaft setzen in jedem Fall Selbstdistanz voraus und Wissenschaft auch, denn sonst gibt es diese Reflexionsschleifen, die die Voraussetzungen der eigenen Annahmen prozessual zu klären erlauben. Sonst kann es die nicht geben.

Für die Wissenschaft würde ich sagen: Der Anspruch, orientierend zu wirken, ist nur dann nicht despotisch (Hannah Arendt), wenn er mit einer solchen Selbstdistanz vorgetragen wird. Alles andere führt in Wahrheitsregime, also in Wächterräte, Zentralkomitees, Tugend- und Wohlfahrtsausschüsse.

Uta Eser

Das, was Sie in Ihrem Buch als Faktengewalt bezeichnet haben.

Peter Strohschneider

Das, was Christoph Hoffmann als Faktengewalt bezeichnet hat, ja.

Uta Eser

Wir wollen gerne, dass das Publikum auch mitdiskutieren kann. Ich bitte Elisabeth Gräb-Schmidt nach vorne, die als Anwältin des Publikums die Fragen hier vorstellen wird, die im Slido gestellt wurden. Bis dahin würde ich fragen, ob hier im Raum jemand eine – ja bitte.

Frau NN

Vielen Dank für die Möglichkeit, eine Frage zu stellen. Es geht darum, was Wissenschaft kann und was Wissenschaft nicht kann. Ich interessiere mich auch für den Aspekt Dual Use; vielleicht können Sie dazu kurz Position beziehen. Wenn

ein Wissenschaftler feststellt, dass mögliche Folgen nicht im Sinne der Gesellschaft sind (sei es in der Gesellschaft, in der er lebt, oder global oder wie auch immer), wie ist damit umzugehen, wenn die Politik Präventionsmaßnahmen gegen die Folgen der Forschung ergreifen sollte, die Forschung dadurch jedoch nicht vollständig ausgearbeitet oder in der herkömmlichen Weise publiziert werden kann, weil das die Dual-Use-Problematik verschärfen würde? Gerade in der heutigen Zeit müsste man vielleicht davon ausgehen, dass die Negativnutzung schneller voransteht als die Präventionsmaßnahmen in politischen Gremien bezogen auf die Gesellschaft.

Uta Eser

Vielen Dank. Vielleicht darf ich es ein bisschen zuspitzen: die Spannung zwischen Forschungsfreiheit einerseits und Missbrauchspotenzialen andererseits. Wer möchte das Thema annehmen?

Peter Strohschneider

Ich würde eine Gegenthese wagen und sagen: Ein Wissenschaftler kann nicht feststellen, was im Sinne der Gesellschaft ist. Das wäre einerseits eine normative Überfrachtung von Wissenschaft, und andererseits hat *die* Gesellschaft gar nicht einen Sinn, sondern sie ist eine pluralistische, überkomplexe Gesellschaft, in der die Frage, was in ihrem Sinne ist, nur als Streit darüber, was im Sinne der Gesellschaft ist, verhandelt werden kann. Und jetzt hat das Problem einen ganz anderen Zuschnitt.

Judith Simon

Ich antworte weniger theoretisch und praktischer. Es gibt von DFG und Leopoldina einen gemeinsamen Ausschuss zu sicherheitsrelevanter Forschung. Für das Thema Dual Use (und ich sage es deswegen, weil es vielleicht auch andere Leute interessiert) ist die Website von denen relativ hilfreich, weil es da nämlich einerseits um die Frage

geht: Was ist überhaupt Dual Use? Ich bin in der Informatik, und die meisten Informatiktechnologien sind nicht nur Dual, sondern Multiple Use. Im Sinne von Dual Use gibt es häufig die Idee entweder des militärischen Gebrauchs oder des kriminellen Missbrauchs. Das sind zwei Deutungsebenen, die ich prinzipiell nicht ausschließen kann. Die Frage, die dann oft gestellt wird, ist: Ja, aber wir können ja diese Art von Forschung, die prinzipiell missbrauchbar ist, nicht einschränken. Aber wir fokussieren auf diese Forschung, die im Englischen Dual Use Research of Concern [DURC] heißt, die also massive negative Auswirkungen hat.

Da gibt es einen Rückbezug zum Ethikrat, der schon 2014 eine Stellungnahme zu Biosicherheit geschrieben hat. Dort war die Empfehlung, dass es eine Art von Aufsichtsgremium geben soll, das bei Virologie oder zum Beispiel Pockenviren oder Gain-of-Function-Experimenten eine Art Kontrolle macht. Dann haben DFG und Leopoldina gesagt: „Das macht die Wissenschaft lieber selber, und deswegen richten wir jetzt an allen Universitäten Kommissionen zur Ethik sicherheitsrelevanter Forschung ein.“ Wie gut das funktioniert und ob das wirklich überall so läuft, steht auf einem anderen Blatt.

Das ist der klassische Move der Wissenschaft, zu sagen: „Bevor mir jemand vorschreibt, was ich mache, mache ich es lieber selber.“ Und wenn dann aber keiner den Finger drauflegt und fragt: „Habt ihr es auch gemacht?“, passiert da mal mehr und mal weniger. Und dann gibt es unterschiedliche Maßgaben, was zu tun ist. Das Verbot ist nur das Extreme. Publikationsauflagen oder Ähnliches sind andere Fragen. Das ist ein Riesenthema.

Peter Strohschneider

Weil ich für diesen Move selber mit verantwortlich war, will ich nur hinzufügen. Sie müssen

schon so etwas machen wie germanistische Mediävistik, um Wissenschaft zu betreiben, die *nicht* DURC-gefährdet ist. [Lachen] Das ist ein Luxus.

Uta Eser

Vielen Dank für die Frage und für die Antworten. Haben wir im Slido ...?

Elisabeth Gräb-Schmidt

Ja, ich möchte mich herzlich bedanken für die vielen Fragen mit unterschiedlichen Aspekten, die über Slido reingekommen sind.

Zunächst eine basale Frage, die auch die Demokratisierung der Wissenschaft betrifft, die ja auch eine Bildungsaufgabe hat. Ganz zu Anfang wurde gefragt: Welche Rolle spielt die populärwissenschaftliche Sprache in der Vermittlung der Rolle der Wissenschaft versus der hier gezeigten Überfliegersprache? Ich denke, das ist generell ein Problem der wissenschaftlichen Vertreter.

Dann noch eine Zusatzfrage: Wie will der Deutsche Ethikrat hier Brücken bauen zur sprachlichen Kommunikation und in die Breite der Gesellschaft wirken? Ich denke, das ist auch eine grundlegende Frage.

Uta Eser

Wer will sie adressieren? Die Frage zum Ethikrat kannst eigentlich nur du [zu Judith Simon] beantworten, aber zu der Frage der Sprache: Wie kann sich Wissenschaft so äußern, dass sie verstehbar wird, ohne ihre Komplexität einzubüßen?

Peter Strohschneider

Muss sie denn verstehbar sein? Und muss jede Wissenschaftlerin in der Lage sein, ihre eigene Forschung jederzeit auf jedem Komplexitätsniveau verstehbar zu kommunizieren? Ich würde sagen nein.

Judith Simon

Ich fordere vielleicht ein bisschen mehr. Ich finde schon, dass man in der Lage sein sollte, seine Forschung irgendwie beschreiben zu können. Ob man das immer punktgenau ohne Vorbereitung kann, steht auf einem anderen Blatt.

Peter Strohschneider

Das ist etwas anderes.

Judith Simon

Genau. Aber ich glaube schon, dass man in der Lage sein müsste, auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen zu erklären, was für wen relevant ist. Das ist eine Kompetenz, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausbilden müssen: erst mal zu verstehen, welches Abstraktionsniveau und welche Art von Fragen für welchen Kontext relevant sind.

Sie haben ja alle betont, dass diese Translation in die Politik auch notwendig ist, zu sagen, welche Art oder welches Niveau der Frage relevant ist – nicht per se simplifizieren, sondern überlegen, was die relevante Information ist. Ich glaube schon, dass das eine Aufgabe ist. Die gelingt nicht immer.

Der sicherste Weg, jemanden abzuhängen, sind Fremdwörter. Das ist etwas, wo man wahrscheinlich – ich überlege gerade, wie viele ich drin hatte – auch ein paar, aber in der Hoffnung, einige übersetzt zu haben. Ich glaube schon, dass wir da eine Rolle haben, diese Übersetzungsleistung zu erbringen. Das gelingt nicht immer, aber es sollte ein Anspruch sein, es zu tun.

Peter Strohschneider

Aber ob das ein Anspruch an *die* Wissenschaft als soziales System ist oder ein Anspruch an jede einzelne Person, die im Wissenschaftssystem arbeitet, jederzeit, das ist die eigentliche politische Frage, würde ich sagen.

Alexander Bogner

Aber es geht in jedem Fall um die Wissenschaft. Denn wenn es richtig ist, dass der Nachkriegskonsens so nicht mehr in Kraft ist, dann geht es auch um einen neuen Vertrag zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Und dann ist die Wissenschaft darauf angewiesen, popularisieren zu können.

Peter Strohschneider

Systemisch, ja klar.

Alexander Bogner

Ja, also systemisch deutlich machen zu können: Was tut man eigentlich? Was ist der angedachte Mehrwert? Warum sind die Dinge, die wir tun, interessant? Darauf sind wir stärker denn je angewiesen.

Uta Eser

Das war eine gute Differenzierung, ob das jede und jeder Einzelner können muss oder ob die Institution als solche sprechfähig sein muss in die Richtung der Öffentlichkeit.

Wir wechseln jetzt wieder zum Saalmikrofon. Ich glaube, der junge Mann am hinteren Mikrofon ist jetzt dran.

Herr NN

Vielen Dank. Meine Frage ist als Anschlussfrage bzw. als neuer Gedanke zur ersten Rednerin zu verstehen. Sie haben ja schon angesprochen, welche Aufgabe die Wissenschaft in der Reglementierung ihrer eigenen Erkenntnisse hat. Wir haben bereits Objektivität und Wertfreiheit als fundamentale Aspekte der Wissenschaft aufgefasst. Ich bin daher der Überzeugung, dass die Wissenschaft weder die Aufgabe noch die Mittel hat, sich selbst zu reglementieren.

Das bedeutet im Umkehrschluss, dass es eine andere Institution geben muss, die dieser Aufgabe nachkommt. Denn wir wissen alle, dass es viele

wissenschaftliche Erkenntnisse und Errungenschaften gibt, die nicht im Sinne unserer Demokratie, nicht im Sinne der Menschlichkeit zu verorten sind bzw. die auch im öffentlichen Diskurs nicht unbedingt positiv konnotiert sind, wenn wir die Reproduktionstechniken in der Medizin betrachten oder auch die KI, die natürlich viele gute Möglichkeiten bietet, aber auch ein hohes Gefahrenpotenzial beherbergt. Jetzt guckt gerade Hans Jonas aus dem Guckloch.

Meine Frage ist, inwiefern die Ethik in Deutschland oder überhaupt in der Welt eine Institution hat, die der Aufgabe nachkommt, die Wissenschaft zu kontrollieren bzw. zu reglementieren, in dem Falle die Büchse der Pandora nicht öffnen zu lassen oder, falls dies geschehen ist, sie wieder zu schließen, ob das möglich ist, ob das richtig ist und ob das in Deutschland überhaupt vertreten ist.

Uta Eser

Vielen Dank. Das war jetzt eher eine Gegenrede zu dem Statement, das es vorhin gab. Deswegen gucke ich dich gleich an, Judith: Ist es die Aufgabe der Ethik, regulierend in die Wissenschaft einzugreifen?

Judith Simon

Ich glaube, die Ethik kann unterschiedliche Rollen einnehmen: einerseits die Reflexion anzustoßen. Ich rede jetzt mal nicht nur aus der Perspektive Ethikrat und Politikberatung, sondern auch als jemand, der Ethik in der Informatik unterrichtet und dort eine Ethikkommission leitet am Fachbereich, denn das sind auch Funktionen, in denen Ethik institutionalisiert wird.

Ich glaube, es geht in den seltensten Fällen um Kontrolle und Verbot. Das sind die absolut extremen Fälle, in denen man wirklich etwas verbietet. Selbst bei diesen harten Fällen von Dual Use Research of Concern gibt es meines Wissens in Deutschland nur ganz wenige Fälle, in denen eine

Kommission so befunden hat, dass bestimmte Forschung nicht stattfinden soll.

Das heißt, wir haben in den seltensten Fällen eine Art von direkter Kontrolle, sondern in den meisten Fällen geht es darum zu sagen: Kann man das Forschungsdesign auf eine bestimmte Art und Weise verändern oder die Publikationsmöglichkeiten, um Risiken zu minimieren? Und ich glaube, das ist auch der richtige Weg. Das ist kein einfacher Weg, der etwas verbietet.

Ich glaube schon, dass es auf der anderen Seite für extreme Entwicklungen gegebenenfalls auch Moratorien oder Verbote gibt, aber auch nur in ganz wenigen Bereichen. Wir haben das beim Klonen gesehen; hier gab es ein Moratorium. Aber das sind historisch sehr seltene Bereiche.

Deswegen besteht, glaube ich, die Rolle der Ethik eher im Nachdenken über diese wissenschaftlichen Praktiken, im Nachdenken darüber, was meine Rolle als Wissenschaftlerin und Wissenschaftler ist. Das muss in der Lehre anfangen, und das behebt nicht alle Probleme. Aber ich sehe keine Alternative. Denn die Frage ist: Wie sollen Zulassungsbehörden funktionieren, wenn denen wiederum die Expertise zur Bewertung der Wissenschaft unterliegt? Ich glaube, dass sich zwischen diesen Extremen des Verbots und der reflexiven Ebene die Rolle der Ethik ein Stück weit aufspannt.

Uta Eser

Danke für die Frage, weniger was ist und kann Wissenschaft, sondern was darf Wissenschaft? Elisabeth, hast du im Publikum etwas zu der Frage, was ist und was kann es werden?

Elisabeth Gräß-Schmidt

Genau. Zu der Frage wollte ich gerade kommen, also eher das wissenschaftstheoretische Gebiet. Hier wurde gefragt: Welche Unterschiede bestehen zwischen den Thesen von Longino und Karl

Popper, also kritischer Rationalismus. Das ist die eine Frage.

Man könnte noch die zweite anschließen: Welche Bedeutung wird der Schwarmintelligenz im Blick auf Bürgerbeteiligung an wissenschaftlichen Ergebnissen zuerkannt?

Die erste Frage geht wieder an dich, obwohl sich andere natürlich auch dazu äußern können.

Judith Simon

Mag jemand? – Na gut. Popper war der erste Wissenschaftstheoretiker, der mir in meinem Psychologiestudium vor die Nase gesetzt worden ist mit Falsifikation und Vorläufigkeit. Longino wirft einen anderen Blick auf die Wissenschaftspraxis, und zwar weniger auf den Akt der Falsifikation einer spezifischen Erkenntnis. Es ist nicht so, dass Popper nur das macht, aber man verkürzt Popper häufig auf diesen Akt der Falsifikation. Longino hingegen – als eine auch feministische Wissenschaftstheoretikerin – versucht, einen Blick auf Wissenschaft zu werfen, der zwischen einer Idealisierung dieser Falsifikationsmaschinerie liegt, sich aber nicht in einem totalen Relativismus auflöst. Natürlich weiß sie als feministische Wissenschaftstheoretikerin sehr wohl, dass diese Sozialität das Einfallstor ist für viele Verzerrungen. Das ist die Grundlage für ihre normativen Forderungen, die sie aufstellt: Nur wenn die gegeben sind, können wir über so etwas wie Objektivität als sozio-rationalen Prozess überhaupt reden. Deswegen würde ich sagen: Komplementarität, nicht unbedingt Widerspruch, und der Blick auf unterschiedliche Aspekte im Wissenschaftssystem.

Uta Eser

Zur Frage der Schwarmintelligenz vielleicht noch das Konzept von Citizen Science? Ich gucke mal in Ihre Richtung [zu Alexander Bogner], Sie haben sich damit schon beschäftigt. Es ist ja nicht trivial, die Schwarmintelligenz mit der Logik der

Wissenschaft so in Übereinklang zu bringen, dass die Ergebnisse dann auch wissenschaftlichen Standards genügen. Vielleicht dazu noch ein Wort? Wie kann man die Schwarmintelligenz in die Wissenschaft einbinden?

Alexander Bogner

Dass sie wissenschaftlichen Standards genügen und auch wissenschaftlich rezipiert werden, ist ein Riesenproblem. Die Citizen Science war ein idealistisches Projekt, wo man davon ausgegangen ist, dass die Bürgerinnen und Bürger wie Forschende arbeiten oder kooperieren können. Im Endeffekt hat man gesehen, dass es eigentlich ein Programm wird, das sehr stark im Sinne der Wissenschaftskommunikation wirkt. Das ist, glaube ich, so eine Umwegrentabilität. Die ist auch okay, aber die großen Hoffnungen, die man am Anfang damit verbunden hat, sind verflogen.

Peter Strohschneider

Das gab es immer, botanisierende Studienräte oder Lehrer, die Kirchbücher erforscht haben im Sinne einer Lokalgeschichtsschreibung. Das Problem ist in dem Moment entstanden, in dem daraus ein politisches Programm geworden ist, und dieses politische Programm verwischt die Grenze zwischen Wissenschaft und Politik. Das sind die Folgen, die eine Umwegrentabilität haben kann. Sie haben aber auch allerhand falsche Erwartungen an Wissenschaft gerichtet, zum Beispiel dass im Maße der Komplexitätssteigerung von Wissenschaft eine Entprofessionalisierung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine gute Strategie sei.

Alexander Bogner

Oder man degradiert die Bürger:innen zu reinen Datensammelmaschinen.

Peter Strohschneider

Aber das ist normativ unplausibel.

Uta Eser

Ich schaue noch mal in den Saal, am vorderen Mikrofon die junge Dame, bitte.

Sira Groscurth

Hallo, Sira Groscurth von MARUM [Center for Marine Environmental Sciences] an der Universität Bremen. Meine Frage geht in Richtung wissenschaftliche Politikberatung: Was darf Wissenschaft? Herr Strohschneider hat es in seinem Vortrag gesagt: Die Aufgabe der Wissenschaft ist, Wissen bereitzustellen, aufzubereiten, aber eigentlich nicht Handlungsempfehlungen zu geben, und da müssen die politischen Entscheidungsträger:innen alle Perspektiven mit einbringen.

Dem stimme ich zu, allerdings sehe ich die Herausforderung, dass es so viele Lobbyverbände etc. gibt, die sehr lautstark Interessen, Meinungen und vielleicht auch Handlungsempfehlungen kundgeben, die aber nicht wissenschaftlich oder nicht evidenzbasiert sind, dass dann vielleicht die Stimme der Wissenschaft, die eben wohlerzogen, aber eher zurückhaltend ist und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht weiter bewegt, als sie sollte, doch nicht das Gehör findet in dem schnellen Politikgeschäft, was wir eigentlich bräuchten, wenn wir die ganzen globalen Herausforderungen betrachten.

Dazu würde mich interessieren: Sollte die Wissenschaft vielleicht aufgrund der Gegebenheiten nicht doch etwas mehr vorauspreschen, um Gehör zu finden? Danke schön.

Peter Strohschneider

Ich würde sagen, das ist das Aktivismusproblem, das Herr Bogner skizziert hat, und da liegen auch die Risiken des Aktivismusproblems. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind als Bürger der Gesellschaft nicht daran gehindert, sich politisch zu engagieren, überhaupt nicht. Die Frage ist: Welche Erwartungen verknüpfen sie

damit, wenn sie sich als Bürger und zugleich als Wissenschaftler:innen inszenieren? Und welche Erwartungen verbinden sie mit den Wahrheitsansprüchen, die mit diesem Wissen verbunden sind im Hinblick auf demokratische Entscheidungen? Das ist ein demokratietheoretisches Problem. Diese Erwartungen sind, glaube ich, ziemlich prekär. Das ist die Erwartung des Follow the Science, und in dieser Gestalt von Aktivismus ist das prekär.

Es ist nicht zuletzt deswegen prekär, weil es sich mit den Formen des Anti-Science (ich sage nicht Wissenschaftsskeptizismus, weil Skeptizismus ein normativer Wert der Wissenschaften ist), also des heterodoxen Gegenwissens, sozial als Gegensatzpaar stabilisiert. Das wird als Polarisierung beschrieben.

Uta Eser

Vielen Dank. Mit Blick auf die Zeit würde ich gern noch eine Frage aus dem Slido machen, die wir dann noch diskutieren. Dann müssen wir das leider abschließen.

Elisabeth Gräß-Schmidt

Hier habe ich noch eine Frage, die die Kontextualität des Wissens unzweifelhaft feststellt. Die Frage ist, inwiefern auch die Gefahr der Interessengeleitetheit eine Rolle spielt. Das Verhältnis von Wissen und Macht ist immer gesellschaftlich konkret situiert. Vor der Aufklärung ging wissenschaftsrestringierende Macht zum Beispiel von der Kirche aus, bei uns heute eher von der Wirtschaft. Ist unsere Wissensproduktion zu sehr an wirtschaftliche Macht geknüpft? Ich denke, diese Frage ist auf jeden Fall einsichtig.

Uta Eser

Wer hat eine Antwort? Ist unsere Wissenschaft zu sehr an wirtschaftliche Macht geknüpft?

Peter Strohschneider

Man bräuchte ein Maß für das „zu sehr“. Dass Wissenschaft an wirtschaftliche Macht geknüpft ist, ist evident. Das behauptet auch der öffentliche Diskurs, also Innovation, Wohlstand ... Herr Bognner hat dieses Narrativ beschrieben, das – seiner Obsoleszenz zum Trotz – allgegenwärtig ist in unseren öffentlichen Auseinandersetzungen.

Ich glaube, es ist unbestreitbar, dass es Einschränkungen von Wissenschaft im Interesse wirtschaftlicher Macht oder in Dispositiven der Ökonomie gibt, also Nützlichkeitserwartungen, Rechtfertigungserwartungen, Accountability-Erwartungen usw. Aber ob wir ein Maß haben, wann es zu viel Einfluss von Wissenschaften gibt?

Elisabeth Gräß-Schmidt

Ich denke, dahinter steht die Frage, inwiefern Wissenschaft als Wissenschaft in ihrer Wissenschaftsfreiheit dadurch begrenzt und beschränkt und insofern unlauter wird.

Peter Strohschneider

Ich glaube, wir sind mit all diesen Fragen pausenlos an dem Basisproblem, ob unsere Konzepte einer sich selbst verwaltenden, auf Wissenschaftsfreiheit und Autonomie setzenden Wissenschaft angesichts der Entwicklungen von Wissenschaft und Gesellschaft noch hinlänglich plausibel sind.

Ich nenne mal die Unterscheidung von Grundlagen- und Anwendungsforschung: Was soll diese Unterscheidung in der Biotechnologie oder in der KI? Wissenschaft ist in einer Weise expandiert, akzeleriert, alles ist sozusagen wissenschaftsbasiert, kann zum Gegenstand von Wissenschaft gemacht werden. Die Frage dieser Selbstregulation ist, glaube ich, prekär.

Ich sage nicht, dass sie negativ beantwortet werden muss. Ich sage nur, dass sie neu durchdacht werden muss. Aber so neu ist das auch nicht. Paul

Feyerabend hat die Verstaatlichung von Wissenschaft in einer solchen Argumentationslinie vorgeschlagen.

Aber das ist die eigentliche offene Frage: Was ist die Rolle nicht von wissenschaftlichem Wissen in politischen Entscheidungen, sondern was sind die Funktionen und Dysfunktionen von unvorstellbar präzedenzlos weit verwissenschaftlichten Gesellschaften?

Alexander Bogner

Offen ist aber auch die Frage, was wir unter Autonomie verstehen. Das ist ein Thema für die nächste Tagung.

Uta Eser

Offen sind leider noch viele Fragen. Wir konnten vieles nur antippen. Viele sind auch noch nicht zu Worte gekommen. Es war aber auch erst der erste Teil unserer Tagung, und die Frage nach dem Verhältnis, was Wissenschaft und Politik voneinander erwarten, wird uns im nächsten Teil noch beschäftigen.

Fürs Erste darf ich mich herzlich bedanken bei allen hier auf dem Podium, im Saal und im Online-Publikum, die an der Diskussion mitgewirkt haben. Wir haben jetzt eine Kaffeepause und treffen uns um 11.30 Uhr wieder hier im Raum und erörtern die Frage, was Wissenschaft und Politik voneinander erwarten. Vielen Dank.

II. Was erwarten Wissenschaft und Politik voneinander?

Achim Wambach

[...] Thema, was uns von allen Seiten bewegt und was auch in vielen Diskussionen diskutiert wird. Wir hatten vor einigen Jahren eine Diskussion mit unserem Rektor, und der Rektor sagte: Er versteht das alles nicht. Wenn er die nächste Primzahl erforscht, wozu braucht er dann diese Konflikte,

den soziologischen Austausch und die Diskussion mit der Politik?

Wissenschaft ist ein breites Feld. Für die Primzahl-Erforschung gibt es andere Voraussetzungen als für mein Feld, die Ökonomie.

Vielleicht als Einstieg in die zweite Session: Vor einigen Jahren gab eine Konfrontation zwischen Wissenschaft und Politik. Der damalige Bundeskanzler wurde (ich glaube, das war bei Slomka) auf eine Studie angesprochen: Was sind die Auswirkungen eines Gasembargos? Und er sagte: „Das sehen die Wissenschaftler falsch.“ Es sei unverantwortlich, mit irgendwelchen mathematischen Modellen dazu Stellung zu nehmen. Er hat sich sehr echauffiert. Das war eine Studie, die ausgerechnet hatte, wie die Auswirkungen eines Gasembargos sind.

Man muss aber auch die andere Seite sehen: Einige Autoren der Studie sind mit der Studie an die Öffentlichkeit gegangen und haben gesagt: „Es muss ein Gasembargo gemacht werden.“ Sie haben also aus dem reinen Beschreiben der Studie eine normative Forderung gemacht.

Diesem Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und wissenschaftlicher Politikberatung, die Ansprüche der Politik, dem kommen wir in diesem zweiten Teil unserer Konferenz ein Stück näher.

Ich freue mich, ein tolles Plenum hier zu haben. Wir beginnen mit dem ersten Redner. Herr Schröder, ich freue mich, dass Sie uns einen Einblick aus der Politikwissenschaft, einen politikwissenschaftlichen Impuls geben. Herr Wolfgang Schröder ist Professor in Kassel für das politische System, hat den Lehrstuhl „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“. Er kennt auch sehr gut die Politik, war unter anderem Staatssekretär, Mitglied der Grundwerte der Kommission der SPD, gehörte dem Rat der Arbeitswelt an,

kennt also beide Seiten gut. Vielen Dank, dass Sie da sind.

Politikwissenschaftlicher Impuls

Wolfgang Schroeder · Universität Kassel

(Folie 1)

Vielen Dank für die Einführung. Ich habe die Aufgabe, diese Dinge, die heute schon sehr verdichtet vorgetragen worden sind, aus politikwissenschaftlicher Sicht darzulegen.

(Folie 2)

Ich gehe von vier Dimensionen aus, die ich vortragen möchte: zunächst die unterschiedlichen Paradigmen, dann die vier Welten der Politik-Wissenschafts-Kooperation, dann die wechselseitigen Kompetenzansprüche und ein kleines Fazit.

(Folie 3)

Wir können davon ausgehen, dass Politik wissenschaftliches Wissen nutzt, aber nicht als einzige Quelle. Ihre Aufgabe besteht darin, zu übersetzen, was seitens wissenschaftlicher Befunde angeboten wird. Dabei hat sie ihre eigene Logik der Aneignung. Zentral werden immer wieder genannt Macht, Werte und Legitimationsstrategien.

Politikberatung ist kein bloßer Wissenstransfer, sondern ein Prozess politischer Übersetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Die Politikwissenschaft kann einen Beitrag leisten zur Reflexion der Bedingungen von Politikberatungen und in diesem Sinne den Übersetzungsprozess reflektieren, dabei die institutionellen Arrangements berücksichtigen und deutlich machen, dass es eine transparente und von wechselseitiger Verantwortung getragene Austauschbeziehung ist.

(Folie 4)

Fangen wir mit den Paradigmen an, auf die ja schon eingegangen worden ist.

Die Ausgangsthese lautet: Es gibt unterschiedliche Logiken, gleichwohl aber eine wechselseitige dramaturgische Abhängigkeit. Die wissenschaftliche Grundorientierung an der Wahrheitsfindung, an der Objektivität ist dadurch gekennzeichnet (wenn sie gute Wissenschaft ist), dass sie durch methodisch kontrollierte, transparente Verfahren jeweils reflektiert und korrigiert werden kann. Das ist ein wesentliches Momentum dieses Prozesses, dass die Ergebnisse jeweils auf neue Erkenntnisse warten und in diesem Sinne korrekturfähig und korrekturbedürftig sind.

Politik ist interessiert an der Lösung von Problemen und braucht dafür Macht. Wissenschaft kann ein Momentum der Legitimation dieser machtorientierten Problemlösungskonstellation sein, und in diesem Sinne ist Wissenschaft im demokratischen Prozess auf Wertentscheidungen angewiesen, die transparent gemacht werden sollten.

Politik definiert, was als gesellschaftliches Problem gilt, und Wissenschaft liefert *mögliche* Orientierungen, nicht mehr. Vorausgesetzt ist diesem Ganzen, dass Politik verhandelt in diesem Sinne, um einen Sachverhalt als plausibel darzustellen und das Ganze wissenschaftlich absichern zu können.

Das ist, wenn man so will, die Sollenskonstellation, auf die wir treffen, die noch wenig über die Realität aussagt.

(Folie 5)

Wissenschaft ist (und das muss hier dreimal unterstrichen werden) nicht unpolitisch, sondern abhängig von Förderlogiken und von Institutionen, die unter bestimmten politischen Bedingungen entstehen.

Das wird wirkmächtig durch Lehrstühle, durch Forschungsförderungslinien in der Forschungspolitik, die sich vor allen Dingen in den Drittmittelstrukturen abbilden. Das heißt, welches Wissen überhaupt bearbeitet wird, ist nicht zufällig, sondern selbst schon politisch, machtpolitisch konstituiert. Es gibt wissenschaftstheoretische Vorläufer, die das intensiv bearbeitet haben, wie Merton: Der Schutz der wissenschaftlichen Unabhängigkeit – das ist die Konsequenz daraus – ist eine demokratische Notwendigkeit.

Umgekehrt ist Politik nicht unwissenschaftlich, sondern nutzt wissenschaftliches Wissen, um Entscheidungen zu begründen, Unsicherheiten zu bearbeiten und Legitimation zu erzeugen.

Diese Dialektik der Unsicherheit wird gemeinhin so gedacht, dass Wissenschaft dazu beitragen soll und vor allen Dingen ihr Einfluss dann am größten ist, wenn die Unsicherheit und Krise am größten ist. Dann ist die Wissenschaft möglicherweise ein Unsicherheitsabsorber.

Gleichzeitig kann (und das haben wir in der Corona-Konstellation deutlich gesehen) Wissenschaft auch im demokratischen Prozess ein Unsicherheitsgenerator sein: Neue Unsicherheit entsteht durch viel Wissen oder durch eine uninformierte Öffentlichkeit, die den Umgang mit Wissenschaft nicht kennt, nicht pflegt und nicht gewohnt ist.

(Folie 6)

Das Verhältnis von Politik und Wissenschaften kann man vielleicht in vier Typen, die schon verschiedentlich angesprochen worden sind, zusammenfassen.

[1] Zunächst ein instrumentell machtorientierter Umgang. Das heißt, Politik sucht den Machterhalt und nutzt dafür selektiv instrumentell Ergebnisse von Wissenschaft.

[2] Da aber der Prozess der Entscheidungs- und Willensbildung im politischen System nicht nur durch Wissenschaft geprägt ist, kann es sein, dass es primär um die Alltagserfahrung geht, die wiederum selektiv Wissenschaft aufnimmt, um das populär zu deuten, was im Common Sense pfadabhängig gedacht und praktiziert worden ist.

[3] Die dritte Dimension, die Technokratie-Expertise, bedeutet den Imperativ der unmittelbaren Übersetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse eins zu eins in politische Entscheidungen. Das ist das Philosophenregime. Es ist wenig kompatibel mit einem demokratischen Arrangement und läuft somit auch Gefahr, eine Entdemokratisierung eines Systems zu beschleunigen.

[4] Insofern ist der vierte idealtypische Zugang der deliberative, das heißt die Einbindung von Wissenschaft in den Prozess der Entscheidungs- und Willensbildung durch Beteiligung und Diskurs. Da ist es nicht nur die Verbindung Wissenschaft – Politik, sondern auch die Verbindung Wissenschaft – Politik – Öffentlichkeit. Da spielen die Medien auch eine wichtigere Rolle, als dies bisher unterstellt worden ist.

(Folie 7)

Die Wirklichkeit sieht so aus: Keiner dieser Typen ist in der realen Welt anzutreffen, sondern die reale Welt zeichnet sich durch ein Mischungsverhältnis aus, und dieses Mischungsverhältnis ist stark von den vorhandenen Akteuren, von den Rechtfertigungsabsichten und den angestrebten Kompromissen geprägt. Das heißt, das machtpolitische System ist der Rahmen, unter dem die Anwendung von Wissenschaft zu denken ist, und je nach dominanter Orientierung wird Wissenschaft unterschiedlich aufgenommen, interpretiert und legitimiert.

Die politischen Systeme unterscheiden sich auch darin, wie sie institutionalisiertes wissenschaftliches Wissen deuten, nutzen oder ignorieren.

(Folie 8)

Politikberatung und das Verhältnis Politik und Wissenschaft ist in starkem Maße als sozialer Prozess zu definieren, der beidseitig Kompetenzen verlangt. Ich habe hier fünf Kompetenzen systematisiert, die (sicherlich nicht erschöpfend) das wechselseitige Angewiesenheitsverhältnis charakterisieren.

[1] Die Prozesskompetenz bedeutet, dass Politik nicht nur im Sinne einer Lieferstrategie darauf warten kann, dass ein Befund kommt, der zur eigenen Macht, Legitimations- oder Problemlösungskompetenz beiträgt, sondern beiderseitig muss ein Verständnis der jeweiligen Arbeitswirkungsbedingungen gegeben sein.

[2] In einer Demokratie zielt das Verhältnis sehr stark auf Transparenz ab. Das bedeutet, dass Mechanismen der Öffentlichkeit, der Einbeziehung, der Legitimationssicherung im Sinne der Transparenz gegeben sein müssen.

[3] Das Entscheidende ist wohl die Übersetzungskompetenz. Das heißt, das politische System muss in der Lage sein, die Relevanz wissenschaftlicher Erkenntnisse, die in der Regel in Konkurrenz zueinander stehen (das heißt, es gibt unterschiedliche Angebote zur Lösung von Problemen) – und muss in der Lage sein, deutlich zu machen, warum man sich für das eine entscheidet und nicht für das andere.

[4] Dann haben wir die Frage der Rückkopplung. Das heißt, es ist nicht damit getan, dass ein Gesetz entsteht. Es ist nicht damit getan, dass ich mich für einen bestimmten Befund, eine bestimmte Perspektive entscheide, sondern die Frage ist am Ende auch, ob es wirkt, ob es funktioniert. Denn

Demokratie ist nicht nur ein Macht- und Legitimationsprozess, sondern (wie wir allgegenwärtig erleben können) auch eine Frage der Funktionalität: Funktioniert es? In diesem Sinne brauchen wir Rückkopplungsschleifen und Reflexionsschleifen, die dieses Verhältnis immer wieder neu sortieren und reflektieren.

[5] Das gipfelt in der hier auch schon mehrfach vorgetragenen Demutsthese: Eine wechselseitige Nicht-Überforderung ist die Bedingung der Möglichkeit dafür, dass Wissenschaft und Politik sich im demokratischen Prozess nachvollziehbar und demokratiekompatibel aufeinander beziehen können.

(Folie 9)

Das Fazit: Politisches Entscheiden ist mehrdimensional, setzt, obwohl es diese wechselseitige Dimension des Aufeinanderangewiesenseins gibt, nicht allein auf Wissenschaft, sondern fragt: Was ist richtig? Was ist machbar? Was ist vermittelbar? Was ist mehrheitsfähig?

Dann ist man bei der demokratischen Legitimität. Politik muss öffentlich begründen, wie und auf Grundlage welchen Wertegerüsts wissenschaftliche Erkenntnisse in Entscheidungen einfließen. Diese demokratiepolitische Legitimität und Kompetenz ist auch der Gegenstand der Politikwissenschaften, die sich nämlich darüber verständigen, was die Bedingungen der Möglichkeit für einen wechselseitig angemessenen Austausch und wechselseitig angemessene Bezugnahmen sind.

Da spielt neben den Kompetenzen auch die Institutionalisierung eine wichtige Rolle: Was ist eine angemessene Institutionalisierung von Wissenschaft? Soll sie innerhalb des politischen Systems angesiedelt sein? Da ist sie natürlich auch, weil der wissenschaftliche Apparat innerhalb des politischen Systems existent ist. Oder soll sie stärker

außerhalb des politischen Systems angesiedelt sein im Sinne der kompletten Unabhängigkeit?

Auch hier werden wir in der Realität im Sinne der empirischen Angemessenheit von Mischungsverhältnissen ausgehen können. Das zu überprüfen und zu reflektieren ist die Aufgabe einer empirischen Politikwissenschaft.

Am Ende steht, dass es eine gegenseitige Übersetzungskompetenz geben muss, wenn das Verhältnis Wissenschaft und Politik innerhalb der Demokratie als Prozess funktionieren soll im Sinne einer Stärkung demokratischer Legitimität, Zufriedenheit und Funktionalität des politisch-gesellschaftlich-ökonomischen Systems. Das bedeutet auch: Es braucht eine wechselseitige Kompetenz für die Entstehungsbedingungen, aber auch für die Grenzen von Wissen und politischem Entscheiden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Achim Wambach

Herzlichen Dank für den Impuls aus der politischen Sicht. Jetzt machen wir Erfahrungsberichte aus der Politik.

Als Erstes freue ich mich, Helge Braun auf der Bühne zu begrüßen. Er ist uns allen bekannt als Chef des Bundeskanzleramts im Kabinett Merkel IV. Ich kann mir das gut vorstellen (das ist ja eine Position, wo man sehr wenig Schlaf hat), dass man morgens aufwacht und wenn von der Wissenschaft jemand etwas gesagt hat, man sich dann denkt: „Verdammt. Hätten die nicht mal den Mund halten können, damit ich mich jetzt nicht auch noch damit beschäftigen muss?“ Wie war da die Erfahrung?

Mittlerweile ist er Rektor der Universität zu Lübeck, kann also beide Sichten miteinander verbinden. Wir freuen uns sehr, dass Sie da sind, und wir freuen uns auf den Impuls.

Erfahrungsbericht aus der Politik

Helge Braun · Präsident der Universität zu Lübeck

(Folie 1)

Herzlichen Dank. Das, was Sie gerade gesagt haben, ist natürlich *nie* passiert. Insofern möchte ich beginnen – eben war die Demutsthese ein Thema, also die Frage: Können wir es erreichen, dass wir uns gegenseitig nicht überfordern, Wissenschaft und Politik?

Ich würde vielleicht die Gegenthese aufstellen, denn ein bisschen spüren wir es doch schon den ganzen Vormittag im Raum: Irgendwie ist die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik eine permanente gegenseitige Zumutung. Und wir werden das wahrscheinlich so schnell nicht auflösen können. Wir arbeiten heute daran, aber wir werden es so schnell nicht auflösen können. Wir müssen uns also gegenseitig Mut zusprechen, denn die Alternative, dass wir Politik nur auf der Grundlage von Glaube und Meinung machen, empfindet – hoffe ich jedenfalls – niemand im Raum als erstrebenswertes Ziel für die Weiterentwicklung einer aufgeklärten Gesellschaft.

(Folie 2)

Vor einem Jahr hätte ich vielleicht die erste Folie gar nicht produziert, weil ich gesagt hätte: Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Wissenschaft davon ausgehen kann, dass es in der Politik nicht nur ein Machterhaltungsinteresse gibt und deshalb eine Instrumentalisierung von Wissenschaft im weitesten Sinne stattfindet, sondern ich kann aus 22 Jahren in der Politik sagen, dass ich – jedenfalls in demokratischen Parteien – fast ausschließlich Persönlichkeiten kennengelernt habe, die eine intrinsische Motivation haben, ihr Land voranzubringen, die auch auf Aufklärung setzen und deshalb auch ein großes Interesse daran haben, ernsthaft aus der Wissenschaft Erkenntnisse

zu beziehen, die ihnen helfen, erfolgreichere Entscheidungen im Interesse der Gesellschaft zu treffen.

Dass das in einer pluralen Gesellschaft sehr unterschiedlich ausgehen kann, zu welchen Schlüssen man dann kommt – aber das finde ich, ist ein sehr wichtiger Punkt.

(Folie 3)

Der zweite deutlich gewordene Punkt ist, dass jede politische Entscheidung Legitimation braucht (gesellschaftliche, argumentative Legitimation, Schaffen von Mehrheiten), und dass man, wenn man Wissenschaft einbindet, sich davon erhofft (und das auch braucht), dass man dadurch eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz erreicht. In dem Moment wird die Wissenschaft Teil der politischen Argumentation.

(Folie 4)

Das erste Thema, das ich mitgebracht habe, was eine ernste Herausforderung ist: Herr Stroh-schneider hat angesprochen, wer alles für die Virologie in der Vergangenheit gesprochen hat. Das hat auch ein Legitimitätsproblem von Wissenschaft, aber auch von Politik hervorgerufen. Je mehr kontroverse politische Themen wir haben, desto mehr schauen alle auf die Frage: Welche wissenschaftlichen, welche forschenden Persönlichkeiten beraten eigentlich überhaupt Politik? Das ist der Vorwurf nach dem Motto: Jeder sucht sich den Wissenschaftler oder die Wissenschaftlerin, die seine Grundziele am besten untermauert; das ist ja manchmal nicht von der Hand zu weisen.

Deshalb müssen Entwicklungen, die wir schon haben, noch weiter verstärkt werden: Wir haben zum Beispiel die Wissenschaftsakademien. Das ist in Frankreich eine jahrhundertealte Tradition, auch als nationale Akademie. Die Leopoldina ist erst Anfang der 2000er Jahre nationale Akademie

geworden. Das ist in vielerlei Hinsicht in der breiten Öffentlichkeit noch nicht so bekannt.

Und der wissenschaftliche Diskurs und das Aushalten davon, dass es unterschiedliche Meinungen gibt: Der wissenschaftlich geschulte Mensch kann das gut aushalten, ohne zu einem Konsens zu kommen. Aber eine Talkshow, in der zwei hochdekorierte wissenschaftliche Persönlichkeiten sitzen und der eine sagt: „Der Klimawandel kann von Menschen nicht beeinflusst werden“, und der andere sagt: „Wir müssen dringend handeln“, lässt natürlich die Normalbevölkerung völlig irritiert zurück.

Deshalb ist es, glaube ich, auch eine Frage in den Medien, dass wir zum Beispiel die Rolle von Akademien, von Fachgesellschaften, von Expertenräten deutlicher herausstellen, sodass man diese Konsensprozesse, denen sich auch die Wissenschaft unterzieht, in ihrer Bedeutung entsprechend herausstellt.

Denn das kann man sagen, glaube ich: Es gibt manche Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht, das in seinen Entscheidungen nah an der Wahrheit gewertet wird. Es gibt relativ wenige in der Bevölkerung, die sich kritisch mit Verfassungsurteilen auseinandersetzen. Das ist etwas sehr Erhabenes, ja? Juristen machen da etwas anderes, aber die breite Gesellschaft sagt: „So ist es.“

Eine Stärkung der Rolle von solchen Gremien wäre wichtig dafür, dass in der Gesellschaft die Relevanz und die Akzeptanz von wissenschaftlicher Politikberatung steigt.

(Folie 5)

Das zweite Thema ist der Übergabepunkt von der Wissenschaft an die Politik. Das ist eben in vielen Beiträgen deutlich geworden. Mit Übergabepunkt meine ich jetzt nicht so etwas Instrumentalisti-

sches wie vorhin das Bild von Herrn Strohschneider mit dem Lieferdienst. Das ist nicht die Haustürschwelle, an der die Pizza oder das andere gekaufte Produkt sozusagen den Eigentümer wechselt.

Aber natürlich ist die Frage: Wie sieht das aus, was die Wissenschaft der Politik zur weiteren Verwendung anbietet? Ich glaube, der eine Fehler, den Wissenschaft machen kann, ist: Sie bleibt irrelevant, weil sie zu abstrakt bleibt. Wir bekommen also Ergebnisse, die in politischer Weise nicht verwertbar sind. Oder, was noch schlimmer ist: Politik versucht dann selbst die Relevanz zu erzeugen und kommt der Wissenschaft sehr weit entgegen mit all den Fehlern, die sie dann selber macht, weil sie ihr eigenes Feld verlässt.

Umgedreht ist es das angesprochene Aktivismuskonzept. Wenn die Wissenschaft zu weit geht, wird sie selbst zum politischen Akteur und gerät dann auch in den politischen Meinungsstreit. Das ist etwas, was viele wissenschaftlich arbeitende Persönlichkeiten extrem scheuen. Für die Akzeptanz ist das natürlich auch extrem wichtig, nicht zu überdehnen.

Deshalb ist eine wichtige Grundthese aus meiner Sicht: Wie schaffen wir es, das möglichst optimal vorzubereiten? Meine Erfahrung ist: durch interdisziplinäre Gremien. Wenn ein Klimaforscher sagt: „Warum können wir nicht morgen den CO₂-Ausstoß komplett einstellen?“, dann ist das aus der Sicht seiner wissenschaftlichen Erkenntnis eine sehr berechtigte Frage. Wenn er sich mit Ökonomen und mit Sozialwissenschaftlern in einen gemeinsamen Prozess begibt, dann entwickelt es sich immer mehr zu etwas, was in Politik konstruktiv übernommen werden kann.

Deshalb ist, glaube ich, auch – dass man das etwas mehr strukturiert und normiert. Heute ist ja bei einem Expertengremium komplett unklar: Wird das

in der Zusammensetzung eigentlich von der Wissenschaft oder der Politik bestimmt? Es gibt beides. Und die Frage: Was sind eigentlich Qualitätsstandards für solche Gremium-Besetzungen? Da haben wir keine.

(Folie 6)

Das dritte Thema ist: Was macht die Politik aus der Erkenntnis, und zwar in bester Absicht? Also nicht diejenigen, die böswillig damit umgehen (das ist dann Thema 4), sondern ausgehend von meiner ersten These: Wenn Politik wissenschaftliche Erkenntnisse entgegennimmt, dann gibt es extrem viele Nebenbedingungen. Wir leben in einem regulierten System: Ist das, was wir gerne machen wollen, europarechtskonform? Ist das im Rahmen unserer Verfassungsrechtsprechung möglich? Und, und, und. Wir haben die gesellschaftliche Akzeptanz, die mit unterschiedlicher Gewichtung verschiedene Aspekte der Gerechtigkeit (Leistungsgerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit) adressiert. Die föderale Verteilung ist immer wichtig. Die Frage, welche erneuerbaren Energien gut sind, hat viel damit zu tun, ob man am Meer wohnt oder nicht.

Das sind alles Dinge, die für die Wissenschaft fachfremd, aber in einem gesellschaftlich-demokratischen Prozess essenziell sind. Deshalb wird das, glaube ich, immer ein bisschen, wie ich eingangs gesagt habe, eine Zumutung bleiben, aber eine, die in einem demokratischen System systemimmanent ist. Daher müssen wir mit ihr umgehen, sie akzeptieren und, weil die Demokratie eigentlich die beste aller Staatsformen ist, sie vielleicht sogar ein bisschen lieben.

Wichtig ist aber, dass es nach all diesen Dingen eben keinen Übergabepunkt gibt und man sich nicht wieder trifft, sondern was strukturell fehlt, sind Feedbackkanäle zwischen Wissenschaft und

Politik. Denn im Rahmen des politischen Entscheidungsprozesses geht die Ownership für die Wissenschaft immer weiter verloren, und am Ende fragt man sich, was daraus geworden ist.

Ein schönes Beispiel: die Einführung der CO₂-Bepreisung. Wir haben sehr viel wissenschaftliche Expertise mit reingeholt, haben uns über die sozialen Ausgleichsfragen, über die Frage, wie man so etwas ökonomisch macht, was den besten Impact auf den CO₂-Ausstoß hat – und am Ende kam im ersten Beschluss ein CO₂-Preis von 10 Euro pro Tonne CO₂ raus. Die Wissenschaft war entsetzt, und die Politik war stolz, dass wir einen Systemwechsel geschafft haben. Am Ende führt aber eine Debatte darüber, dass man, wenn der Systemwechsel geschafft ist, ein System hat, das man dann schrittweise entschärfen kann, zur Akzeptanz, und deshalb braucht man so einen Feedbackkanal, damit eine iterative Qualitätsverbesserung von wissenschaftlicher Politikberatung ermöglicht wird.

(Folie 7)

Der vierte Punkt: Wir müssen die Qualität der wissenschaftlichen Politikberatung durch mehr Standards verbessern. Ich habe es hier genannt, weil wir resilient sein müssen gegen Angriffe auf die Wissenschaft und die wissenschaftliche Politikberatung, die schon erwähnt worden sind, aber auch aus sich selbst heraus: Selbst wenn wir die nicht hätten, könnten wir trotzdem an der Qualität arbeiten. Deshalb ist eine stärkere Information über Wissenschaftsfreiheit, über deren Bedeutung, Hochschulautonomie und deren Bedeutung wichtig.

Wir brauchen für die Fragen: „Wie sind solche Gremien und wie arbeiten wir?“, aus meiner Sicht ein Regelwerk, ich nenne das mal „gute Praxis wissenschaftlicher Politikberatung“. Wir haben solche Regelwerke für vieles. Hier haben wir es

nicht. In dem Fall sehe ich es auch nicht als einseitiges Regelwerk, was sich die Wissenschaft gibt, sondern wir brauchen es auch auf der politischen Seite.

Wir brauchen für Evaluation von Politik mehr Regeln. Jede Evaluation jeder gesetzlichen Regelung bekommt sozusagen ein neues Setting. Wir haben keinen Standard dafür und dementsprechend sehr heterogene Ergebnisse.

Wir brauchen weniger (worüber ja viel diskutiert wird unter dem Thema Scientific Advisor) Einzelpersonlichkeiten, die dann mit ihrer Einzelmeinung im Feuer stehen oder mit ihrer profilierten wissenschaftlichen Persönlichkeit in der Politik eine besondere Stimme kriegen, sondern mehr eine Gremienrolle. Was wir in der Politik brauchen, sind Übersetzer, die genau diese Übersetzungsfunktion, die im Vortrag von Herrn Schroeder deutlich geworden ist, leisten, damit die seriöse Politik weniger angreifbar wird, dass sie Wissenschaft über- oder fehlinterpretiert. Denn dann landen wir in einer Situation, wo sich die Gut- und die Böswilligen gegenseitig nur noch Fehlinformationen vorwerfen, und dann sind wir in einer außerordentlich schwierigen Lage.

Das wären die vier Themen und die sich aus meiner Sicht daraus ableitenden Folgen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Achim Wambach

Herr Braun, herzlichen Dank. Ich nehme mit: In Gremien zu arbeiten, idealerweise interdisziplinär, schlägt den Bogen zum Deutschen Ethikrat, der genau diese Funktion wahrnimmt, schlägt aber auch den Bogen zu dem dritten Impuls, den wir hören: Der Impuls aus der Wissenschaft von Armin Grunwald, denn er war Mitglied im Deutschen Ethikrat. Er ist Professor für Technikfolgenabschätzung und leitet das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag,

wirkt also in vielen Gremien mit, die wissenschaftlichen Erkenntnisse in Politik einzubringen. Wir sind gespannt auf den Input, Armin Grunwald.

Erfahrungsbericht aus der Wissenschaft

Armin Grunwald · Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag

Herzlichen Dank. Es ist ja der letzte Impuls am Vormittag, und irgendwie habe ich das Gefühl, es ist alles schon gesagt worden, nur nicht von mir. Ich werde meinen Teil gerne dazu beitragen, und zwar anhand eines Erfahrungsberichtes. Das Büro für Technikfolgenabschätzung [TAB], und nur dafür spreche ich jetzt, gibt es seit 1990, das sind 35 Jahre. Ich habe es selbst in der Leitung seit 23 Jahren.

Woher kommt die Idee überhaupt? Das ist vielleicht auch für unsere Diskussion interessant. Parlamentarische wissenschaftliche Politikberatung, Technology Assessment, wurde – man glaubt es kaum – in den 70er Jahren in den USA erfunden. Am amerikanischen Kongress war das erste Institut dieser Art, und einer der Erfinder, Väter und langjähriger Begleiter war der demokratische Senator Edward Kennedy. Es war eingerichtet worden, um wissenschaftliche Beratung in den Kongress zu holen und um den Kongress gegenüber der Exekutive zu stärken, also eine demokratietheoretische Motivation.

Nun, was ist jetzt mein Erfahrungsbericht? Dieses TAB, unser Büro beim Bundestag, existiert schon ziemlich lange. Es muss alle fünf Jahre erneuert werden. Alle fünf Jahre kann also der Bundestag den Betreiber wechseln oder auch ganz aus dem Modell aussteigen, kann sagen: „Okay, war eine gute Zeit, aber jetzt haben sich die Zeiten geändert, brauchen wir nicht mehr.“

Die Erneuerung ist jeweils gelungen, durch Mehrheitenwechsel hindurch, durch Legislaturperioden hindurch. Es sind immer, nach jeder Wahl, mindestens 80 Prozent neue Mitglieder im Forschungsausschuss. Die Menschen, mit denen wir es konkret zu tun haben, wechseln. Wir müssen immer wieder neu uns bekannt machen, Vertrauen aufbauen usw. Die Schwerpunkte wechseln, zurzeit, seit der Pandemie und dem Ukraine-Krieg, stark der Resilienzgedanke. Es gibt immer mal wieder Knatsch und Verstimmungen, und dennoch gibt es uns noch.

Das ist vielleicht eine Frage wert, woran das liegen kann, gerade weil wir schon so viel gehört haben, wie schwierig das doch alles ist mit Wissenschaft und Politik. Und in der Tat: Sie sind sich irgendwie wesensfremd. Sie funktionieren nach sehr unterschiedlichen Rationalitäten, könnte man sagen, oder Logiken. Man könnte dabei an Niklas Luhmanns Systemtheorie denken – ja, ein schwieriges Verhältnis. Sie sind aufeinander angewiesen, aber (wir sind ja höflich) oft schauen die Vertreter der einen Seite auf das andere System herab. Sie kennen vielleicht selbst Wissenschaftler:innen, die sich abfällig über *die* Politik äußern, und umgekehrt kenne ich das auch. Das kommt immer dann, wenn man das andere System mit den Kriterien des eigenen Systems bemisst. Es ist eigentlich nicht überraschend, dass dann eine Art Überlegenheitsgefühl und Unterlegenheitsdiagnose herauskommt, ja, manchmal ein bisschen zur Verachtung. Herr Braun hat das Wort „Zumutung“ genannt. Ja, in der Tat, wenn man sich das so vor Augen hält, ist da etwas dran.

Nun meine These, warum das im Bundestag immer noch besteht, warum das über 35 Jahre hinweg bestanden hat und niemand es in Frage stellt, auch nicht von bestimmten Randparteien her. Ich glaube, einer der Gründe ist, dass wir dort eine sehr saubere Trennung der Mandate zwischen

Wissenschaft und Politik verankert haben, eine sehr saubere prozedurale Trennung. Ich kann das sagen, ich habe das nicht erfunden, das haben meine Vorgänger gemacht, und es hat immerhin zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages in den 80er Jahren gebraucht, bis man dieses Modell so weit entwickelt hatte, dass man es im Jahr 1990 einführen konnte.

Was ist jetzt diese Mandatentrennung? Es gibt ein wissenschaftliches Mandat, Wissensbereitstellung, und ein politisches Mandat, legitime Entscheidungen zu treffen, die für uns alle verbindlich sind und die bestimmte Bereiche der Gesellschaft für die nächsten Jahre in diese oder jene Richtung schieben, also Gestaltungshoheit.

Die Themen des Büros werden politisch gesetzt. Die Themensetzung (als ein Akt der Prioritätensetzung, der Bedeutungszuweisung) ist ein politischer Akt. Wir reden da mit, wir beraten, ob das gute Themen sind. Aber letztlich ist das eine politische Entscheidung.

Die Durchführung der Studien, also die Beantwortung der Fragen, die der Deutsche Bundestag hat, machen wir in wissenschaftlicher Unabhängigkeit. Das ist im Vertrag festgelegt.

Nun werden Sie vielleicht denken: Das ist aber schwer: Die politischen Parteien, alle wollen uns irgendwie instrumentalisieren und schieben hierhin und dahin. Da gibt es eine schöne Vorkehrung, die man getroffen hat: Das ist das Konsensprinzip. Sowohl über die Themenwahl als auch über die Abnahme der fertigen Projekte muss Konsens zwischen den Fraktionen herrschen. Dadurch wird verhindert, dass bestimmte Themen CDU-Studien werden, andere werden SPD-Studien oder sonst etwas. Alle Studien werden für den Deutschen Bundestag gemacht, und die unterschiedlichen Fraktionen haben in den Kommunikationsprozessen, die wir haben, jeweils die

Möglichkeit, dort ihre Wünsche und ihre Perspektiven einzubringen. Also eine institutionelle Konstruktion, die Instrumentalisierung und Einseitigkeit in gewisser Weise zumindest schwer macht.

Zur Mandatentrennung gehört auch: Die Abnahme unserer Berichte (also die formale Bestätigung, Häkchen dran, „ihr habt eure Aufgabe erfüllt“) ist das eine; da gilt die Einstimmigkeitspflicht, die Konsenspflicht. Diese ist getrennt von der politischen Beratung, von der politischen Auswertung unserer Ergebnisse. Da gehen natürlich die Meinungen auseinander. Da werden Werte, Weltanschauungen, Gesellschaftsvorstellungen unterschiedlicher Art angewendet, um unsere Berichte politisch auszuwerten. Das ist dann eine politische Debatte, keine wissenschaftliche mehr. Wir sind noch gelegentlich dabei und können dieses oder jenes von der Sachlichkeit liefern, aber wir nehmen nicht an den politischen Diskussionen teil.

Nun, das ist ein Modell, was, glaube ich, dem entgegensteht, was man sonst in der Szene immer wieder beobachtet. Es wurde von Herrn Wambach in der Einführung schon genannt: Übergriffigkeiten. Es gibt in vieler Politikberatung Übergriffe der einen auf die andere Seite, einerseits, dass Politik sich Wissenschaft kauft, kaufen will, dass Politik schlecht mit der Ergebnisoffenheit wissenschaftlicher Forschung umgehen kann (man möchte doch nicht überrascht werden von irgendwelchen Ergebnissen, die einem vielleicht gar nicht passen), oder dass es gar so weit geht wie in den USA, wo die persönliche Erleuchtung scheinbar bei manchen Menschen so groß ist, dass sie es erlaubt, das Votum von jahrzehntelanger Forschung von Tausenden von Wissenschaftler:innen weltweit einfach vom Tisch zu fegen. Das gibt es alles.

Es gibt aber umgekehrt auch die Übergriffe der Wissenschaft auf die Politik. Nicht wenige Expertinnen, Experten fühlen sich selbst als bessere Politiker oder würden gerne welche sein, glauben, wenn man sie mal ranließe, wenn man sie machen ließe, dann würde es endlich funktionieren. Das ist eine Übergriffigkeit, die bei uns im System nicht angelegt ist. Sie ist sogar institutionell durch die Strukturen verhindert, und ich glaube, dass das ein wesentlicher Grund für die Beständigkeit des Modells ist.

Sie könnten natürlich auch fragen, ob nicht die Wirkungslosigkeit der Politikberatung auch ein Grund dafür ist, dass es uns noch gibt. Wirkungslosigkeit würde ja auch heißen, wir hätten zumindest niemanden gestört.

Ich glaube nicht, dass der Deutsche Bundestag bereit wäre, zwei, drei Millionen Euro pro Jahr auszugeben für etwas Wirkungsloses. Und die Wirkung lässt sich auch finden. Nicht immer eindeutig, denn die Ownership (das hat Herr Braun ja sehr schön gesagt) wandert dann in die politischen Fraktionen hinein, aber es gibt genügend schöne Beispiele. Einige kennen Sie vielleicht: die Black-out-Studie aus dem Jahre 2011, die immer noch gern zitiert wird. Die Studie „Bilanz der Sommerzeit“, auf deren Basis sogar das Europäische Parlament die Sommerzeit abgeschafft hat, auch wenn wir es immer noch nicht bemerken. Oder die Studie zu ChatGPT, die wir bereits vier Monate nach dem Start von ChatGPT veröffentlicht haben. Das sind Berichte mit sehr hoher Außenwirksamkeit gewesen und mit sehr hohem Impact im Parlament. Nicht alle schaffen das. Aber jedenfalls gibt es Impact, und trotzdem findet das Ganze relativ geräuscharm statt.

Ich komme auf die Zielgerade und würde gern noch einmal auf den Slogan „Follow the Science“ reflektieren, der schon mehrfach angesprochen

wurde. Ich habe den Slogan und auch die Begeisterung mancher Leute für diesen Slogan nie verstanden. Ich halte ihn ehrlich gesagt für Unsinn, in mehrfacher Hinsicht: Zum einen (und das wurde auch schon angesprochen) wegen des unterschiedlichen Mandates. Science hat kein Mandat, allgemeinverbindliche Entscheidungen für die Gesellschaft zu treffen bzw. die Politik als Erfüllungsgehilfin zu verstehen, damit die diese Entscheidung trifft, die aber die Wissenschaft eigentlich schon vorgegeben hat. Sie hat nicht das Mandat, sondern sie hat ein Wissensmandat.

Zweiter Punkt, das hat Herr Strohschneider schön gesagt mit „Expertise ist Gegenexpertise“: Wer ist denn „the science“? Wem soll man folgen, wenn man „the science“ folgen soll? Es ist eigentlich klar, dass das nicht gehen kann. Wo kann man denn wirklich von „the science“ sprechen? Da, wo das Wissen gut abgehangen ist, gehärtet durch viele Debatten hindurch, empirisch gesättigt usw., letztlich in Form von Lehrbuchwissen. Dafür ist Wissenschaft verantwortlich. Das ist über lange Zeit angearbeitetes und geprüftes Wissen. In der Politikberatung geht es immer um die Zukunft. Ja, die Zukunft ist ein erkenntnistheoretisch schwieriges Gelände.

Damit komme ich zum dritten Gegenargument und nehme noch mal Helen Longino, die Judith Simon genannt hatte, zu Hilfe: Empirische Angemessenheit, dafür soll Wissenschaft stehen. Was ist denn über Zukunftsentscheidungen empirisch angemessen? Gibt es Wissenschaften, die Daten aus der Zukunft haben und die empirische Angemessenheit überprüfen könnten?

Das ist offenbar Unsinn, was schon der Kirchenvater Augustinus vor 1700 Jahren gewusst hat. Es geht nicht. Die Daten, die empirischen Ergebnisse sprechen nicht aus sich selbst, sondern sie müssen interpretiert werden. Und wenn die empirischen Befunde so und so sind, folgt daraus nicht, dass

sie so bleiben sollen. Das wäre ein simpler Fehlschluss vom Sein auf das Sollen.

Nehmen wir nur mal das Beispiel Diskriminierung. Es gibt sicher genügend empirische Studien gesättigt mit Material, die deutlich zeigen, dass in den verschiedenen Gesellschaften, die wir haben, Diskriminierung unterschiedlichster Art herrscht. Das ist der Befund der Wissenschaft. Dann kann die Ethik kommen und sagen: Das ist nicht gut. Es ist aber Aufgabe der Politik, daraus Schlüsse zu ziehen. Wir wollen eine Zukunft, die anders ist als die, die wir jetzt in den Daten finden.

Das heißt, wir Menschen können (und Politik tut das institutionell) gegen die Daten denken, die Daten zur Kenntnis nehmen. Das heißt auch, die Daten, die Wissenschaft ernst nehmen, aber dann politische Schlüsse ziehen, gegen die Daten, über die Daten hinaus zu denken. Zukunft als ein zumindest teilweise gestaltungsoffener Raum, und der erfordert dann das ein, was ich in der Technikfolgenabschätzung gerne „Denken in Alternativen“ nenne. Ich glaube, Peter Strohschneider hat gegen TINA [*there is no alternative*] polemisiert. Das tue ich auch gerne, stattdessen: Denken in Alternativen.

Ich mag eine Metapher von Ottmar Edenhofer und Martin Kowarsch, die gesagt haben: Was wir tun in der Politikberatung, ist eigentlich: Wir entwerfen Straßenkarten für die Zukunft, also Straßenkarten mit Verzweigungen, mit Zusammenläufen, mit Kreuzungen, mit kritischen Punkten in die Zukunft hinein. Wir versuchen, mit wissenschaftlicher Evidenz – so weit das geht – an diese unterschiedlichen Straßen Eigenschaften dranzuschreiben: Kosten, Nutzen, Risiken, Konfliktpotenziale, Arbeitsmarkteffekte, Wettbewerbsaspekte, Gerechtigkeitsfragen usw.

Und mit dieser informierten Straßenkarte gehen wir dann zur Politik. Welche Straße für die Zukunft befahren werden soll, ist dann in deren

Mandat zu entscheiden. Das können wir nicht tun, aber die Erwartung ist, dass sie es besser können, wenn sie mit unseren Straßenkarten und den ganzen Informationen drin operieren.

In diesem Sinne (und das ist mein Schlusswort) ist das, was wir in Berlin beim Bundestag tun, ausgesprochen unpräventiv. Es ist Kärnerarbeit. Es ist wirklich tägliche Arbeit, viel Kommunikation mit den Abgeordneten, keine Übergabe wie ein Lieferdienst, sondern Kommunikation und Austausch, in dem wir unsere Unabhängigkeit wahren und die Politik ihr Mandat zur Gestaltung.

Glamour ist damit nicht verbunden. Ich komme nicht in die Gelegenheit, wenn wir eine Studie fertig haben, auf dem roten Teppich unter Blitzlichtgewitter zur Bundestagspräsidentin gehen zu können und ihr ein schön geschmücktes Exemplar unseres neuesten Berichts zu übergeben. Glamour ist damit nicht verbunden, aber: Das Modell funktioniert. Vielen Dank.

Moderiertes Gespräch

Moderation: Achim Wambach · Deutscher Ethikrat

Herzlichen Dank. Wir gehen über ins Panel. Ich sage immer dann „Follow the Science“, wenn ich meine: „Follow me.“ Jeder legt den Begriff so aus, wie er ihn braucht.

Wir haben jetzt einige allgemeinere Punkte: dass man Gremien stärken sollte statt Individualpersonen. Wir haben den Aspekt Denken in Alternativen. Es war bisschen kritisch: Wir haben die Rückkopplungsinstrumente, die noch fehlen, oder die Mechanismen oder Rückkopplungsstrukturen, die noch besser sein könnten. Und es ist eine Gratwanderung, dass man relevanter wird, aber nicht aktivistisch: Wie bekommt man diese Gratwanderung hin?

Weil es nicht schwarz-weiß ist, ist meine erste Frage an die Runde: Können wir aus Erfahrungen lernen, also haben wir gute Beispiele? Also anstatt dass Sie es abstrakt darstellen, konkrete Beispiele sagen: Das war eine Sternstunde der Interaktion, oder umgekehrt: Hier hat es überhaupt nicht geklappt aus den und den Gründen, damit man aus diesen Beispielen etwas herausziehen kann.

Der zweite Block: Die großen Themen, wo sich die Konflikte hochspielen, waren Corona und die Klimapolitik. Vielleicht können wir auch daraus Lessons learned abstrahieren und sagen: So war es ganz gut gelaufen, oder beim nächsten Mal sollte man es besser *so* machen. Ich fange in der Politik an und laufe dann durch die Institutionen.

Helge Braun

Ein bisschen aus der Erfahrung heraus: Während der Pandemie zum Beispiel gab es heterogene Stimmen. Eines der sensibelsten Themen, die dort zu regeln waren, war die Frage: Wer bekommt wann welchen Impfstoff?

In vielen anderen Ländern der Erde war der Erste, der einen Impfstoff bekam, selbstverständlich der Staatspräsident. Und wir haben die STIKO [Ständige Impfkommision], die Leopoldina und den Deutschen Ethikrat, alle drei Gremien zusammengeholt, um zu sagen: Mit all der Expertise gemeinsam, mit all den Facetten brauchen wir einen Vorschlag, wie wir vorgehen. Die Politik ist in Gruppe 4 gelandet, also gar nicht ganz vorne.

Im Verhältnis zu vielen anderen Entscheidungen in der Coronapolitik würde ich schon sagen, dass diese Reihung, die da vorgenommen worden ist, extrem gut akzeptiert wurde. Das ist natürlich überschattet worden von der extremen Knappheit und der Dauer der Knappheit. Aber diese Priorisierung per se war, glaube ich, ein eher gutes Akzeptanzbeispiel in der Coronapandemie.

Achim Wambach

Da haben wir dann die Erkenntnis: Es sind verschiedene Gremien, dann auch Akzeptanz in der Wissenschaft und darüber in die Gesellschaft, kann man das so sagen?

Helge Braun

Ja.

Wolfgang Schroeder

Wenn man die Verhältnisbestimmung zwischen Wissenschaft und Politik als sozialen Prozess begreift, dann kommt es ja darauf an, dass das Akteure sind, die sich kennen, wo vorausgesetzt werden kann, dass die mit seriösen Verfahren und mit transparent nachvollziehbaren Ergebnissen in der Lage sind, die Befunde zu kommunizieren.

Zum sozialen Prozess gehört auch Vertrauen. Man sollte in der Frage, was gelingende Bedingungen für die Politikberatung sind (Sie hatten das ja angedeutet mit Qualitätskriterien für die Besetzung der wissenschaftlichen Gremien) auch Erfahrungsbezüge zur Kenntnis nehmen und darauf aufbauen, um Wissenschaft auch als eine wesentliche Quelle für die Gestaltung der politischen Willens- und Entscheidungsprozesse heranzuziehen.

Die Veränderung der Welt ist in der Regel inkrementell und weniger disruptiv. Das heißt, diese Rezeption wissenschaftlicher Befunde ist ein dauernder Prozess. Deshalb ist es, glaube ich, wichtig, dass wir hier Gremien und Institutionen haben, die die Gewähr für die angemessene Aufnahme wissenschaftlicher Befunde und deren Kommunikation liefern. Das hängt im sozialen Prozess auch mit Menschen zusammen.

Achim Wambach

Aber Vertrauen auf der menschlichen Ebene, also dass der Person, der Institution vertraut wird?

Wolfgang Schroeder

Das ist ein erfahrungs- und pfadabhängiger Prozess der Vertrauensbildung. Das heißt, ich weiß, dass Institutionen in der Lage sind, in einem breiten Sinne wissenschaftliche Erkenntnisse aufzunehmen, und zwar nicht in der Vorauswahl, durch normative Befunde bereits legitimiert und dezisionistisch ausgestattet, sondern im offenen Prozess. Jeder Befund hat ein normatives Dispositiv, wenn man so will. Aber das von vornherein zum Maßstab der Selektion zu machen, halte ich für hochproblematisch. Deshalb muss das ein offener, methodisch kontrollierter Prozess sein.

Am Ende geht es auch um die erfahrungsbezogene Begegnung von Personen, denn die müssen für die Selektion geradestehen können. Das politische System ist ein stressbefrachtetes Unternehmen, ein Maschinenraum, der in einer Art und Weise getaktet und zeitlich dimensioniert ist wie kaum ein anderes Subsystem in unserer Gesellschaft, wovon sich die meisten, die über dieses System nachdenken und es kritisieren, kaum Rechenschaft ablegen. Dieser Zeitfaktor spielt eine enorme Rolle, das heißt, unter welchen Bedingungen, zu welchem Zeitpunkt ich bestimmte Ergebnisse einspeise, die dann legitimationsfähig für Willens- und Entscheidungsbildungsprozesse gemacht werden.

Achim Wambach

Ich finde das einen sehr wichtigen Punkt. Vertrauen impliziert auch Nähe, und auch da gibt es wieder eine Gratwanderung.

Ich kann mich gut erinnern: Wir hatten einmal ein Gutachten abgegeben, und dann bekamen wir vom Ministerium den Vorwurf: „Wenn ihr wüsstet, was wir für Zwänge hätten, dann würde man so was nicht schreiben.“ Und dann sagte ein älterer Kollege: „Verstehen heißt verzeihen, aber wir wollen nicht verzeihen.“ [lacht etwas]

Denn wenn man zu nah dran ist, dann sieht man die täglichen Zwänge im Politikgeschäft, und dann kann man die Distanz, die die Wissenschaft ja auch hat, vielleicht nicht ganz so zum Ausdruck bringen, als wenn man die Distanz wahrt in seinem Gremium.

Wolfgang Schroeder

Na ja, wenn es am Ende um Wirkungsmächtigkeit geht, geht es um Personen, um Zeitpunkte, um Dosiertheit, und das sind die Kompetenzeigenschaften, die in diesem sozialen Prozess der Wissenschaftskommunikation und -anwendung enorm bedeutsam sind.

Achim Wambach

Ich stimme dem zu. Auch das ist eine Gratwanderung.

Armin Grunwald

Das Thema Zeit kann ich noch mal nutzen, um auf etwas hinzuweisen, was in dem Betrieb in Berlin ein sehr begrenzender Faktor ist: Zeit und Aufmerksamkeit der Abgeordneten gewinnen, denn das ist wirklich ein Knochenjob. Die haben alle zwei Wochen diese Sitzungswoche und sind durchgetaktet, und wir müssen versuchen, mit unseren Gesprächsbedarfen da irgendwie reinzukommen.

Wir haben einen Berichterstatterkreis, jede Fraktion eine Person, mit denen wir uns einmal im Monat treffen. Das ist letztlich der Freitagmorgen geworden, 8 bis 9 Uhr. Das ist die einzige Zeit, die sich finden ließ. Und Zusatzveranstaltungen, Fachworkshops oder so etwas: üblicherweise irgendwie am Mittwochnachmittag, und dann kommt eine aktuelle Stunde oder irgendwas, und statt der 24 angemeldeten Abgeordneten kommen zwei. Zeitbedarf ist ganz pragmatisch echt ein Faktor.

Aufmerksamkeit, ja – Sie können sich vorstellen, die Abgeordneten werden zugeworfen von allen Seiten, aus ihrem Wahlkreis und von den Fraktionen und von den Verbänden und den Lobbyisten usw. Wir haben es einigermaßen geschafft (das wurde mir mal von einer früheren Ausschussvorsitzenden bestätigt), aus dem Lobbyistendasein herauszuragen und wahrgenommen zu werden als jemand, der die Lobbyisten kennt, der die Landschaft kennt, auch die Positionen in Studien rezipiert, der aber darübersteht und nicht irgendwie ein eigenes Lobbyistendasein fristet. Das ist gelungen, das ist dann Reputation der Institution.

Vertrauen war ein schönes Thema. Die Institution braucht Vertrauen, braucht einen gewissen Ruf, aber in letzter Instanz sind es dann doch die Personen, die zurzeit fünf Berichterstatter:innen, die für uns zuständig sind. Von denen sind drei komplett im Bundestag, zwei sind aus anderen Ausschüssen und so. Es ist wirklich ein Vertrauensaufbau von der Pike auf erforderlich. Das ist eine Beschreibung, die die Beständigkeit des Büros über mehr als 30 Jahre hinweg vielleicht ein bisschen erstaunlich erscheinen lässt.

Sie hatten noch nach Sternstunden gefragt.

Achim Wambach

Genau.

Armin Grunwald

Ich möchte keine einzelne nennen, aber die Beobachtung, und da möchte ich Herrn Braun zustimmen, der ein positives Bild von Politikern und Politikerinnen gezeichnet hat; das ist etwas, was Menschen draußen im Lande praktisch nicht mitkriegen. Draußen kriegt man mit: Die Politiker beharken sich, sind egoistisch, wollen wiedergewählt werden, laufen den Lobbyisten hinterher, sind machtbesessen und keine Ahnung was noch alles. Im Bundestag erlebe ich (insbesondere dann, wenn keine Journalisten, keine Medien im

Raum sind), dass der dominante Faktor eigentlich oft ein Ringen um gute Argumente ist, ein Ringen um gute Wege in die Zukunft, um Antworten auf Orientierungsbedarf und Fragen, die die Abgeordneten haben.

Sternstunden sind immer wieder Ausschusssitzungen oder auch manchmal Fachgespräche, meinetwegen wenn der CDU-Abgeordnete irgendwas sagt, und der von den Linken springt auf und sagt: „Ja, Herr Kollege, da haben Sie völlig recht.“ Der Sache wegen. Das gibt es wirklich. Das sind Sternstunden für mich.

Achim Wambach

Sehr schönes Beispiel. Ich würde noch eine Runde machen, wo wir uns der Öffentlichkeit zuwenden. Sie haben gesagt, man bräuchte eine stärkere Trennung der Institutionen, klarere Mandate. Die Frage, die ich in die Runde stellen will: Brauchen wir institutionelle Änderungen?

Ich möchte das Vertrauen noch mal als Anlass nehmen. Ich bin auch im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, auch eine lange Diskussion: Treffen wir uns in Berlin oder in anderen Städten, um Distanz zu wahren? Das Argument damals war: Wir brauchen die Distanz, um die Unabhängigkeit zu wahren, und Vertrauen, das sollte man dann eher (und das ist jetzt eher eine institutionelle Antwort) – es gibt die, die außerhalb sind, die unabhängigen Gremien oder, wie die Amerikaner es machen, in meinem Fach, Council of Economic Advisers. Sie sind dann Angestellte der Regierung und bringen die wissenschaftlichen Erkenntnisse *als* Mitglied der Regierung ein; nach vier Jahren gehen sie wieder zurück an die Universität. Ja? Dann hat man Vertrauen, dann ist man aber auch nicht unabhängig, dann ist man Teil dieser Regierung.

Das ist jetzt das Beispiel aus meinem Fach, aber in die Runde: Sie haben gesagt, die Stärkung zum

Beispiel der Gremien in den Akademien. Bräuchten wir institutionelle Änderungen oder würden die helfen, dass wir mehr von diesen Formaten haben, die funktionieren, die stärken oder auch neue Formate der Zusammenarbeit? Übrigens auch um diesen Reflexionsprozess hinzubekommen (ich finde das einen sehr guten Punkt): Bekommen wir das auch institutionell aufgefangen?

Helge Braun

Wir haben alle Modelle parallel, also für alles gibt es ein institutionelles Beispiel: Wir haben die Ressortforschung, wo auch innerhalb von oder in nachgeordneten Behörden von Ministerien Wissenschaft betrieben wird und wo es auch immer nicht leicht ist, die ordnungspolitischen Aufgaben (zum Beispiel vom Robert Koch-Institut [RKI] im Infektionsschutz) zu unterscheiden von der wissenschaftlichen Politikberatung, die in der Wissenschaftlichkeit möglichst frei sein soll.

Ich denke, der erste Schritt ist nicht, direkt über die Institutionen zu sprechen, sondern der erste Schritt ist, über Gelingensbedingungen, über Regeln zu sprechen. Dann wird man sehen, dass man manche Institutionen vielleicht in Zukunft nach anderen Methoden zusammensetzen würde als in der Vergangenheit, und dann würde man in der Frage, wie gestaltet man so etwas möglichst unabhängig aus?, an manchen Stellen zu anderen Entscheidungen kommen als in der Vergangenheit.

Aber im Grunde genommen haben wir alle erfolgreichen Modelle. Wichtig ist, dass diese institutionellen Dinge im medialen Diskurs stärker gewertet werden. Häufig ist es so, dass in der Vorstellung gesagt wird: „So, das ist der Professor Sowieso, das ist sein Fach und er ist auch Sprecher in der Leopoldina für so ein Thema, und dann haben wir noch einen anderen, der ist Sprecher im Kindergarten“, und dann stehen die bei-

den auf einer Ebene. Dass wir solche institutionellen Fragen stärker berücksichtigen, finde ich wichtig.

Ein Appell noch: Ich finde es wichtig, dass wir das Thema der Unsicherheit in der Wissenschaft (das war auch ein großes Thema in der ersten Runde) deutlich machen. Das gibt es in der Politik ja auch.

Was ganz lustig ist: Wir haben mal mit dem Max-Planck-Institut gemeinsam einen Vorschlag erarbeitet, wie man die Start-up-Finanzierung in Deutschland deutlich verbessern könnte. Das Finanzministerium war apodiktisch dagegen. Die haben zwar auch keinen Fall gefunden, wie man dieses neue Finanzinstrument missbrauchen kann, haben aber gesagt, unsere Lebenserfahrung ist: Irgendeiner findet *immer* einen Umgehungstatbestand. Am Ende wird es für den Staat teuer, und deshalb sind grundlegende Änderungen am Steuerrecht grundsätzlich nicht wünschenswert.

Insofern: Unsicherheit und unerwartete Ergebnisse und die Bestreitbarkeit des bisher Erwarteten hat die Politik auch im extremen Ausmaß. Wir haben aber eine Gesellschaft mit einem starken Sicherheitsbedürfnis. Aber das gemeinsam zu adressieren und nicht den Disput, also dass man gegenseitig sagt: „Können Sie sicher ausschließen, dass ...?“ – aus solchen Mechanismen müssen wir rauskommen.

Achim Wambach

Ja, das ist spannend.

Wolfgang Schroeder

Ich habe in meinem Vortrag deutlich gemacht, dass diese Mischungsverhältnisse, die wir haben, in diesem Land schon sehr ausgefeilt sind, was also für Institutionen da sind und was für Aufgaben die für sich reklamieren.

Ich glaube, ein Mangel ist nach wie vor eine nachholende Aneignung der Art und Weise, wie Wissenschaft arbeitet, wie Wissenschaft funktioniert, wie sie wirkt und wie dieser Prozess der permanenten Infragestellung wissenschaftlicher Ergebnisse gewissermaßen die Substanz, die DNA von Wissenschaft ist. Das sind Herausforderungen, die in der universitären Ausbildung, in der universitären Kommunikation, in der Medienöffentlichkeit und in der Politik besser verankert werden müssen.

Dann ist man, glaube ich, weniger bei einer Suche nach neuen Regimen und Institutionen, sondern eher nach dem, was Herr Braun angeschnitten hat: Wie bekommen wir diese Kompetenzfaktoren zum Umgang mit Wissenschaft stärker in den politischen Prozess, aber auch in den wissenschaftlichen Apparat hinein, sodass hier beidseitig ein selbstbewussterer Umgang mit der eigenen Interessenlage und mit dem, was die andere Seite anzubieten hat, bzw. an Bedarfen reklamiert wird.

Das ist eine riesige Aufgabe, die da noch zu bewältigen ist. Da hat Corona eine gewisse Disruption dargestellt, aber ob wir diese Disruption bisher schon so umgesetzt haben – Sie sind ja mit dieser Tagung in einem gewissen Delay zu Corona. Man hätte sich ja vorstellen können, dass gesellschaftlich solche Debatten schon viel früher auf einem hohen komplexen Niveau stattfinden und daraus strategische Ableitungen gezogen werden.

Armin Grunwald

Wir haben in Deutschland eine hoch differenzierte Landschaft der wissenschaftlichen Politikberatung. Ich glaube nicht, dass es da Modelle gibt, Schemata, die man irgendwie auf andere überrollen kann. Das sind stark kontextabhängige Situationen. Vor allen Dingen muss man (das ist vielleicht manchmal zu wenig) auch nach dem genauen Zweck der Beratung fragen. Manchmal

entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck (und ich finde den nicht immer falsch), dass auch bei der Beauftragung von wissenschaftlicher Politikberatung in Gremien beispielsweise die Politik nicht den Mut hat, basierend auf Wissen dann aber zu gestalten und die Verantwortung dafür zu übernehmen, sondern sich lieber versteckt hinter dem, was die Wissenschaft sagt (wer auch immer dann die Wissenschaft ist). Da würde ich mir manchmal aufseiten der Politik etwas mehr Mut wünschen.

Man hat das in der Pandemie gesehen: Es gab verschiedene Räte, und bei einer Tagung mit dem Schweizer und dem österreichischen Ethikrat kam mal das Thema auf: „Ihr Deutschen seid doch komisch. Wir haben uns in der Schweiz immer gewundert, dass ihr den Virologen die ganze Deutungshoheit über die Pandemie *und* die politischen Maßnahmen überlasst.“ Dort hat man viel früher Bildungsforschung, Psychologie, Soziologie usw. mit reingenommen und deutlich früher die Schäden gesehen, die wir in Deutschland erst relativ spät erkannt haben.

Das sind so Fragen: Welche Disziplinen nimmt man wofür rein und welchen Beratungszweck verfolgt man? Da gehört, glaube ich, ein ordentlicher Gehirnschmalz und auch eine ordentliche Diversität rein. Das darf nicht irgendwo im stillen Kämmerlein einfach so befunden werden.

Achim Wambach

Wieder ein Plädoyer für ein interdisziplinäres Gremium und nicht eine Stimme aus der Wissenschaft.

Wir öffnen das Ganze. Ich bitte Hans-Georg Dederer nach vorne. Er ist eingesprungen für Jutta Allmendinger, die in Berlin sein muss, und nimmt die Fragen aus dem Chat. Wir fangen aber mit einer Frage aus dem Publikum an.

Christiane Fischer

Guten Tag, Christiane Fischer, ich war 2012 bis 2020 im Ethikrat. Meine Frage wollte ich eigentlich dem letzten Podium stellen, aber sie passt sehr gut auch zu diesem Podium: Kann Wissenschaft objektiv sein? Wir haben ja erkannt: Es gibt eine Diversität der Wissenschaft, die in Policy Papers umgewandelt wird, also in Politikberatung.

Die Frage geht eher an Sie, Herr Braun. Die Politik sucht sich (das haben wir in der Pandemie gemerkt) die Wissenschaftler, die ihr zustimmen. Und der Schweizer Ethikrat hat das auch gesagt: Wir müssten viel eher die Schäden beachten. Wenn es zu einer Politikberatung kommt: Wie stehen Sie zur Objektivität? Wie stehen Sie zur Diversität der Wissenschaft?

Helge Braun

Ich glaube, das ist ja mein Plädoyer für interdisziplinäre Themen, das kann man durchaus mit Diversität übersetzen, das halte ich für essenziell. Denn im Endeffekt macht Politik nichts anderes als die Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz, der sozialen Verteilungswirkung, und hat so viele Themen zu berücksichtigen bei Entscheidungen. Deshalb ist Klimapolitik nur mit Klimaforschern und Infektionspolitik nur mit Virologen grundsätzlich schlecht. Deshalb glaube ich, man braucht ein Regelwerk, das in Zukunft die Qualitätskriterien für eine politikgeleitete oder politikrelevante Beratung durch Wissenschaft angeht.

Objektivität – niemand in der Politik kann die Wahrheit für sich in Anspruch nehmen, niemand in der Wissenschaft kann es. Wir sollten es deshalb auch – manche übertreiben es manchmal im Wording, aber im Grunde genommen ist es nur das Ringen, meistens in Situationen, wo akut gehandelt werden muss, sei es, weil die Wirtschaft schwächelt, sei es, weil eine Pandemie da ist, dass wir zum gegebenen Zeitpunkt mit dem uns zur Verfügung stehenden Wissen die bestmögliche

Entscheidung treffen. Das ist alles hoch relativ, und der Zeitdruck wird in den kommenden Jahren bei diesen starken geopolitischen Veränderungen, die wir haben, tendenziell noch mehr als weniger. Wir könnten noch ein Jahr nachdenken, dann würde unsere Erkenntnis weiter – das stimmt, aber der politische Zeitdruck, den wir haben, der steigt. Politik wird immer schnelllebiger.

Man sollte auch darüber nachdenken, ob man es an der einen oder anderen Stelle vermeiden kann und ob längere Zeitläufe nicht besser sind, aber in der augenblicklichen Lage ist die Geschwindigkeit häufig gerechtfertigt, und deshalb muss man eben (das ist die Zumutung für die Wissenschaft) das Bestmögliche, was man zum jetzigen Zeitpunkt in einem möglichst interdisziplinären Approach der Politik an die Hand geben kann, auch produzieren.

Achim Wambach

Wir schauen ins Netz, was da an Fragen da sind.

Hans-Georg Dederer

Ja, eine Fülle von Fragen, und ich weiß nicht, ob ich meiner Mandantschaft gerecht werden kann, aber es geht um Wissenschaft und Politik: Was erwarten beide Systeme voneinander? Es ist natürlich naheliegend, dass ein großer Teil des Auditoriums auf den Slogan „Follow the Science“ angesprungen ist.

Eine Frage ist eher abstrakt und eine wird konkreter. „Follow the Science“ klingt ja wie eine Aufforderung, fast ein Befehl, und die Frage ist: War die Idee dahinter nicht moderater, also eher „don't ignore the science, please“? Das wäre die abstrakte Frage.

Die zweite ist konkreter. Die Politik lässt sich auf Klimaziele ein, gerechtfertigterweise, sagt der Fragesteller, die Fragestellerin, wahrscheinlich weil es wissenschaftsbasiert war. Jetzt kommt die Wissenschaft und sagt: „Ihr verfehlt die Ziele, ihr

müsst mehr tun.“ Wie kann man in dieser Situation *nicht* sagen: „Follow the Science“?

Ich würde es ergänzen (ich nehme das mal als meine Anwaltsfunktion wahr): Da entsteht fast eine Pfadabhängigkeit, bei dem Klimawandel ist das ja relativ naheliegend.

Armin Grunwald

Ich kann ja mal anfangen. Diese weiche Lesart von Follow the Science: So kann man es vielleicht retten, aber das entspricht nicht dem Wortlaut. Von daher finde ich das ein bisschen künstlich. Dass man die Science nicht ignorieren soll – deswegen sitzen wir ja alle hier, da sind wir uns sicher einig. Und wo das getan wird, wird es Schaden erzeugen. Wenn zum Beispiel in den USA so und so lange nicht geimpft wird, dann wird man das nachher an den Statistiken merken. Das hat einfach Folgen für Menschen, und wenn man nichts gegen den Klimawandel tut, werden wir auch diese Folgen zu spüren bekommen.

Dennoch bleibt es auch beim Klimawandel – letztlich ist es *on behalf of politics*, es ist Sache des Deutschen Bundestages (jetzt hier für uns, unseren Bereich), Bundesregierung, diese Dinge, auch die wissenschaftlichen Dinge auszuwerten und daraus politische Konsequenzen zu ziehen.

Ich würde sagen jetzt als Ethiker: Wenn man die ganzen Klimadiagnosen ignoriert und politisch sagt: „Darum kümmern wir uns später. In zehn Jahren ist die Technik viel weiter, und dann ist das alles viel leichter.“ Es gibt ja durchaus solche Überlegungen: Man sollte einfach abwarten; später ist es viel leichter, mit dem Klimawandel umzugehen. Dann würde ich sagen: Das ist unverantwortlich.

Wir haben im Ethikrat deutlich dazu Stellung genommen, aber letztlich können wir nur deutlich Stellung nehmen. Wir haben nicht das exekutive und operative Mandat, jetzt Maßnahmen in Kraft

zu setzen. Das bleibt auf der politischen Seite mit dem demokratischen Mandat, Zukunft allgemeinverbindlich gestalten zu können. Das ist nicht unsere Aufgabe.

Wolfgang Schroeder

Na ja, wir haben es natürlich in der Politik mit einer Prioritätenordnung zu tun, und in dem Sinne kann man Follow the Science auch so verstehen, dass es ein Ruf ist: Bedenkt diese Kategorie.

Wenn Sie die Umfragen 2021 vor der Bundestagswahl sehen, da war Klima an Punkt 1. Wenn Sie die Umfragen bei der Bundestagswahl 2025 sehen, war Klima an Punkt 10. Insofern würde ich Follow the Science als ein Korrekturmandat verstehen, also: Ihr müsst diese Kategorie bedenken, ihr könnt euch nicht einfach (denn das ist auch eine Quelle für politische Entscheidungen) an den Polls orientieren, sondern ihr müsst euch an substantziellen Herausforderungen, die die Welt von morgen bestimmen wird, abarbeiten, und wenn ihr das nicht tut, werdet ihr eurem Mandat nicht gerecht.

Armin Grunwald

Ja. Aber das ist wieder ein normatives Statement.

Wolfgang Schroeder

Das ist ein normatives Statement.

Armin Grunwald

[...] ist dann deren Sache. Ja.

Wolfgang Schroeder

Aber es ist nichts über die einzelne Aussage von Wissenschaft gesagt, sondern das ist das Korrektiv.

Achim Wambach

Herr Strohschneider, Sie wollten kurz intervenieren.

Peter Strohschneider

Aus dem überwältigenden Konsens der Klimaforschung über die Anthropogenität des Klimawandels folgt im Hinblick auf die Frage An- oder Abschalten von Atomkraftwerken rein gar nichts. Das ist ein ideologisches Konstrukt, dieses Follow the Science, das die politische Entscheidungslage unterschätzt und die Erreichbarkeit moderner komplexer Gesellschaften für einzelne handelnde Akteure, auch politische, dramatisch überschätzt.

Helge Braun

Da kann man vielleicht noch anschließen, wenn man speziell das Thema Klima angeht. Diejenigen, die zweifellos bereit sind und alles dafür tun wollen, dass wir Klimaneutralität 2045 erreichen, finden sich politisch aber in einem Spannungsfeld wieder, wo die Frage ist: Was sind denn die Mechanismen dafür und was bedeutet das? Also die Frage: Haben wir Sektorziele für unterschiedliche Bereiche unserer Wirtschaft? Das macht es teurer, als wenn man keine Sektorziele definiert.

Da ist die Frage: Haben wir Jahresbudgets sehr klar definiert, den CO₂-Ausstoß, den wir noch machen dürfen, oder nicht? Das sind ökonomisch hochkomplexe Fragen mit einer immensen sozialen Verteilungswirkung, mit einer immensen Frage auch: Wie bettet sich das Ganze eigentlich in Europa ein? Wie sind die wirtschaftlichen Effekte, die eine Verlagerung woandershin bedeuten, die *nicht* im Ergebnis wirklich zu einer Reduktion führen?

Das sind berechtigte Fragen, und deshalb glaube ich, zu sagen: Dieser Vorwurf, der manchmal kommt – dass man in dem Moment, wo wir dieses ganze System nicht so hart festziehen, schon langsam, aber sicher in die Ecke des Klimaleugners kommt –, das wird dem Thema in der Tat nicht gerecht, sondern wir brauchen ein hartes Ringen

um die richtigen Maßnahmen und noch viel Überzeugung, auch auf höheren politischen Ebenen, international. Insofern glaube ich: Die Zahl derer, die hier Wissenschaft ignorieren und den Klimawandel wirklich infrage stellen, ist relativ gering. Aber die Frage: Ist das, was wir tun, dem Grunde nach angemessen oder wäre mehr möglich?, ist eine zutiefst politische Frage.

Achim Wambach

Ich will es nicht noch mehr komplizieren, aber in den Wirtschaftswissenschaften diskutieren wir dann: Ist die Maßnahme hilfreich, dass die Welt auch mitmacht? Also folgen Indien und China dieser Bewegung? Das ist noch mal eine Dimension, die – deswegen haben diese interdisziplinären Gremien schon ihren Sinn. Es geht nicht nur um die eine Dimension: Wie macht man es sozial verträglich? Dafür braucht man auch andere Wissenschaften.

Bitte die Frage und dann gehen wir wieder ins Netz.

Frau NN

Es geht mir noch einmal darum, in Follow the Science eine andere Perspektive reinzubringen, und zwar kann ich in meiner wissenschaftlichen Arbeit herausarbeiten, dass zunehmend Entscheidungsverhalten durch ein Folgeverhalten ersetzt wird, egal, ob es normalerweise wertrational oder nutzenoptimierend rational ist; es gibt ja verschiedene Varianten, wie man sich das vorstellen kann. Es gibt Dynamiken, die dazu führen, dass die Tendenz entsteht, stattdessen ein Folgeverhalten zu praktizieren. Insofern ist Follow the Science tatsächlich ein interessanter Hinweis, wenn man sich überlegt, was die Alternativen dazu wären, wem oder was man sonst folgen könnte, wenn nicht wissenschaftlichen Prinzipien, Grundlagen, Inhalten usw. Das heißt ja nicht, dass es mit einer Stimme spricht.

Meine Frage oder Bitte wäre, wenn Sie einmal darüber reflektieren mögen, wie man die eigenständige Entscheidungsfähigkeit noch schärfen könnte, die einem Folgeverhalten entgegenwirken könnte, um das Bewusstsein dafür zu stärken: Was braucht es, um eigenständige Entscheidungen treffen zu können? Oder auch um den Mut zu haben, sie tatsächlich umzusetzen gegenüber Lobbys oder anderen Folgeverhaltensdynamiken in Form von Schwärmen, Social Media etc., was sich da möglicherweise in Ihrem Feld auftut. Vielen Dank.

Achim Wambach

Vielen Dank. Hat jemand eine Reaktion auf die Frage?

Wolfgang Schroeder

Das Verhältnis von eigenständigem Entscheidungsverhalten und Folgeverhalten muss man auf die Strukturprobleme und Paradoxien des gegenwärtigen politischen Systems beziehen, wenn ich Ihre Frage richtig verstehe. Die Paradoxien dieses politischen Systems sehen so aus, dass es extrem schwierig geworden ist, klare Mehrheitsverhältnisse herzustellen, dass ein Fahren auf Sicht angesagt ist, und da meine ich schon (so habe ich meine Einlassung eben auch verstanden wissen wollen), dass es eine eigenständige Positionierung der Klimawissenschaften gibt, wenn hier ein Konsens ist, und dass dies auch vonseiten der Politik gegen die Polls aufgenommen werden muss. Denn das, was wir zurzeit haben, Follow the Polls, hat im Angesicht der Paradoxien und des Auf-Sicht-Fahrens des politischen Systems kurzfristig hohe Folgekosten, die dieses System sehr beeinträchtigen werden.

Wie kommt man unter diesen Bedingungen zu einer stärkeren Eigenständigkeit und Unabhängigkeit des politischen Systems? Möglicherweise

durch eine intensivierte Begegnung mit Wissenschaft, die das stärker in die öffentliche und politische Kommunikation einbringen muss. Denn ich sehe auch, dass die Stimme der Klimawissenschaftler in den letzten Jahren öffentlich zurückgegangen ist. Hier müsste man darüber nachdenken, wie diese Stimme wieder verstärkt werden kann, denn die Verschiebung der Prioritätenordnung ist dramatisch für dieses Land.

Helge Braun

Ich hatte in meiner letzten Folie das Thema: Wir müssen Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie höher halten. Was ich damit auch meine, ist: Wenn man sieht, wie zum Beispiel in den USA manche Hochschulen auf den Druck eher mit Appeasement, mit Wegducken und „geht schon irgendwie vorüber“ und „halten wir eine Weile aus“ reagieren, obwohl es im politischen System, glaube ich, keine richtig naheliegende Perspektive gibt, wie es mal besser wird – dass das eine unterlegene Strategie ist und dass wir, also der Bundestag schon darüber nachgedacht hat, wie man das Verfassungsgericht resilienter macht. Der wesentliche Druck ist die Finanzierung, und viele sind nicht besonders konfliktbereit. Ich glaube, diese Grundwerte, die aus Freiheit und aus dem unabhängigen Denken entstehen, sind für viele hier selbstverständlich gewesen.

Wir haben bei uns an der Uni eine Aktivität entfaltet, am Tag des Grundgesetzes, zur Wissenschaftsfreiheit, sind auf die Bevölkerung zugegangen. Es war interessant, dass Pressefreiheit wichtig ist, damit man keinen Unsinn erzählt bekommt. Das haben die meisten irgendwie gespürt oder gewusst. Aber über die Frage: „Wozu ist Wissenschaftsfreiheit eigentlich wichtig?“ müssen viele sehr lange nachdenken, weil sie sich damit lange nicht beschäftigt haben.

Ich glaube, das ist ein Riesenauftrag, dass das gesellschaftlich jedem klar ist. Umgedreht ist es total wichtig, dass wir uns in den wissenschaftlichen Institutionen so aufstellen, dass, egal wie in Zukunft Landtagswahlen ausgehen oder was auch immer geschieht, wir die Bedeutung dieses freien Denkens und dass ein Folgeverhalten welcher Art auch immer keine überlegene Strategie ist – das finde ich einen wichtigen Punkt.

Achim Wambach

Das wäre eigentlich ein schönes Schlusswort, die Wissenschaftsfreiheit. Aber wir machen noch eine Runde und schauen noch mal ins Netz.

Hans-Georg Dederer

Es gibt also eine Frage im Netz, die viel Aufmerksamkeit erfahren hat. Sie führt eigentlich zurück in das erste Panel, aber man kann sie so wenden, dass sie auch ins zweite Panel passt.

Sie geht davon aus: Wir haben eine zunehmende Ablehnung der Wissenschaft in der Bevölkerung, und die Menschen sind jetzt in Krisenzeiten verunsichert. Könnte diese zunehmende Ablehnung der Wissenschaft damit zusammenhängen, dass die Menschen in Krisenzeiten verunsichert sind und die Wissenschaft selbst keine Gewissheit verschaffen kann, weil sie ihrerseits unsicher ist oder eben ihrem Wesen nach keine vollständige Gewissheit verschaffen *kann*? Und führt diese Unsicherheit nicht zu emotionaler Überforderung der Menschen?

Wenn man diese Frage jetzt ins zweite Panel hineinwendet, geht es auch darum: Wie kann die Politik darauf reagieren und damit umgehen, mit dieser doppelten Ungewissheit der Menschen und der Wissenschaft, die die Menschen davon nicht erlösen kann?

Helge Braun

Das Erste ist: Man muss die Unsicherheiten auch transparent gemeinsam leben. Ich glaube, das ist das Erste, was Wissenschaft und Politik enger zusammenbringt, wenn jeder mit seinen Unsicherheiten offener umgeht und auf jede Frage: „Können Sie sicher ausschließen, dass ...?“ sagt: Nein, kann ich nicht. Aber nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten wir alle mit guten Methoden und auf der bestmöglichen Grundlage.

Wir haben wirklich, das ist großes Problem, in Deutschland eine schlechte Fehlerkultur. Jeder Journalist sagt immer, wenn er Politiker interviewt: „Haben Sie da nicht mal einen Fehler gemacht, und wäre es nicht schön, mal ein bisschen demütig zu sein?“ Und wenn sie dann mal demütig sind und sagen: „Ja, stimmt, ich habe einen Fehler gemacht“, dann ist die nächste Frage: „Wollen Sie jetzt eigentlich zurücktreten?“ Das ist so eine gewisse Zwangsläufigkeit. Da müssen wir, glaube ich, ein bisschen raus. Das ist aus meiner Sicht ganz wichtig.

Achim Wambach

Ich nehme noch die Frage mit rein, dann kann sie in der Runde mitbeantwortet werden.

Herr NN

Meine Frage hatte sich auf die Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bezogen, die bis jetzt ein bisschen zu kurz gekommen ist und höchstens in Worten wie Aktivismus mal vorgekommen ist.

Ich würde auch noch sagen, dass es wichtig ist, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht nur die Aufgabe haben, neues Wissen zu generieren oder zu finden und das gut zu kommunizieren. Das ist natürlich ein wichtiger Aspekt, aber ich würde auch sagen, dass es eine inhärente Verantwortung ist von Wissenschaft und wissen-

schaftlichen Institutionen, sich politisch zu involvieren und dafür zu sorgen, dass politische Entscheidungen auf Basis dieses Wissens getroffen werden.

Es wird gerade auf eine Ebene gestellt, Politik und Wissenschaften, und dass sich das ergänzt. Das sollte im Optimalfall so sein, aber gerade in den letzten Jahren haben wir eine Diskursverschiebung gesehen, die sich weit weg bewegt hat von einer Basis, einer gemeinsamen Realität, die man quasi festgestellt hat und feststellen kann, die aber politisch auf diese Art und Weise nicht mehr anerkannt wird. Und dann wird teilweise davon gesprochen, dass man nicht mehr Politik von Gerichten haben möchte, die auf Basis von als Korrektiv Gesetzen und Entscheidungen (zum Beispiel dass man die Klimakrise bis zu einem gewissen Punkt eindämmt), auf die man sich kollektiv geeinigt hat – also wenn Gerichte auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse sagen: Die Maßnahmen, die dafür ergriffen werden und geplant sind, erfüllen dieses Ziel nicht, dass man dann mit dem Zeigefinger dasteht, als ob die Wissenschaft jetzt Politik machen würde, obwohl eigentlich politische Entscheidungsträger:innen ihren Aufgaben nicht nachgekommen sind. Dankeschön.

Achim Wambach

Vielen Dank. Eine Schlussrunde zu den beiden Aspekten.

Armin Grunwald

In der Wissenschaft, jedenfalls in der öffentlich geförderten (und über diese reden wir hier), leben wir von Steuergeldern. Die Gesellschaft finanziert uns nicht, damit wir unseren Hobbys nachgehen können, sondern sie erwartet, dass etwas zurückkommt (Stichwort Gesellschaftsvertrag, das hatte Alexander Bogner angesprochen). Das, was zurückkommt, ist sehr unterschiedlich, und

deswegen sieht die Verantwortung der Wissenschaft auch sehr unterschiedlich aus.

In vielen Bereichen geht es einfach darum, einen guten Job zu machen, ob in den Technikwissenschaften, in den Naturwissenschaften, wo auch immer. In anderen Bereichen geht es darum, auch in die Beratung zu gehen. Das ist das, was Sie eher im Sinn haben. Das war wahrscheinlich für alle hier so selbstverständlich, dass wir es nicht mehr extra gesagt haben. Das gehört, glaube ich, zu unseren Genen, zum Selbstverständnis als Wissenschaftler:innen.

Dann gibt es noch mehr Ebenen: Awareness schaffen, auch mal aufstehen und sagen: „Mensch, so geht es nicht. Leute, denkt doch daran“, wie es ja Klimaforscher beispielsweise in der frühen Zeit der Klimapolitik lange machen mussten, bevor mal andere zugehört haben. Also auf Probleme aufmerksam machen, wo die Wissenschaft *zuerst* sieht: Da ist etwas nicht in Ordnung, und dann aber in die Öffentlichkeit gehen. Es gibt verschiedene Verantwortlichkeiten; da kann ich Ihnen nur zustimmen. Das ist ein schönes Schlusswort oder Schlussthema für die Sitzung hier.

Zum ersten Punkt vielleicht noch: Natürlich kann Wissenschaft nicht Sicherheit geben. Menschen sind verunsichert, und zwar zu einem großen Teil aus Verlustängsten heraus, glaube ich. Politik ist ja seit Langem immer nur damit beschäftigt, das Schlimmste zu verhindern: Griechenland zu retten, den Euro zu retten, unsere Gesundheit in der Pandemie zu retten, die Heizung im Winter zu retten gegen den Gasmangel usw. Immer nur irgendwas zu retten, um noch einigermaßen die Sache so zu halten.

Dass mal die Botschaft kommt: Wir haben positive Ziele, wir haben eine Idee, wofür es sich lohnt, auch mal Belastungen auf uns zu nehmen, das gibt es selten, und dann klammern sich Leute

an Besitzstände und spüren, dass überall dran gekratzt wird: Die Friedensdividende geht verloren, wir müssen mehr fürs Militär zahlen, wer weiß, was klimapolitisch auf uns zukommt, die Chinesen hängen uns ab usw.

Da kann Wissenschaft wenig helfen, glaube ich. Da sehe ich in der Tat eine starke Verantwortung der Politik, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, aber ihnen auch zu sagen: „Wir packen das an, wir nehmen euch wirklich bei euren Sorgen, und wir unternehmen alles, was wir können, mit euch, für eine gute Zukunft.“

Achim Wambach

Also den Ball zurück an die Politik gespielt. Aber wir sind jetzt in der Wissenschaft, insofern müssen Sie sich den Schuh nicht anziehen. In Anbetracht der Zeit: Wir haben noch Panels heute Nachmittag, die sich auch mit diesen Themen beschäftigen.

Ich werde nicht zusammenfassen, was Wissenschaft und Politik voneinander erwarten. Was uns jetzt erwartet, ist die Mittagspause. Ich bedanke mich herzlich bei dem Panel für die sehr anregende Diskussion. Vielen Dank.

III. Wie kommen Forschende und Wissenschaft in der Öffentlichkeit an?

Cornelia Betsch

Guten Tag und herzlich willkommen noch mal von mir. Mein Name ist Cornelia Betsch, ich bin Mitglied im Deutschen Ethikrat und habe die Freude und Ehre, Sie durch die nächste Session zu leiten.

Wir haben schon über viele Fragen gesprochen, was Wissenschaft, Gesellschaft und Politik angeht, aber es gibt einen Bereich, der bisher höchstens mal angeklungen ist, um den wir uns jetzt

kümmern wollen, nämlich um die Frage, wie Wissenschaft eigentlich in die Öffentlichkeit kommt und welche Rolle Medien dabei spielen.

Ich freue mich sehr, dass wir drei Expert:innen haben, die mit uns zusammen die Frage beleuchten: Wie kommen Wissenschaft und Forschende in der Öffentlichkeit an? Und wie ist am Ende der Politikbezug? Wir haben schon über die Frage gesprochen: Was machen wir eigentlich mit wissenschaftlicher Unsicherheit? Was passiert, wenn sich wissenschaftliche Themen politisieren? All das werden wir in den nächsten anderthalb Stunden besprechen.

Ich darf als Erstes Lars Guenther begrüßen. Er ist studierter Kommunikationswissenschaftler und Professor für Kommunikationswissenschaft mit dem Schwerpunkt Krisen- und Risikokommunikation in digitalen Medienumgebungen, und er ist am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der LMU [Ludwig-Maximilians-Universität] in München tätig.

Ich habe die drei Referent:innen nach drei Keywords gefragt, sodass Sie eine kleine Hilfe haben, den Vorträgen zu folgen. Die drei Keywords für den Vortrag von Lars Guenther sind: Wissenschaftskommunikation, Vertrauen in die Wissenschaft und digitale Medienumgebung. Herzlich willkommen, Lars Guenther.

Zur Perzeption der Wissenschaft

Lars Guenther · Ludwig-Maximilians-Universität München

(Folie 1)

Vielen Dank für die Anmoderation und noch mal für die Einladung.

Wie die Wissenschaft wahrgenommen wird, ist ein Thema, das definitiv wichtiger geworden ist. Umso erfreuter bin ich, heute hier zu sein und über dieses Thema sprechen zu können.

(Folie 2)

Vielleicht als Einstieg: Speziell während der Coronapandemie wurde das Vertrauen in die Wissenschaft zu einem öffentlichen Thema. Es wurden diverse Debatten geführt, unter anderem, ob Forscher:innen weniger vollmundig sein sollen. Dass wir überhaupt solche Debatten führen, liegt sicherlich auch an veränderten politischen Bedingungen, wenn beispielsweise die AfD unterstellt, die Wissenschaft produziere gewünschte Ergebnisse und sei nicht neutral. All das bleibt nicht folgenlos. So haben beispielsweise Anfeindungen gegenüber Wissenschaftler:innen stark zugenommen.

(Folie 3)

Für mich dient das heute als Startpunkt, um etwas über die öffentliche Wahrnehmung von Wissenschaftler:innen zu sagen. Ich werde dabei den Fokus auf Vertrauen in die Wissenschaft legen (weil ich hier mehrere Projekte begleite) und als Kommunikationswissenschaftler dezidiert über die Rolle digitaler Medien bzw. über die Rolle der Wissenschaftskommunikation sprechen.

Starten wir also mit der öffentlichen Wahrnehmung von Wissenschaft und Wissenschaftler:innen im Feld, in dem wir dank Wissenschaftsbarometer ja schon einiges wissen, zum Beispiel dass sich ein gutes Drittel der Deutschen über Neues aus der Wissenschaft auf dem Laufenden hält; die Hälfte macht das gelegentlich.

Wir wissen zudem, dass die Bereitschaft, in wissenschaftsbezogene Entscheidungen eingebunden zu werden, recht hoch ist, was das eigentliche Mitmachen betrifft. Wir haben vorhin Citizen Science angesprochen: Das machen vor allen Dingen die Gruppen, die ein höheres Bildungsniveau aufweisen.

(Folie 4)

Fast die Hälfte der Deutschen findet, dass der Einfluss der Wissenschaft auf die Politik zu gering sei. Reziprok dazu findet aber eine Mehrheit der Deutschen, dass der Einfluss von Wirtschaft und Politik auf die Wissenschaft zu hoch sei.

(Folie 5)

Fragt man die Menschen noch dezidiert, wie sie sich beispielsweise öffentlich sichtbare Wissenschaftler:innen vorstellen, so wie wir das untersucht haben, sieht man Folgendes: Zum einen bewerten sie die Wissenschaftler:innen anhand von wissenschaftlichen Kriterien wie Seniorität oder Reputation. Es kommen aber auch kommunikative Eigenschaften dazu, also wenn eine Persönlichkeit viel Charisma hat, wenn sie sich artikulieren kann oder einfach weiß, wie sie mit den Medien umgehen soll.

Spannend ist auch, dass es nicht so sehr um zu viele private Details geht. Öffentlich sichtbare Wissenschaftler:innen sind keine Celebrities.

Wenn man dann fragt, wie diese öffentlich sichtbaren Wissenschaftler:innen denn sein sollten, kann man denselben Katalog anlegen und sieht dann, dass es übereinstimmt. Das kann man erst mal positiv deuten.

(Folie 6)

Ich möchte also für diesen ersten Bereich festhalten: Viele Menschen haben Interesse an der Wissenschaft und würden sich auch gern stärker beteiligen. Sie bewerten Wissenschaftler:innen anhand von wissenschaftlichen und kommunikativen, weniger aber an (zu) persönlichen Merkmalen.

Sie finden zudem, dass sich die Wissenschaft gern mehr politisch beteiligen darf. Andersherum wollen sie möglichst wenig wirtschaftlichen oder politischen Einfluss auf die Wissenschaft.

(Folie 7)

Das Wissenschaftsbarometer ist auch gut darin anzuzeigen, wie hoch das Vertrauen der Bevölkerung in die Wissenschaft ist. Hier sieht man, dass mehr als die Hälfte der Deutschen der Wissenschaft grundsätzlich vertraut. Ein Drittel bleibt aber unentschieden, und 10 Prozent vertrauen ihr nicht.

Wir finden in dem Zusammenhang allerdings, dass man stärker nach Vertrauensdimensionen unterscheiden kann. Die hier aufgezeigten Trends basieren jedoch leider nicht auf Mehrbefragung derselben Personen. Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive bleibt auch der Einfluss der Mediennutzung ein bisschen nebulös, was uns aber stark interessiert.

(Folie 8)

Wir waren hier im Jahr 2022 im Feld und konnten verschiedene Vertrauentypen identifizieren. Man sieht, dass es so etwas wie eine moderate Mitte gibt. Das ist das größte Cluster. Es gibt aber auch Gruppen, die stärker vertrauen, genauso wie es Gruppen gibt, die weniger stark vertrauen.

Man sieht auch, dass die der Wissenschaft zugeschriebene Expertise die wichtigste Vertrauensdimension ist. Zudem hängen tendenziell die Kontakthäufigkeit und die Vielfalt der Informationskanäle mit mehr Vertrauen in die Wissenschaft zusammen.

(Folie 9)

Schaut man sich das jetzt im Zeitverlauf für die gleichen Befragten an, hier von 2022 zu 2023, sieht man Folgendes: Für die Hälfte der Befragten ändert sich erst mal nichts, und für die andere Hälfte gibt es eine leichte Tendenz zur Mitte. Das heißt, das moderate Segment nimmt zu, und auch die Nachbartypen.

Es gibt allerdings Rückgänge, was die Extrema betrifft. Wir deuten das vor diesem speziellen jährlichen Bezug von 2022 auf 2023 als den abnehmenden Pandemieeffekt und werden das in der nächsten Befragung im nächsten Jahr weiter beobachten.

(Folie 10)

Für jetzt kann ich festhalten: Viele Menschen, wenn auch nicht alle, vertrauen der Wissenschaft grundsätzlich. Sie bewerten Wissenschaftler:innen vor allem anhand der ihr zugeschriebenen Expertise.

Wir sehen im Verlauf eines Jahres *keinen* zunehmenden gesellschaftlichen Vertrauensverlust, sondern eher einen abnehmenden Pandemieeffekt: Die Extrema werden schwächer und die moderate Mitte nimmt zu.

(Folie 11)

Wir würden trotzdem sagen, dass Medien oder digitale Medien für Vertrauensbeziehungen bedeutsam sind. Nun hat die Digitalisierung Theorien von Öffentlichkeit vollkommen umgeworfen: Heute sprechen wir von vielen differenzierten und zum Teil parallelen Teilöffentlichkeiten. Sie setzen sich aus online und offline zusammen, und ihnen unterliegen potenziell unterschiedliche Normen und Regeln.

Hier gibt es eine Reihe an Trends, die ganz spannend sind: Zum einen verliert der Journalismus seine alleinige Gatekeeping-Funktion. Wir haben heute schon über eine gesellschaftliche Polarisierung gesprochen. Wir stoßen auf Des- und Fehlinformation, auf Verschwörungsnarrative sowie populistische Tendenzen.

All das ist indikativ dafür, dass es einen gesellschaftlichen Vertrauensverlust geben sollte in etablierte Institutionen oder in die soziale Elite

(wie Sie wollen), Politik, Medien, aber auch Wissenschaft.

(Folie 12)

Wir nähern uns diesem Feld durch sogenannte Trust Cues. Diese definieren wir als linguistische Marker, also Wörter, Textbausteine oder auch ganze Sätze, die genutzt werden können, um einzuschätzen, ob der Wissenschaft vertraut werden kann oder eben nicht.

Diese Trust Cues spiegeln für uns auch verschiedene Vertrauensdimensionen wider: Expertise, Integrität, Wohlwollen, Transparenz, Dialogbereitschaft. Dabei werden Expertise Cues in vielen medialen Diskursen am meisten genannt.

(Folie 13)

Wenn wir das jetzt in unserer Befragung modellieren, kombiniert mit der typischen Mediennutzung der Befragten, sehen wir Folgendes: Zum einen ist das Vertrauen in die Wissenschaft relativ stabil. Das Vertrauen zum ersten Zeitpunkt bestimmt also maßgeblich, wie Leute zum zweiten Zeitpunkt vertrauen.

Es gibt aber auch leicht positive Tendenzen durch die Nutzung von öffentlich-rechtlichem Fernsehen. Gleichzeitig gibt es leicht negative Tendenzen durch die Nutzung von rechtsgerichteten populistischen Medien, die ja oft als alternative Medien bezeichnet werden.

(Folie 14)

Das ist grundsätzlich für das Sample so, aber es ist nicht für alle Vertrauentypen gleich. Gleich ist, dass Vertrauen in die Wissenschaft grundsätzlich zum ersten Zeitpunkt bestimmt, wie das Vertrauen in die Wissenschaft zum zweiten Zeitpunkt ist. Aber man sieht bei der moderat vertrauenden Gruppe (die ja auch die größte Gruppe ist), dass es positive Effekte der Mediennutzung, also bei öffentlich-rechtlichem Rundfunk oder auch bei

Wissenschaftsmagazinen gibt. Hier hat Journalismus einen positiven Effekt, und den negativen Effekt von populistischen rechtsgerichteten Medien sehen wir nur bei der Gruppe, die der Wissenschaft eh nicht vertraut.

(Folie 15)

Wir können also festhalten: Mittels Trust Cues lässt sich beschreiben, welche vertrauensrelevanten Merkmale in Inhalten über die Wissenschaft vorzufinden sind. Expertise Cues werden dabei am häufigsten verwendet. Trust Cues in Medieninhalten haben je nach Vertrauentyp verschiedene Effekte. Die Nutzung journalistischer Medien zeigt schwach positive und die Nutzung sogenannter alternativer Medien schwach negative Zusammenhänge zum Vertrauen in die Wissenschaft auf.

Damit danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Cornelia Betsch

Vielen Dank, Lars Guenther.

Als Nächstes möchte ich Ihnen Marlene Halbach Theile ankündigen. Sie ist studierte Biologin und Wissenschaftsjournalistin. Sie ist aktuell die Redaktionsleiterin im Science Media Center Germany und hat dabei einen speziellen Fokus auf Medizin und Lebenswissenschaften. Ihre drei Keywords sind: Expert:innen im Journalismus. Herzlich willkommen.

Zur Rolle klassischer Medien

Marleen Halbach Theile · Science Media Center Germany

(Folie 1)

Herzlichen Dank für die Einladung und danke für die Einführung, Frau Betsch.

Ich bin Redaktionsleiterin im Science Media Center [SMC] und bringe deswegen auch eine ganz eigene Perspektive mit.

(Folie 2)

Ich möchte kurz etwas zu meiner Perspektive im Science Media Center sagen, da ich hier die Rolle der klassischen Medien sozusagen vertrete, aber nicht als jemand, der selbst in einer Redaktion arbeitet und Wissenschaftsjournalismus in einem Medium betreibt, sondern in einer gemeinwohl-orientierten Organisation, die sich als Intermediär zwischen Wissenschaft und Journalismus versteht, redaktionell unabhängig arbeitet von dem, wie wir finanziert sind, und das Ziel hat, Journalist:innen, die über die Themen mit Wissenschaftsbezug berichten, in ihrer Berichterstattung zu unterstützen.

Das heißt, meine Expertise hier ist etwas Meta, könnte man sagen, und eben nicht aus dem ganz Praktischen, aber ich kann deshalb einen guten Überblick geben über das, was in klassischen Medien vor sich geht und wie Forschende dort überhaupt hineinkommen.

(Folie 3)

Warum brauchen Journalist:innen überhaupt Unterstützung bei Wissenschaftsthemen? Das ist ja die Idee des SMC: Wir unterstützen Journalist:innen dabei. Warum ist das so?

Die Ergebnisse, die jetzt kommen, können für den gesamten Journalismus stehen. Es ist schwierig, *den* Journalismus zu definieren, genau wie *die* Wissenschaft (das hatten wir heute schon). Aber die Ergebnisse, die ich vortrage, sind eher übergreifend.

Es gibt eine Informationsüberflutung. Ich glaube, das können wir alle ganz gut an uns selbst sehen. Die Wissensproduktion beschleunigt sich dramatisch, die Komplexität ist erhöht, die Gesellschaft funktioniert schneller und ist komplexer. Speziell beim Wissenschaftsjournalismus oder der Wissenschaft an sich ist es so, dass die wissenschaftliche Publikationsleistung (wir haben es vorhin

schon gehört) durch KI, aber auch durch Digitalisierung schon vorher, eine Wachstumsrate von drei bis vier Prozent im Jahr an Output sozusagen hat. Dann kommt noch Open Access dazu, internationale Perspektiven werden vernetzt, es gibt Preprints. Es gibt also viel mehr zu beobachten, wenn man sich die Wissenschaften anguckt, was zu einer Informationsüberflutung führt.

Der Druck in Redaktionen (jetzt mal in die Praxis geschaut) ist sehr groß, die Zeit ist knapp. Wer in der Vergangenheit schon mal mit Journalist:innen zu tun hatte, wird das gemerkt haben: Es ist immer besser gestern als heute.

Das sind verschiedene Faktoren, die genau das bewirken. Die einen kommen von außen; das, was wir gerade beschrieben haben, diese Informationsüberflutung, schlägt da zu Buche. Es gibt mehr Themen, es gibt mehr Kanäle (wie auch Herr Guenther gesagt hat), wir haben Teilöffentlichkeiten, die durch Journalismus anders bespielt werden müssen, wir brauchen andere Formate, und einen wahnsinnigen Zuwachs an Journalist:innen haben wir auch nicht zu verzeichnen. Das heißt, es wird alles schneller und mehr Arbeit pro Person.

Dann haben wir die Plattformisierung (auch schon kurz angesprochen) in Social Media, wo ganz andere Logiken gelten, und jetzt in einer dritten Welle generative KI-Systeme, in denen auch Nachrichten vorkommen. Auch diese führen zu Spardruck, weil sie die Existenz oder die Finanzierung von Journalismus nachhaltig beschädigen können. Denn keiner klickt mehr auf irgendwelche Links, wenn er in generativer KI irgendeine Information erhält.

Die Medienhäuser und Verlage sind aber darauf angewiesen, Geld zu verdienen mit dem, was sie tun, und das bricht jetzt durch Social Media, indem Infos viel stärker öffentlich verfügbar sind, aber auch durch KI weg, und das wirkt sich auf

die Redaktionsstrukturen aus. Das heißt, wir haben großen Spardruck. Überall gibt es Gratisangebote an Informationen. Was hat Qualitätsjournalismus noch dagegenzusetzen? Warum bezahle ich dafür? Diese Bereitschaft ist verloren gegangen. Das heißt: Der Druck ist groß.

Es gibt auch wenig und immer weniger professionellen Wissenschaftsjournalismus. Das war immer schon eine Nische. Wenn man sich umgehört hat, hieß es ein „verspätetes Ressort“, und dieses ist als Erstes dem Spardruck erlegen. Ressorts werden zusammengelegt, die Wissenschaft wird dann reingeschoben, zum Beispiel in *Panorama* oder so, bei großen Verlagshäusern. Sendungen werden gestrichen, sogar im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Auch an dieser Stelle gibt es einfach weniger Wissenschaftsjournalismus. Deshalb brauchen sie Unterstützung.

(Folie 4)

Das Science Media Center hat sich auch darauf konzentriert, Expert:innen zu finden. Denn das ist auch ein Problem im Journalismus: Der Journalismus braucht Expertise. Wozu braucht er diese? Das Schöne an meinem Beruf ist, dass man sich als professionelle Laiin oder Laie verstehen darf, denn man ist ja irgendwie auf der Seite des Publikums, einer Zielgruppe, und darf sich mit verschiedenen Themen beschäftigen. Somit kann man nicht alles studiert haben und im Detail verstehen. Also brauche ich Expert:innen in diesem Feld, das ich behandle, um das zu verstehen, um Zusammenhänge zu verstehen, also klassische Wissenskompensation. Dabei werden Expert:innen eingesetzt zu einer möglichen Positionierung, aber vor allen Dingen zum Vermitteln von Wissen an Journalist:innen, was dann in die Öffentlichkeiten weitergetragen wird.

Außerdem benutzen Journalist:innen (und das ist auch wieder sehr groß gesprochen) Expert:innen

zur Legitimation einer gewissen Position. Das werden vielleicht manche von Ihnen auch erlebt haben: Wenn man mit Journalist:innen in Kontakt kommt, kann es sein, dass schon eine Voreinstellung da ist, die man bestätigt haben möchte: Ich brauche noch eine Position, die steht hier, dann brauche ich noch eine, die auf der Seite steht. Dann suche ich mir den, und dann hat man schon so eine Ahnung, wohin das gehen soll.

Das ist Praxis, das lasse ich hier einfach erst mal so unbewertet stehen. Es ist so: In 50 Prozent der Fälle steht ein Beitrag schon vor dem Kontakt in einem Framing.

(Folie 5)

Wie wählen Journalist:innen diese Expert:innen aus? Jetzt gehen wir in die Auswahlpraxis in Redaktionen.

Im Prinzip ist das ein inszeniertes Konstrukt. Initiiert wird Expertise nicht über diese Kriterien, die wir gerade auf der wissenschaftlichen Seite hatten, sondern auch über andere Kontextfaktoren, zum Beispiel Medientauglichkeit. Ein bisschen klang es bei Herrn Guenther schon durch: Kann jemand gut reden? Wenn ich ein Radio-Interview machen soll, wäre das eine gute Voraussetzung. Spreche ich die Sprache? Bin ich erreichbar? Denn wie gesagt: Bei Journalist:innen muss es sehr schnell gehen. Also wäre es gut, Handynummer oder irgendwas parat zu haben. Das wäre das Kriterium Medientauglichkeit.

Sie müssen aber auch (wie gerade schon zur Wissenskompensation gesagt) etwas mitbringen, was sie besonders macht im Sinne von Fachwissen und eine Art von Problemlösefähigkeit haben, also eine Diagnose stellen, Problemlagen in aktuelle Entwicklungen einordnen und dazu Lösungen entwickeln und der Öffentlichkeit anbieten können. Das sind Kriterien, die von Journalist:innen angewendet werden, um Expertise zu finden.

Diese Medienlogik bringt aber auch Probleme mit sich, wie man sich denken kann.

Prominenz ist zum Beispiel auch noch ein Faktor. Wenn jemand im öffentlichen Diskurs schon vorkommt, werden andere Journalist:innen darauf aufmerksam: „Oh, interessanter Gesprächspartner, Gesprächspartnerin, will ich auch mal haben!“ Und so erweitert sich der Wirkungsrahmen dieses Experten, der Expertin weiter durch Aufmerksamkeitsprozesse innerhalb von Medien. Das ist ein Problem, Matthäus-Effekt genannt: „Wer hat, dem wird gegeben.“ Wer also eh schon in der Öffentlichkeit ist, muss ja ein Experte, eine Expertin sein, den frage ich auch mal. Dadurch könnte sich auch der Expertiserahmen dieser Person ausweiten, weil andere Journalist:innen ein bisschen weitergehende Fragestellungen anbringen bei der Expertise, die vielleicht gar nicht mehr den Kern betreffen, wozu dieser Mensch vielleicht forscht, und dann erweitert sich der Rahmen, in dem diese Expertise öffentlich stattfinden kann.

(Folie 6)

Ich würde jetzt gern noch mal auf die Position des Wissenschaftsjournalismus eingehen, als Unterspielart des Journalismus, also den professionellen Wissenschaftsjournalismus. Warum braucht es den? Man sieht hier, das ist ein Bild von unserer Website: Dieser Wald soll die Wissenschaft darstellen. Es gibt viele verschiedene Bäume, Fachgebiete, Themen. Dann gibt es noch Leute, die an irgendwelchen Lehrstühlen arbeiten, und in der Mitte ist diese Person, diese Wissenschaftsjournalistin, die irgendwie nach Expertise sucht. Wie soll sie in diesen Wald reingucken?

(Folie 7)

Dazu braucht man spezifische Fähigkeiten, denn guter Wissenschaftsjournalismus verfügt über ge-

nau diese Meta-Expertise, also weiß, wie das Publikationssystem grob funktioniert, weiß, was ein Preprint ist und was eine Retraction ist. Das ist wichtig, um die richtigen Expert:innen zu einem bestimmten Thema zu finden.

Außerdem verfügt guter Wissenschaftsjournalismus über die Kenntnis, wie ich sachkundige und reputierte Expert:innen in diesem System finde, kann Forschungsdatenbanken bedienen, weiß, wie Reputation gemessen wird (als Marker in Sinne von Publikation und Zitation), wählt auf einer gesellschaftlichen Ebene relevante und interessante Anlässe aus, die für die Gesellschaft wichtig sind, und macht sie zum Thema, muss damit auch die Wissenschaft beobachten können (was passiert denn da Interessantes?), zeigt Zusammenhänge zwischen Wissenschaftsfeldern auf (wir hatten diese Interdisziplinarität vorhin schon), bezieht zum Beispiel Ethik mit ein, bezieht Psychologie, Kommunikationswissenschaft und Sozialwissenschaft mit ein in die Berichterstattung über Wissenschaft.

Professioneller Wissenschaftsjournalismus spiegelt der Wissenschaft in seiner Funktion auch gesellschaftliche Erwartungen wider, geht also zum Publikum, zur Zielgruppe, holt sich da Input und konfrontiert Wissenschaft damit (das ist eine wichtige Funktion, finde ich) und stärkt Vertrauen in Wissenschaft durch eine Fremdbeobachtung (das hat Herr Guenther gerade anklingen lassen). Journalismus trägt dazu bei, dass Wissenschaft in der Öffentlichkeit stattfindet, initiiert durch eine unabhängige Kraft, also durch den Journalismus selbst und nicht durch selbstvermittelte Wissenschaftskommunikation seitens der Wissenschaft. Das schafft Vertrauen.

(Folie 9)

Was braucht der demokratische Diskurs? Das ist ein Ideal. Wir brauchen mehr professionelle Wissenschaftsjournalist:innen, die sachkundige reputierte Expert:innen finden können, weil sie die Fähigkeiten haben, tiefer in die Materie einzutauchen, interessante, spannende Themen zu erzählen mit ihrer Komplexität, die sie eben haben, und die kritisch nach Unsicherheiten und Interessenkonflikten fragen können, weil sie darüber Bescheid wissen.

Seitens der Wissenschaft bräuchten wir ehrliche Makler (den Honest Broker hatten wir vorhin schon). Wir brauchen auch da unabhängige Expert:innen, die dem Journalismus verständliche und vertrauenswürdige Expertise liefern und auch da die Reflexionen haben, Unsicherheit und offene Fragen aufzudecken und anzusprechen, damit wir zum Vertrauensaufbau in der Gesellschaft von beiden Seiten beitragen.

Vielen Dank.

Cornelia Betsch

Herzlichen Dank, Marlene Halbach Theile.

Ich darf ihn als Nächstes Edda Humprecht ankündigen. Sie ist studierte Kommunikationswissenschaftlerin und Professorin für Digitalisierung und Öffentlichkeit an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Sie hat einen Fokus auf Desinformation, Medienstrukturen und gesellschaftliche Relevanz. Ihre drei Keywords für diesen Vortrag sind Plattformlogiken, Desinformation und Vertrauen. Herzlich willkommen.

Zur Rolle plattformbasierter Medien

Edda Humprecht · Friedrich-Schiller-Universität Jena

(Folie 1)

Vielen Dank für die Einladung. Als ich gehört habe, dass ich zu der Rolle von plattformbasierten Medien sprechen sollte, dachte ich mir: Wie kann man eigentlich über Wissenschaftskommunikation sprechen (wie in den vorigen Vorträgen), ohne Plattformen zu erwähnen? Denn sie sind allgegenwärtig.

(Folie 2)

Das ist auch die Antwort auf die erste Frage, die mir gestellt wurde, nämlich welche Rolle digitale Plattformen für die Wissenschaft spielen. Die erste ganz einfache Antwort ist: Sie sind wichtige Informationsquellen.

In international vergleichenden Studien zu diesem Thema haben digitale Plattformen dieses Jahr erstmals das Fernsehen als wichtigste Informationsplattform abgelöst. Da gibt es natürlich große Länderunterschiede (in den USA sind die Plattformen schon lange sehr wichtig, wichtiger als in vielen europäischen Ländern) und auch Generationsunterschiede. Aber der Trend ist klar: Plattformen sind wichtige Informationsquellen, und es gibt immer mehr Menschen, sich ausschließlich über Plattformen informieren, über politische Themen, aber auch über Wissenschaftsthemen.

Nun sind diese Plattformen privat-kommerzielle Unternehmen, häufig mit Sitz in den USA, teilweise auch in China, die nach eigenen Logiken funktionieren und nicht unbedingt nach Qualität selektieren, was denn sichtbar wird, sondern die Algorithmen bestimmen das, und die folgen bestimmten Mustern. Das macht es für Wissenschaft zunehmend schwer durchzudringen, denn Wissenschaft funktioniert anders, ist häufig komplex, schwerer zu vermitteln und konkurriert mit

dieser Aufmerksamkeitsökonomie, die durch die Plattformen vorgegeben wird.

(Folie 3)

Dieses Thema ist sehr breit und ich habe versucht, mich in der Kürze der Zeit auf drei Aspekte zu fokussieren, die mir besonders wichtig erscheinen. Der erste Aspekt (den habe ich gerade schon angesprochen) sind die Logiken der Plattformen, also die Muster, wie sie funktionieren, wie sie Sichtbarkeit der Inhalte herstellen.

Der zweite Punkt sind Des- und Fehlinformation, die sich auf diesen Plattformen besonders gut verbreiten lassen, und der dritte Punkt (auch davon haben wir heute schon mehrfach gehört) ist das Vertrauen, also die Frage: Welchen Inhalten oder welchen Akteuren können Menschen überhaupt noch vertrauen, wenn sie mit dieser Vielzahl von Informationen in den digitalen Plattformen konfrontiert sind?

(Folie 4)

Wenn wir uns die Plattformlogiken anschauen, wird schnell klar: Die Algorithmen bevorzugen Inhalte, die besonders viel Aufmerksamkeit generieren, also viele Likes, Shares, Kommentare, wie wir das nennen. Diese Inhalte werden dann für andere Nutzende dieser Plattformen sichtbar gemacht.

Nun sind das häufig Inhalte, die stark emotionalisieren, die Wut und Angst auslösen und häufig reißerisch formuliert sind. Wissenschaftliche Inhalte dagegen sind das weniger häufig. Ein Post beispielsweise, in dem steht: „Die Regierung lügt“, verbreitet sich viel schneller als ein differenziertes Erklärvideo dazu, wie Impfungen funktionieren.

(Folie 5)

Das bringt mich zu dem Thema Desinformation. Darüber haben wir vor allen Dingen während der

Pandemie viel diskutiert, aber das ist ein allgegenwärtiges Thema. Desinformation gibt es, und es gibt auch viel Desinformation mit Bezug zu Wissenschaftsthemen.

Wir haben in der Zeit Untersuchungen gemacht – eine Studie, in der wir uns diese Falschinformationen zu Covid-19 angesehen haben, insbesondere die Impfungen, auf YouTube – und gesehen, dass sie ein Millionenpublikum erreichen (häufig viel mehr Menschen als wissenschaftliche Inhalte), aber sehr häufig auch Halbwahrheiten beinhalten, die einen Bezug zu wissenschaftlichen Themen haben, beispielsweise einen wissenschaftlichen Dissens darstellen, den es in der Wissenschafts-Community gar nicht so gibt, oder sich auf Studien beziehen, diese falsch interpretieren oder Expertinnen und Experten heranziehen, die zwar in der Wissenschaft tätig sind oder einen Dokortitel haben, aber keine Expert:innen für dieses Thema sind.

Was wir gesehen haben in den Untersuchungen, ist, dass diese Halbwahrheiten signifikant mehr Reichweite bekommen, also sichtbarer sind als Inhalte, die komplett falsch sind, komplett erfunden in diesem Wissenschaftsthema. Gleichzeitig zeigen Befragungsexperimente, die wir auch durchgeführt haben, dass die Halbwahrheiten mit wissenschaftlichem Bezug glaubwürdiger sind, weil es einen kleinen wahren Kern gibt oder Bezüge zu Studien und dergleichen.

(Folie 6)

Über Emotionalisierung habe ich schon gesprochen. Diese Desinformationen sind häufig sehr reißerisch formuliert und wecken Emotionen. Das hatten wir in der Pandemie sehr häufig: Angst wird geschürt, Wut wird geschürt, insbesondere in Bezug auf sogenannte Eliten, die Regierung, aber auch Medien.

Man sieht auch in Untersuchungen, dass bestimmte Akteurinnen und Akteure, beispielsweise populistische, politische Akteure, oder auch Alternativmedien besonders viele negative Emotionen provozieren und dadurch auch sichtbarer werden in den Plattformen, also diese Strategien bewusst einsetzen, um ihre Inhalte sichtbar zu machen. Das wiederum macht es für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schwerer, mit neutralen, faktenorientierten Informationen durchzudringen.

(Folie 7)

KI, künstliche Intelligenz, hat diese Dynamiken noch verstärkt. Wir haben viel darüber gesprochen (insbesondere letztes Jahr vor den Wahlen in Europa, aber auch vor der Bundestagswahl in diesem Jahr), welche Rolle Deep Fakes spielen können. Gleichzeitig werden Chatbots wie ChatGPT, aber auch Bing zunehmend als Informationsquelle verwendet.

Die Studie, die Sie hier sehen, hat beispielsweise gezeigt, dass ein Viertel der Antworten zu Wahlen von Bing falsch waren. Das ist insbesondere dann schwierig, wenn Menschen diese Chatbots als Informationsquelle verwenden.

Gleichzeitig nutzen auch Produzentinnen und Produzenten von Desinformation diese KI-Tools, um Inhalte zu generieren, und diese Inhalte sind dann häufig noch glaubwürdiger als wahre Inhalte, weil sie einfach formuliert sind, weil sie zugänglich sind und Menschen sie dort besser verstehen können.

KI kann natürlich auch eine Chance sein, um falsche Inhalte aufzufinden, auch generierte Inhalte aufzufinden. Aber die Technologien zur Produktion entwickeln sich auch weiter, und so haben wir eine Art Katz-und-Maus-Spiel zwischen Detektion und Produktion dieser Inhalte.

(Folie 8)

Ich komme zum Thema Vertrauen. Wir haben schon viel darüber gehört, wie wichtig Vertrauen auch in der Wissenschaft ist. In Bezug auf Desinformation sehen wir, dass ein geringes Vertrauen in Institutionen, in Forschung, aber vor allen Dingen auch in Medien und Politik die Anfälligkeit für Desinformation erhöht.

Es kommt natürlich darauf an, in welchem Umfeld man sich bewegt. In autoritären Systemen sieht es anders aus als in Demokratien, aber das Vertrauen spielt eine große Rolle. Denn wenn Regierungen beispielsweise der Klimawissenschaft kritisch gegenüberstehen und diese Position ablehnen, dann sind auch Wählerinnen und Wähler eher bereit, beispielsweise klimaskeptische Inhalte weiter zu verbreiten in digitalen Medien.

(Folie 9)

Was können wir jetzt daraus mitnehmen und wie können wir damit umgehen? Ich denke, hier ist ein Zusammenspiel von verschiedenen Ebenen wichtig. Zunächst einmal: Trotz dieser Herausforderungen, die ich skizziert habe, ist es wichtig, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf diesen Plattformen präsent sind, um diejenigen zu erreichen, die sich dort informieren. Das müssen sie in einer Art und Weise tun, die verständlich ist, die auch interessant ist, also eine gewisse Aufmerksamkeit erregt, ohne aber Abstriche zu machen bei der Qualität. Das ist eine große Herausforderung, da wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler häufig nicht darin trainiert werden, so zu kommunizieren.

Da spielen auch die Institutionen und die Politik eine große Rolle. Hier ist es wichtig, die Sichtbarkeit von verlässlichen Informationen zu fördern. Das gilt beispielsweise für bestimmte Medieninhalte (in einigen Ländern wird das auch gemacht),

aber auch in Bezug auf Regulierung. Mit dem Digital Service Act haben wir auf europäischer Ebene ein erstes Regelwerk. Auch die Plattformen sind in der Verantwortung, hier Qualitätssignale einzuführen, Fact-Checking zu betreiben. Allerdings sind diese Plattformen häufig in den USA oder in China angesiedelt. Da wird diese Verantwortung häufig nicht wahrgenommen.

Zusammenfassend kann man sagen: Digitale Plattformen bieten ein enormes Potenzial für Wissenschaft, um Transfer zu leisten, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu kommunizieren. Aber es gibt auch eine Reihe von Herausforderungen in Bezug auf Desinformation, in Bezug auf neue KI-Dynamiken, die das Ganze erschweren. Hier ist eine gemeinsame Zusammenarbeit wichtig, um Resilienz zu stärken und um Vertrauen zu fördern. Darauf können wir jetzt in der Diskussion noch eingehen. Vielen Dank.

Moderiertes Gespräch

Moderation: Cornelia Betsch · Deutscher Ethikrat

Herzlichen Dank.

Ich würde jetzt gern auf verschiedene Themen eingehen. Einmal ist Komplexität und Unsicherheit etwas, was natürlich mit Wissenschaft mitkommt. Welche Rolle spielen da die Plattformen? Was passiert, wenn wissenschaftliche Themen politisiert werden? Und was hilft konkret, das Vertrauen zu stärken?

Dazu können wir verschiedene Runden machen. Ich würde gern anfangen mit der Frage: Wie wichtig ist es eigentlich, dass Unsicherheit mit kommuniziert wird, für das Vertrauen in die Wissenschaft, Lars Guenther?

Lars Guenther

Danke für die Frage. Für uns ist es tatsächlich ein Vertrauensindikator, wenn über wissenschaftliche Unsicherheit transparent gesprochen wird. So haben wir es modelliert.

Es basiert auf der Annahme, dass Unsicherheit eine unglaublich wichtige Größe im Wissenschaftssystem ist und deswegen auch automatisch Bestandteil von Wissenschaftskommunikation sein sollte. Es gibt Forschungsergebnisse dazu, also Rezeptionsexperimente, wo getestet wird, wie eine unsichere Kommunikation im Vergleich zu einer sicheren Kommunikation wirkt. Die Evidenzlagen sind da gemischt, aber die meisten Studien unterstützen das und sagen, dass man mit einer Unsicherheitskommunikation durchaus Vertrauen in die Quelle oder auch in den Inhalt stärken kann.

Vielleicht noch als Gedanke dazu: Der Presserat sagt, bezogen auf medizinische Themen – dort ist festgeschrieben, dass man bei medizinischen Forschungsergebnissen, die noch vorläufig sind, das erwähnen soll, um keine falschen Hoffnungen unter dem Publikum zu streuen. Ich glaube, dass das ein wichtiges und ein berechtigtes Anliegen ist, und würde es gern ausdehnen wollen und nicht nur auf medizinische Forschung beziehen.

Cornelia Betsch

Aber zu sagen: „Das wissen wir noch nicht so genau“ oder „ich weiß es nicht“ oder die Unsicherheit zu kommunizieren, ist ja nicht etwas, was auf TikTok läuft wie geschnitten Brot, würde ich sagen.

Wie kann man sich als Forscher, als Forschende an diese Logik anpassen? Wie kann man da die Balance halten, dass Qualität und Integrität erhalten bleiben, auch wenn man auf Plattformen unterwegs ist, wo man vielleicht wenig Zeit hat

und wo die Logik eine andere ist, Edda Humprecht?

Edda Humprecht

Ich denke, erst mal ist es wichtig zu wissen, an welches Zielpublikum gerichtet man kommuniziert. Das unterscheidet sich deutlich zwischen den Plattformen: TikTok hat eine ganz andere Zielgruppe als Instagram, und das muss man zunächst einmal wissen.

Dann zeigen Untersuchungen, dass es häufig hilfreich ist, nah am Alltag der Personen dran zu sein, also Beispiele zu wählen, die dem Alltag dieser Zielgruppe entsprechen, um diese Komplexität ein bisschen runterzubringen.

Cornelia Betsch

Es gibt ja Themen, die leben geradezu von der wissenschaftlichen Unsicherheit, zum Beispiel der Tiefseebergbau. Da geht es zum Beispiel um die Frage, wie gefährlich es eigentlich ist oder wie sehr man in das Ökosystem eingreift, wenn man Manganknollen vom Ozeanboden sammelt. Das ist so ein Thema. Vielleicht könnten Sie daran noch mal entfalten, Marlene Halbach Theile, welche Rolle Wissenschaftsjournalismus bei solchen Themen mit großer wissenschaftlicher Unsicherheit und Interessen einnehmen kann.

Marlene Halbach Theile

Es ist wichtig, erst mal zu differenzieren: In welchem Format rede ich darüber? Das ist ähnlich wie bei den Plattformlogiken. Reiner Nachrichtenjournalismus vermeldet eben. Das ist auch eine sehr wichtige Funktion, aber daran muss sich eine differenzierte Berichterstattung anschließen: Wovüber reden wir hier eigentlich?

Und beim Tiefseebergbau ist es so – Trump hat ein Dekret unterzeichnet, dass jetzt ein Land sozusagen loslegen soll. Es gibt aber eine internationale Vereinbarung, erst mal nichts zu machen,

zum Beispiel im Bereich Tiefseebergbau. Es gibt kein Regelwerk, nach dem das passieren kann. Er prescht somit vor und schafft Fakten.

So, was sollte Wissenschaftsjournalismus jetzt da tun? Tiefer reingehen und schauen, warum es noch kein internationales Regelwerk gibt? Denn auf der wissenschaftlichen Seite herrscht eine riesige Unsicherheit zum Beispiel darüber, welche Folgen das haben kann. Tiefsee an sich ist schon ein Thema, das wenig erforscht ist, und dann noch von einer konkreten Handlung in der Tiefsee die Folgen abzuschätzen, das ist irre aufwendig und irre komplex.

Das aber zu adressieren und nicht einfach Narrative zu übernehmen von NGOs, die zum Beispiel sagen: „Super, es wurde schon wieder kein internationales Abkommen erlassen, also somit kein Tiefseebergbau“, das ist zu kurz gegriffen, denn die Wissenschaft versucht dort Richtlinien zu entwickeln, braucht aber noch viel mehr Evidenz dazu, um verlässlich (also so gut, wie es eben geht) abschätzen zu können: Was sind denn die Folgen? Welche Spezies sind da betroffen?

Da gibt es Themenfelder noch und nöcher, wo man einsteigen kann, angefangen bei der These: Wozu brauchen wir das Ganze eigentlich? Wozu wollen wir das machen, da Manganknollen zu heben? Die Energiewende wird da immer angeführt. Da sagen andere NGOs: „Wir brauchen das dringend für die Energiewende, denn sonst können wir den Bedarf an kritischen Rohstoffen nicht decken.“ Stimmt das überhaupt?

Auch da kann man wieder einen ganzen Strang verfolgen, Unsicherheiten aufdecken: Wie gehen überhaupt Modellierungen in die Zukunft? Wie viele kritische Rohstoffe für Batterien brauchen wir denn? Was weiß die Wissenschaft dazu? Es gibt an jedem Punkt (gerade da, wo es unsicher wird) spannende Geschichten zu erzählen, die man auch auffächern kann, und diesen Raum

sollte man nutzen, nicht nur als „Vorsicht, Vorsicht“, sondern vielleicht auch als eine Idee, um gute Geschichten zu finden.

Cornelia Betsch

Also noch mal umzudrehen: die Unsicherheit als Geschichte, ja, interessant.

Redaktionen sind auch den Mechanismen des Marktes unterworfen, und manche Themen generieren viel Aufmerksamkeit, gerade wenn sie in der politischen Debatte gezündet haben. Das haben wir in der Pandemie oft erlebt, dass wissenschaftliche Themen auch in anderen Ressorts behandelt werden.

Vielleicht können wir erst mal die Grundlage legen, Lars Guenther. Was wissen wir aus der Journalismusforschung, woher kommen überhaupt wissenschaftliche Themen? Wie werden die ausgewählt? Wie kommen sie in die Medien?

Lars Guenther

Spannende Frage. Theoretisch würde man sagen, dass es verschiedene Einflussfaktoren auf verschiedenen Ebenen sind. Ich kann das ja mal aus der Forschungsperspektive erzählen.

Stellt man sich die verschiedenen Ebenen vor, dann gibt es erst mal irgendwas Externes, also was ist das überhaupt für ein neues wissenschaftliches Ergebnis? Wo ist das publiziert? Ist das ein High Impact Journal? Gibt es eine Pressemitteilung dazu? Das wären die Voraussetzungen dafür, dass das Thema in den Redaktionen ankommt.

Ist es dann in den Redaktionen, dann fungieren die natürlich auch als Organisationen, also was sind da die Hierarchien? Wer trifft welche Entscheidungen? Wie selbstständig sind die Journalist:innen in ihrer Auswahl oder in ihrer Herangehensweise an die Themen?

Dafür haben sie verschiedene professionelle Logiken und Routinen entwickelt. Das sind zum

Beispiel Nachrichtenfaktoren: Was sind die ereignisbezogenen Merkmale, die mit dem wissenschaftlichen Ergebnis daherkommen oder die man dem auch zuschreiben kann, um es herauszustellen? Hat das eine Reichweite? Ist es relevant? Ist vielleicht eine Kontroverse dabei? Sind die Themen etabliert? Das sind alles Faktoren, mit denen man spielen kann.

Letztlich sind auf der individuellen Ebene Journalist:innen natürlich auch Personen und haben eigenständige Interessen und für manche Themen vielleicht mehr als für andere, oder haben vielleicht auch bestimmte Rollenkonzeptionen, wo sie sich verwirklichen wollen. Eine Person, die eine neutrale Informationsvermittlerin sein möchte, geht an das Thema anders heran als beispielsweise ein Critical Watchdog. Da kommen viele verschiedene Faktoren zusammen. Hier gibt es keine eindeutige Antwort, aber so würde ich es aus einer theoretischen Perspektive zusammenfassen.

Cornelia Betsch

In dem Vortrag kam auch die Meta-Expertise über das Wissenschaftssystem vor, die Wissenschaftsjournalisten haben. Wir sehen ja immer wieder, dass Themen politisiert werden. Dann rutschen sie auch in andere Ressorts. Vielleicht ist das auch noch mal ein interessanter Aspekt. Was kann man denn dazu sagen, was beobachtet ihr da vielleicht auch aus der Perspektive des SMC? Was macht das mit den Themen, wenn sie vom Wissenschaftsressort ins politische Ressort rutschen?

Marlene Halbach Theile

Es gibt verschiedene Genesen eines Themas. Was du [zu Lars Guenther] sagst: Publikation in einem High Impact Journal kann für Journalismus ein Anlass sein, darauf zu reagieren. Das passiert meistens in den Wissenschaftsressorts, weil nur die Kapazitäten und die Kompetenzen dazu

haben, Wissenschaft zu beobachten und sagen zu können: „Aha, das ist eine wichtige Studie, die zählt auf folgende Fragestellung ein, deswegen mache ich das zum Thema“, am besten noch mit weiteren Hintergrundinformationen zu Prozessen: Wie funktioniert Wissenschaft eigentlich etc.? Das funktioniert in einem Wissensressort oder bei spezialisierten Wissenschaftsjournalist:innen.

Die Problemlage ist, wenn das Thema über eine andere Route in die Öffentlichkeit oder in Redaktionen findet, sobald sich das politische Zentrum zum Beispiel dazu äußert: Irgendein Politiker, Politikerin nimmt ein Thema auf ihre Agenda, sagt etwas dazu. Dann wird es automatisch dadurch, dass der sich äußernde Mensch aus der Politik kommt, in Politikressorts behandelt. Das ist eine interne Logik. Man hat halt diese Ressort-Strukturen, und da herrschen ganz andere Vorgehensweisen als beim Journalismus. A sagt, B sagt. Das hat man häufig so. Es werden zwei Positionen gegenübergestellt, und dann kann sich derjenige, der das liest, aussuchen, welche er besser findet, oder erst mal abfragen: Was sagen denn die anderen dazu?

Bei Themen mit einem wissenschaftlichen Kern ist es schwierig, da einfach so Meinungen nebeneinanderzustellen, ohne eine Urteilkraft da reinzulegen oder mitzugeben: Wonach kann ich denn jetzt beurteilen, wer hier mehr Ahnung hat? Das kann Wissenschaftsjournalismus leisten. Der sitzt nur leider nicht in den Politikredaktionen.

Das heißt: Meistens läuft es so, dass ein Thema politisch aufgeladen wird, da reinkommt. In dem Moment, in dem das im politischen Zentrum diskutiert wird, ist quasi kein Durchkommen für wissenschaftliche Expertise mehr. Dann passiert das auf der Plattform.

Wir sehen auch aus Erfahrungen des Science Media Centers: Selbst wenn wir Wissenschaftler:innen – also wir sehen frühzeitig, dass dieses Thema kommt, und wir fragen Wissenschaftler:innen dazu, aber ist es unfassbar schwer, dass diese Statements von diesem System verarbeitet werden können, denn die denken: „Hä? Was soll ich denn jetzt mit einem wissenschaftlichen Statement? Denn ich habe doch meine Routine, ich mache: A sagt, B sagt.“ Also selbst wenn man versucht, zu beeinflussen, dass Wissenschaft auch mitten im politischen Diskurs stärker vorkommt, ist das super schwierig in den Redaktionen.

Vielleicht müsste man mal über die Organisation von Journalismus reden, dass man irgendwie schaut, dass es mehr Wissenschaftsjournalist:innen gibt, die auch über die Ressorts verteilt sind oder eben zu Rate gezogen werden. Dazu müsste man aber erst mal reflektieren, dass das Thema, über das man redet, einen wissenschaftlichen Kern hat. Allein das ist manchmal schon schwierig im Alltagsgeschäft zu reflektieren. Mindestens muss es aber dann eine Aufarbeitung geben, die sich auch mit dem wissenschaftlichen Kern in den Fachressorts beschäftigt. Aber das ist halt Tage später zu dem, was das politische Zentrum getan hat.

Cornelia Betsch

Also das Aufbrechen von Silos ist also auch im Journalismus ein Thema.

Der Tiefsee-Bergbau ist, glaube ich, in den sozialen Medien noch nicht als polarisiertes Thema aufgetreten; zumindest ist es mir nicht aufgefallen. Wann passiert so etwas denn? Was passiert in den sozialen Medien, dass sich Themen politisch aufladen? Und weiß man etwas darüber, was das am Ende mit dem Vertrauen in die Wissenschaft macht, wenn wissenschaftliche Themen in den sozialen Medien so polarisiert verarbeitet werden?

Edda Humprecht

Die wissenschaftlichen Themen werden meistens dann polarisiert, wenn sie politisch oder gesellschaftlich polarisiert sind. Das konnten wir während der Pandemie gut beobachten. Das gilt auch für andere Themen wie Klimawandel usw.

Häufig kommt das von außen, das heißt, es wird aufgegriffen von politischen Akteuren oder von anderen Akteur:innen, die kommunizieren und sich darauf beziehen, und dann gibt es eine Diskussion darüber.

Das Vertrauen in die Wissenschaft ist dann nicht in erster Linie angegriffen. Wir haben schon gehört, dass es gar nicht so schlimm darum steht, wie man gemeinhin manchmal denkt. Aber was durchaus passieren kann, ist, dass es Angriffe gegen einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gibt, die für die betroffenen Personen sehr schlimm sein können, und es gibt an den meisten Institutionen, Hochschulen kaum Schutzmechanismen. Es gibt auch keine Regelwerke, wie man sich verhält, die die Universität einhält, oder die sind nur rudimentär ausgebildet. Das ist ein großes Problem, denn ich hatte vorhin gesagt, es ist wichtig, dass Wissenschaft kommuniziert.

Gleichzeitig ist es eine zusätzliche Arbeitsaufgabe, die uns gestellt wird, dass Wissenschaftler:innen neben Forschung und Lehre (und nicht jeder kann noch fünf Social Media Accounts daneben haben und immer alles aufarbeiten) gegebenenfalls auch noch auf solche Shitstorms im Extremfall reagieren.

Das ist eine große Problematik. Hier fehlen Maßnahmen und Trainings auch für Nachwuchswissenschaftler, um sie heranzuführen, aber auch Hilfestellungen vonseiten der Universitäten und der Forschungsinstitutionen, die das fördern und die Transfer als wichtig empfinden, um es zu unterstützen und aufzubereiten.

Cornelia Betsch

Wir machen eine jetzt Abschlussrunde, bevor wir ins Publikum geben. Ist das auch das, was du dir wünschen würdest? In Bezug auf Stärkung, Vertrauen in die Wissenschaft – was würdest du dir von den sozialen Medien und den Wissenschaftler:innen wünschen, von den Plattformen in Interaktion?

Edda Humprecht

Es gibt tolle Beispiele für Wissenschaftskommunikation, sowohl vonseiten der Medien als auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die über ihre Wissenschaft kommunizieren und in Kontakt mit vielen unterschiedlichen Stakeholdern treten und von denen man viel lernen kann.

Ich finde es sehr bereichernd, wenn ich aus verschiedenen Fächern Dinge lese und damit in Kontakt komme, und ich denke, das sollten Role Models, Vorbilder sein. Das muss man früh lernen. Genauso wie man lernen muss, wie Reviewprozesse funktionieren und wie andere Abläufe im Wissenschaftsbetrieb sind, muss das gestärkt werden. Das heißt nicht, dass jeder diese Kompetenzen gleichermaßen haben muss, aber zumindest sollte das ein Teil der Ausbildung sein.

Cornelia Betsch

Wie sieht es mit dem Wissenschaftsjournalismus aus?

Marlene Halbach Theile

Als Zukunftsperspektive?

Cornelia Betsch

Ja.

Marlene Halbach Theile

Ich würde mir vom Wissenschaftsjournalismus wünschen, dass er neue Formate entwickelt. Auf diesen Plattformen müssen nicht nur die Wissenschaftler:innen auftauchen, sondern auch der

Qualitätsjournalismus, um unabhängige Informationen zur Verfügung zu stellen. Dazu braucht es aber neue Formate, dazu braucht es Menschen, die davon Ahnung haben, und Geld und Wertschätzung für dieses Fachgebiet im Journalismus. Ich würde mir wünschen, dass sich das in der Zukunft so bisschen stärker ausbaut.

Geld ist natürlich in der Journalismusförderung ein eigenes Thema und schwierig. Ich denke, dass es trotzdem Wege gibt, zum Beispiel kleine Start-ups oder Zusammenschlüsse von freien Journalist:innen zu fördern, die sich einen kleinen Bereich raussuchen, in dem sie gut sind und in dem sie auf verschiedenen Plattformen da sein können, abseits von den großen Medienhäusern, also ebenso Intermediärsstrukturen zu schaffen zwischen Journalismus und Wissenschaft, wie das Science Media Center es ja auch ist.

Das stärker zu fördern, kann sinnvoll sein, und es auszubilden in Redaktionen, in wissenschaftsjournalistischen Redaktionen, wie zum Beispiel generative KI-Systeme eingesetzt werden können, um irgendwo Effizienzen zu erzeugen, damit man mehr Raum hat für tiefere Recherche, für die wichtigen Themen. Da gibt es sicherlich Aufgaben, die man geprüften Systemen übergeben oder gleichzeitig mit KI machen kann. Auch da würde ich mir mehr Aktivität wünschen.

Cornelia Betsch

Danke. Wie sieht es mit der Wissenschaftskommunikation und den Wissenschaftler:innen aus?

Lars Guenther

Die Antwort geht in eine ähnliche Richtung. Ich würde auch sagen, das sind zum einen die Formate. Wir erreichen verschiedene Teilpublika mit verschiedenen Formaten. Wir werden nie alle erreichen, das ist klar. Wir haben oft das Problem, dass wir besonders diejenigen erreichen, die so-

wieso an der Wissenschaft interessiert sind. Deswegen kann ich es nur unterstützen, nach neuen Formaten zu suchen.

Grundsätzlich würde ich immer sagen, dass es eine vertrauensvolle, transparente Kommunikation sein soll. Ich breche eine starke Lanze dafür, über Unsicherheit zu sprechen, weil ich davon überzeugt bin, dass uns das positiv zugutekommt. So wie wir in der Wissenschaft akzeptieren, dass Dinge unsicher sind, glaube ich, dass wir das auch von unserem Publikum erwarten oder gesellschaftliche Lern- oder Veränderungsprozesse einfach anstoßen können.

Zwei Dinge möchte ich gern unterstreichen, weil ich sie extrem wichtig fand. Das eine ist: Diese Direktive dabei, dass wir mehr Wissenschaftskommunikation und mehr Formate brauchen, dürfen wir nicht fälschlicherweise übersetzen in: Wir müssen das alle tun. Wir kommen mit verschiedenen Eigenschaften und mit verschiedenen Backgrounds. Es liegt uns auch einfach nicht allen. Das sollte Grund genug sein, dass wir das nicht alle machen.

Das Zweite ist (das kam bei Edda Humprecht ein bisschen raus): Wenn wir in einen Zustand geraten, in dem mehr Leute Wissenschaftskommunikation machen, dann müssen die auch geschützt sein. Zum einen brauchen sie die notwendige Ausbildung dafür (ich glaube, da können wir noch einiges tun), und zum anderen müssen sie geschützt sein in dem Sinne, dass sie damit den Raum öffnen für Anfeindungen und dafür einfach auch Schutzmechanismen gegründet werden. Wir haben den Scicomm-Support in Deutschland. Das ist ein guter Startpunkt. Ich denke aber, dass wir mehr tun können.

Cornelia Betsch

Herzlichen Dank. Dann darf ich jetzt Annette Riedel als Publikumsanwältin hierher bitten. Wir

nehmen Fragen abwechselnd von Slido und aus dem Saal. Ich sehe hier schon jemand am Mikrofon. Vielleicht sagen Sie kurz, wer Sie sind, und stellen Ihre Frage, Vielen Dank.

Frau NN

Mir ist in allen Beiträgen schon am Vormittag, aber insbesondere heute Nachmittag aufgefallen, dass der Fokus aller Betrachtungen sehr stark auf den Produzenten wissenschaftlicher Erkenntnisse und auf die Vermittler wissenschaftlicher Inhalte gelegt wird. Es war die Rede von bestimmten kommunikativen Kompetenzen, wie Übersetzungskompetenz, rhetorische Fähigkeiten oder öffentlichkeitswirksames Auftreten. Es war dann von Medien die Rede, von Formaten oder von anderen journalistischen Formen der Vermittlung.

Ich denke aber, dass gelingende Kommunikation nicht nur vom Sender abhängt, sondern auch vom Empfänger. Es wurden verschiedene Adressatengruppen angesprochen und wie skeptisch oder weniger skeptisch die gegenüber solchen Inhalten sind. Ich denke, dass für gelingende Kommunikation auch Bedingung ist, überhaupt etwas verstehen zu können und dann vielleicht auch kritisch zu hinterfragen oder eine gewisse Urteilskraft mitzubringen.

Ich möchte das an einem Beispiel erklären. In Zeitungen, in persönlichen Gesprächen, früher bei mir im Unterricht oder in seriösen Wissenschaftsmagazinen kommt immer wieder der Begriff CO₂-Verbrauch vor, steigender CO₂-Verbrauch. Wenn es möglich wäre, dass wir CO₂ verbrauchen, hätten wir ja ein essenzielles globales Problem gelöst. Und das liest man so oft; ich habe schon Strichlisten gemacht.

Das weist doch darauf hin, dass grundlegende naturwissenschaftliche Kenntnisse nicht vorhanden sind, um überhaupt etwas kritisch auch aufzunehmen. Es sind nur die Kriterien Vertrauen oder

Nichtvertrauen genannt worden aufseiten der Adressaten. Das ist mir ein bisschen wenig. Ich weiß nicht, was man – wo der Ansatzpunkt wäre. Aber ich denke, da muss viel früher angesetzt werden, denn es wählen jetzt schon 16-Jährige oder 18-Jährige und treffen Entscheidungen und gestalten unsere Gesellschaft. Ich denke, das darf einem nicht gleichgültig sein.

Cornelia Betsch

Vielen Dank für die wichtige Frage: Was wissen Zuhörer eigentlich? Wo fällt das Wissen hin? Wer möchte sich dazu äußern?

Marlene Halbach Theile

Ich glaube, dass wir heute im Journalismus viel darüber wissen, wer da liest und zuhört. Ich glaube, da nimmt die Informationsdichte zu in Redaktionen, und damit sollten wir natürlich auch etwas machen. Da würde ich Ihnen recht geben. Ich kenne leider die Beispiele nicht. Natürlich gibt es auch schlechte Beispiele, das wollte ich jetzt nicht vom Tisch –

[Zwischenruf Frau NN, unverständlich]

Da wären wir bei Bildungspolitik. Da wäre ich nicht die richtige Ansprechpartnerin. Aber ich sehe Ihren Punkt und würde da persönlich auch ein bisschen mitgehen. Aber was hier wichtig ist: Was macht der Journalismus mit den Informationen, die er aus den Zielgruppen zurückbekommt? Deswegen ging dieses: neue Formate entwickeln, um Menschen überhaupt abzuholen, ein bisschen in die Richtung, glaube ich. Wie kann man auf diesen Plattformen auch junge Zielgruppen erreichen?

Und was im Sinne von Bildung in der Schule passieren soll, da hätte ich auch eine persönliche Meinung, aber das ist nicht Thema hier heute. Das würde ich ein bisschen abmoderieren, außer ihr hättet dazu noch weitere Ideen.

Lars Guenther

Nicht direkt dazu, aber ich kann nur unterstreichen: Mir ist bewusst, dass diese Vorträge stark aus einer Kommunikator- und Inhaltsperspektive aufbereitet wurden. Das heißt aber keineswegs, dass die Publikumperspektive nicht bedeutend sei. Wir haben das mit drin. Wir führen Fokusgruppen, wir bilden Rezeptionsexperimente. Das ist alles da, nur in zehn Minuten nicht abdeckbar.

Cornelia Betsch

Ja, das ist eine schöne Demonstration, dass in der Kürze der Zeit nicht immer alles gesagt werden kann. Wolltest du etwas ergänzen?

[Edda Humprecht: winkt ab]

Sonst gehen wir ins Slido. Was haben wir da für Fragen?

Annette Riedel

Erst mal herzlichen Dank an alle Fragen im Slido. Wir haben eine Menge Fragen und ich nehme jetzt die, die am höchsten gevotet sind.

Ein Thema, worüber Sie auch schon gesprochen haben, ist die Qualifikation und Ausbildung von Forschenden. Wie sollen die im Umgang mit Medien qualifiziert werden, insbesondere dahingehend, dass eben auch eine Gefahr besteht, wenn alles schnell und kurz sein muss, dass es eben Halbwahrheiten sind, die am Ende da stehen? Also dass man auch die Forschenden qualifiziert und sensibilisiert.

Lars Guenther

Diverse Universitäten haben angefangen, Zusatzprogramme oder Zusatzqualifikationen in Wissenschaftskommunikation anzubieten. Manche sind auch spezifischer, da geht es um Fernsehtraining, da geht es um: „Wie schreibe ich einen populärwissenschaftlichen Beitrag?“ oder anderes. Das sind erste Formate, die jetzt aufgekommen sind. Es gibt das NaWik, das Nationale Institut für

Wissenschaftskommunikation, wo man Kurse buchen und besuchen kann. Es gibt diverse Möglichkeiten. Also jede und jeder, der, die das will, kann das machen.

Natürlich läuft man immer Gefahr, dass da etwas in der praktischen Zusammenarbeit oder der Umsetzung nicht klappt. Ich kann auch, keine Ahnung – ich gehe in ein Science Café und werde dann konfrontiert mit einem Publikum, das nicht meiner Ansicht folgt und mich angreift oder so. Diese Dinge können passieren, und denen kann man auch nicht vorbeugen.

Was ich aber zumindest aus der Zusammenarbeit mit dem Journalismus sagen kann, ist: Klar, der Zeitdruck ist hoch, aber in der Regel wird gerade bei Wissenschaftskommunikation oder Wissenschaftsjournalismus der Text noch mal vorgelegt und auch final von wissenschaftlicher Seite abgesegnet. Da gibt es diverse Mechanismen, die dafür sorgen können, dass das alles auch unter Zeitdruck richtig ist.

Edda Humprecht

Ich stimme dir dazu. Es gibt diese Angebote, aber es ist trotzdem ein zusätzlicher Arbeitsauftrag, der häufig gerade für junge Forschende schwer umzusetzen ist: Die Zeit, neben dem Publikationsdruck, neben dem Lehrdeputat usw. solche Kurse zu besuchen, ist nicht immer gegeben. Das muss man auch sagen.

Wir tun uns schon schwer, komplexe Inhalte in einem Zehn-Minuten-Vortrag wiederzugeben. Das in anderthalb Minuten in einem Reel zu machen, ist natürlich ganz schwer. Es gelingt wahrscheinlich nicht immer, eine neue Studie in der Komplexität abzubilden. Aber ich denke trotzdem, dass es über die Plattform möglich ist, in Austausch zu treten, mit Journalistinnen und Journalisten in Kontakt zu kommen oder durch

die Interaktionsmöglichkeiten auf Kommentare der interessierten Personen einzugehen.

Marlene Halbach Theile

Mir hat mal ein Wissenschaftler gesagt: „Hätte ich mehr Zeit gehabt, hätte ich es auch kürzer schreiben können“, das war eine Kollegin in unserem SMC-Kontext. Es ist viel aufwendiger, ganz kurz und den einen Punkt rauszuarbeiten, der für diese Zielgruppe genau richtig ist. Deswegen ist es auch so aufwendig.

Ich glaube aber, dass dahinter trotzdem immer noch ein Angebot stehen muss, selbst hinter den kürzesten Beiträgen, die ehrlicherweise nicht mehr als Lust machen können auf: „Das würde ich jetzt gern genauer verstehen“, denn das kann man nicht in 20 oder 30 Sekunden. Das sind wirklich nur Miniclips. Das funktioniert nicht. Aber das könnte der Anker sein, um wissenschaftliche Themen irgendwie vorkommen zu lassen, um dann woanders hinzuleiten, wo wirkliche Informationen mit Tiefe angeboten werden, die dann rezipiert werden können, nur weil man auf den Plattformen war und gesagt hat: „Hallo, hier ist ein interessantes Thema, kommt mal zu uns.“

Cornelia Betsch

Das erinnert mich an den Bite-Snack-Meal-Approach: Manche Leute wollen nur mal reinbeißen, manche wollen snacken und manche wollen eine ganze Mahlzeit. Wenn man über Formate nachdenkt, sind das Möglichkeiten, wie man Dinge aufbereiten kann.

Herr Strohschneider hatte sich als Nächstes gemeldet.

Peter Strohschneider

Der Wissenschaftler, der gesagt hat: „Es kürzer zu machen, hat mir die Zeit gefehlt“, heißt Immanuel Kant, und der hat Ihnen das, glaube ich, nicht gesagt.

Cornelia Betsch

Den meinte ich auch nicht.

Peter Strohschneider

Ich will ein Votum abgeben für eine präzise Unterscheidung von Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus.

Wissenschaftskommunikation, vielfach gefordert, politisch gehypt, überfinanziert, würde ich sagen, ist Selbstbeobachtung von Wissenschaft, und die Annahme, dass die Selbstbeobachtung von Wissenschaft und deren Kommunikation ein besonders gutes Antidot gegen erodierendes Wissenschaftsvertrauen ist, dass man also besonders denen Aufmerksamkeit schenkt und glaubt, die sagen: „Wir sind so gut, wir brauchen mehr Geld“, diese Annahme ist nicht plausibel.

Das gilt auch (das erlaube ich mir zu sagen, weil ich dafür in meiner Berufsbiografie ziemlich lange verantwortlich war) für Wissenschaft im Dialog und das Wissenschaftsbarometer.

Was wirklich ein Problem ist, würde ich sagen, ist die Fremdbeobachtung von Wissenschaft, also die journalistische, kritische Fremdbeobachtung von Wissenschaft. Diese Fremdbeobachtung von Wissenschaft ist ganz wesentlich Science-Beobachtung, Beobachtung von Sciences, im englischen Wortsinne, nicht von Wissenschaft in dem integralen deutschen oder kontinentaleuropäischen Wortsinne. Das kann man beobachten, wenn man die Ressorts anguckt. Das ist einerseits das Science-Ressort in den Medien und andererseits das Politik-Innenpolitik-Ressort, wo über Wissenschaftspolitik gesprochen wird. Das ist aber drittens auch das Feuilleton. Im Feuilleton findet eine systematische Beobachtung von Geistes- und Sozialwissen statt. Das ist deswegen ein Problem, weil man (und ich nehme ein Beispiel, das Sie selbst gewählt haben) sehen kann, wie die für die Gesellschaft entstehenden Probleme viel

komplexer sind, als sie aus der Science-Beobachtungsperspektive erscheinen. Die Manganknollen sind ein Biodiversitätsproblem und ein geophysikalisches Problem. Sie sind ein ungeheures Machtproblem, ein Problem der Verrechtlichung der Wirtschaftsverhältnisse auf dem Ozeanboden.

Ich mache Werbung für ein Buch von Isabel Feichtner, „Bodenschätze“, das vom Mietsystem in Berlin und der Regulierung des Ozeanbodens durch die Vereinten Nationen handelt. Aber das sind Themen, die in der Arbeitsteilung des Journalismus untergehen, und das ist ein wirkliches Problem, an dem man arbeiten muss.

Cornelia Betsch

Vielen Dank für dieses Votum. Gibt es aus der Ecke des Wissenschaftsjournalismus oder der Wissenschaftskommunikation da etwas zu ergänzen?

Marlene Halbach Theile

Ich würde sagen d'accord.

Lars Guenther

Passt.

Cornelia Betsch

Dann wechseln wir wieder ins Slido.

Annette Riedel

Wir haben noch eine Frage, die auch sehr hoch gevotet wurde. Vielleicht geht man jetzt in eine andere Richtung, und zwar, dass die Politik den Rahmen für die Wissenschaft schafft; das haben wir ja auch gehört. Das setzt aber voraus, beschreibt der oder die Fragestellende, dass Politik ein substanzielles Interesse an der Generierung von Evidenz hat. Und das kann ja kippen, das haben wir heute Morgen schon mehrfach gehört, am Beispiel der USA.

Muss Wissenschaft hier schneller und sogar aktivistisch werden, um dem entgegenzutreten oder

etwas entgegenzusetzen? Welche Verantwortung hat die Wissenschaft an der Stelle?

Edda Humprecht

Das ist wirklich eine der brennenden Fragen der Zeit, wenn man in die USA schaut, und eine, die sehr umstritten ist. Es gibt Untersuchungen dazu, wie Wissenschaftler:innen ihre Rolle selbst in diesem Zusammenhang wahrnehmen. Da sieht man deutliche Unterschiede zwischen den Fächern. Während Naturwissenschaftler:innen ihre Rolle eher als nicht aktivistisch sehen, sind es eher Sozial- und Geisteswissenschaftler, die das doch als wichtig ansehen; oder sie sagen, es gibt da eigentlich keine Unterscheidungen. In dem Moment, in dem ich Forschungsfragen stelle, die gesellschaftlich relevant sind, ist das auch ein Auftrag, darüber zu kommunizieren. Ich denke, es ist vom jeweiligen Forschungsfeld, vom jeweiligen Fall abhängig.

Wenn das Wissenschaftssystem so sehr unter Druck ist wie in den USA, ist man natürlich in einer anderen Situation, die durchaus viele Konsequenzen hat und auch andere Fragen an Ausstattung, an personelle Konsequenzen usw. nach sich zieht.

Lars Guenther

Ich kann das nur unterstützen. Das ist auch mein letzter Stand, dass Forschung dazu vorliegt, wie verschiedene Wissenschaftler:innen ihre Rolle wahrnehmen und dass sie sich auch unterschiedlich zu Aktivismus positionieren. Aus der Klimawissenschaft weiß ich, dass da die Bereitschaft höher ist.

Auch aus einer historischen Perspektive ist das spannend, denn der Begriff Klimakatastrophe ist damals von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft ausgegangen, die diese schon wahrgenommen hat, über eine Pressemitteilung an die Öffent-

lichkeit zu treten, und damit überhaupt erst journalistische Berichterstattung über den Klimawandel in Deutschland initiiert hat. Es gibt da also auch historische Beispiele, und am Ende ist es auch eine individuelle Entscheidung.

Marlene Halbach Theile

Ich würde noch eine Frage in den Raum stellen: Müsste man da nicht eigentlich einen Unterschied machen, also: Welches Thema beobachte ich, in dem ich aktivistisch werden will, soll, wie auch immer? Ist es eher die Metaperspektive, wie jetzt in den USA: Es gibt Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit, auf den Bestandteil dieses Systems, das angegriffen wird, das einer demokratischen Funktion zugutekommt. Da fände ich es schon lauter, aufzustehen. Aber bei der Klimabewegung kann man, glaube ich, andere Nuancen finden, denn da geht es um das Thema.

Ich finde, wenn man sich eine Position zu eigen macht und aktivistisch diese inhaltliche Position streut, dann ist das etwas anderes, als wenn ich sage, das ist auf einer Metaebene: Mein System wird angegriffen oder die Relevanz oder die öffentliche Wahrnehmung. Dagegen kann ich mich stellen. Vielleicht ist das ein Unterschied? Ich bin keine Wissenschaftlerin, aber so würde ich darauf gucken: Ist es eher inhaltlich oder ist es wirklich systemisch?

Cornelia Betsch

Wenn wir inhaltlich gucken, wenn ich gerade noch mal in Richtung Wissenschaftsjournalismus fragen darf: Ist es ein Unterschied, ob sich Wissenschaftler:innen aktivistisch betätigen, zum Beispiel bei der Auswahl von Experten, und wie geht man damit um?

Marlene Halbach Theile

Gute Frage. Wir beschäftigen uns auch damit. Für uns ist erst mal das zugrunde liegende Expertisekriterium: Bewegt sich ein Mensch innerhalb der

vorliegenden Strömungen, der Evidenz, der Deutungsmuster, die innerhalb der Wissenschaft akzeptiert sind? Oder ist das komplett am Rand und nicht mehr Teil der Mitte eines wissenschaftlichen Diskurses? So könnte man da erst mal vorgehen.

Dann ist die Frage: Ist jemand, der sehr aktivistisch ist, auch in einer Funktion, die genau das soll? Also Vorsitzender eines Ich-weiß-es-nicht-Vereins oder tatsächlich aus der Wissenschaft heraus, Professur, forscht – so in die Richtung? Dann wird schon haariger.

Wir probieren dann auch die Rollen im SMC klarzumachen, die Fragen journalistisch so zu stellen, dass sie den inhaltlichen Kern dessen berühren, worüber wir gerade reden, und nicht auf diesen Rollenswitch einzugehen oder den zu befeuern, nur politische Statements bei uns abzugeben, sondern eher auf den wissenschaftlichen Kern: Wo liegen die Unsicherheiten? Was muss man bedenken? Das sind die journalistischen Fragestellungen, nicht, den aktivistischen Positionen noch Raum zu geben, sondern das passiert auf einer anderen Bühne.

Cornelia Betsch

Ich danke Ihnen für die Geduld. Wir würden jetzt gerne die beiden Fragen zusammennehmen.

Sira Groscurth

Hallo, Sira Groscurth von MARUM [Zentrum für Marine Umweltwissenschaften] an der Universität Bremen. Es ging heute schon viel darum, dass es Aufgabe der Wissenschaft ist, Wissen verständlich bereitzustellen, sei es für die Politik, sei es für die Gesellschaft.

Meine Frage wäre: Was würden Sie der Wissenschaft empfehlen, wie geht man mit Themen um wie zum Beispiel der Klimaforschung, Klimakrise, die von der Gesellschaft oft gar nicht mehr gehört werden wollen, was bis dahin führt, dass

zumindest jetzt in Bremen die Presse sagt: „Wir schreiben dazu gar nichts mehr, das will auch unser Publikum nicht lesen.“ Die stehen alle unter Druck, haben Sie gerade gesagt.

Dazu vielleicht noch ein weiterer Aspekt; das wurde mir aus der Landespolitik widergespiegelt, ich glaube, man kann es auf die Bundespolitik übertragen: Themen, die im gesellschaftlichen Fokus stehen, funktionieren auch in der Politik besser, denn alle denken: Ja, in vier Jahren und im Wahlkampf. Sprich, das, was gesellschaftlich nicht funktioniert oder was die Wissenschaft nicht schafft, in die Gesellschaft zu tragen, hat dann die Politikdimension.

Cornelia Betsch

Herzlichen Dank, dann nehmen wir Ihre Frage noch mit dazu.

Frau NN

Vielen Dank. Ich fand es spannend, das logisch zu durchdenken. Es wurde oft von der Logik der Medien und der Plattformen gesprochen, und wenn man das mal als Spiel auffasst, dann wirkt es für einen Wissenschaftler nicht sonderlich attraktiv, in dieses Spiel einzusteigen, da er quasi aus dem Haifischbecken schnell rausgeschmissen wird, möglicherweise negative Erfahrungen sammelt, dafür noch Zeit reinsteckt, die er eigentlich nicht hat, möglicherweise mit einer Expertise, die noch nicht vorhanden ist, und das Renommee im Wissenschaftskreis wird ja dadurch nicht unbedingt gestärkt.

Es wurde von Schutzmechanismen gesprochen. Ich habe überlegt, so als Gedankenspiel, ob es eine Möglichkeit wäre, eine eigenständige Plattform für wissenschaftliche Reels zu schaffen, ob das das Problem lösen würde, ob man dann einen geschützteren Rahmen hätte, der auch in einer Weise konsumiert werden könnte wie TikTok und

ähnliche Plattformen, dass man dort aber die Wissenschaftlichkeit eher rechtfertigen und eher sicherstellen könnte, wie zum Beispiel bei einem wissenschaftlichen Journal.

Cornelia Betsch

Vielen Dank. Wer möchte anfangen, die gesellschaftliche Relevanz und das Haifischbecken?

Lars Guenther

Ich kann gern anfangen. Zu der ersten Frage: Ich finde es schade zu hören, dass Leute empfinden, dass das Klimathema vorbei ist oder dass man das nicht mehr berichten kann. Das Thema ist nicht weg, sondern wird auch die nächsten Jahrzehnte noch da sein.

Ich würde es eher rumdrehen und sagen: Ja, dann überlegt euch halt (auch von journalistischer Seite), wie man das Thema aufgreifen kann, so dass man Publika trotzdem erreicht, auch wenn es vielleicht politisch gerade nicht das Mega-Thema ist. Ich würde also die Verantwortung eventuell weiterschieben, obwohl ich weiß, dass das auch nicht die nette Art ist.

Eine kurze Antwort auf die zweite Frage: Ich finde es auch hier spannend, dass die Ableitung ist: Das ist alles negativ, und das ist ein Haifischbecken. Es war nicht unser Anliegen, das so darzustellen. Es gibt Befragungen von Wissenschaftler:innen, die sich in verschiedenen Formaten ausgetobt haben, die glaube ich zu über 90 Prozent sagen würden: „Das war eine tolle Erfahrung. Das mache ich auf jeden Fall wieder, ich bin Wiederholungstäterin, weil mir das ganz viel bringt, auch für meine Arbeit.“

Ansätze zu Public Engagement with Science würden ja auch davon ausgehen, dass ich mit der Wissenschaftskommunikation schon früh beginne, bevor ich die Forschung überhaupt durchführe, um quasi noch einen Input reinzubekommen von

verschiedenen Publika, die mich in meiner Forschung eventuell auch anleiten, und gar nicht so sehr bezogen auf: Ich habe jetzt ein Ergebnis und muss das irgendwie kommunizieren. Ich glaube, da ist ganz viel zu gewinnen, aber natürlich muss es nicht so sein.

Edda Humprecht

Vielleicht kann man hier noch anfügen, dass das nicht immer nur über Plattformen oder Medien läuft, sondern auch häufig in Projekte integriert ist: Man hat beispielsweise Workshops mit Stakeholdern und lädt beispielsweise Bürgerinnen und Bürger ein. Auch das wird regelmäßig gemacht und ist eine Möglichkeit zu kommunizieren, wenn auch natürlich meistens mit einer interessierten kleineren Gruppe. Um auf Ihren Vorschlag für eine eigene Plattform zurückzukommen: Das wäre wahrscheinlich auch nur für eine spezifische Zielgruppe interessant.

Ich musste dabei aber auch an Twitter denken oder X. Das war ja lange Zeit gerade im deutschsprachigen Raum eine Plattform für Journalistinnen und Journalisten im Kontakt mit der Politik und mit Wissenschaftler:innen, also viel weniger breite Öffentlichkeit als beispielsweise in den USA. Man sieht: Dadurch, dass diese Plattformen privat-kommerziell orientiert sind, kann sich das schnell ändern. Es gibt auch zahlreiche Untersuchungen dazu, die gezeigt haben, wie sich nach der Übernahme durch Elon Musk das Kommunikationsklima verändert hat. Das ist natürlich ein Problem in dem Zusammenhang.

Deswegen denke ich nach wie vor, dass die Medien und insbesondere die öffentlich-rechtlichen Medien hier eine wichtige Rolle, eine wichtige Vermittlerrolle spielen und auch zum Beispiel Relevanz für bestimmte Themen herstellen können.

Marlene Halbach Theile

Ich würde noch ergänzen vor allen Dingen auf die erste Frage, dass das für mich auch ein Fragezeichen ist: Wohin geht die Reise überhaupt innerhalb dieser Plattformlogiken? Orientiere ich mich als Journalismus eigentlich nur noch daran, was meine Zielgruppe gerade spannend findet oder eben nicht? Und Klima sind wir gerade überdrüssig, dann lassen wir das. Das fände ich zu kurz gesprungen, auch für den Journalismus. Da würde ich mir etwas anderes wünschen: dass man sich trotzdem der Rolle bewusst wird, ein System zu beobachten (eben das der Wissenschaft oder was auch immer), in dem relevante Dinge passieren, auf die ich hinweisen muss, auf die ich als Journalist:in frühzeitig vielleicht auch die Bevölkerung hinweisen muss, damit eine Diskussion zustande kommt.

Das würde dem ein bisschen zuwiderlaufen: Daran kann ja noch keiner Interesse haben, also ich habe keine Erfahrungen zu diesem Thema, deswegen werde ich es nicht machen, weil ich weiß nicht, wie meine Zielgruppe darauf reagiert, oder ein Beitrag war nicht gut, dann lasse ich es lieber.

Ich finde schon, dass der Journalismus das Selbstbewusstsein haben sollte, auch Themen setzen zu können. Aber klar, das muss man innerhalb von Redaktionen argumentieren, die dann sagen: „Ja toll, das hat keine Abos generiert, das machen wir nicht mehr.“ Diese Strukturen gibt es, und die würde ich kritisieren im Sinne der großen Bedeutung des Journalismus für die Öffentlichkeit. Ich habe kein Patentrezept dafür. Es gibt ja Ansätze, dass konstruktiver Journalismus immer irgendwie eine Lösung mitliefert oder das ein bisschen positiv wendet, weil die Leute negativer Nachrichten überdrüssig sind. Auch da gibt es Kritikpunkte.

Ich glaube, da passiert gerade sehr viel im Feld und in der Praxis, um neue Wege zu suchen, wie man mit diesem Dilemma umgeht. Denn damit

fühlen sich viele Journalist:innen auch nicht wohl, würde ich sagen. Das machen sie nicht, um zu sagen: „Ich hab selber keinen Bock mehr auf das Thema.“ So ist es auch nicht, was ich in Redaktionen gespiegelt bekomme. Die kranken da auch richtig dran und wissen aber nicht, wie mit diesen Logiken auf Plattformen umzugehen ist, die so relevant geworden sind für Themenentscheidungen innerhalb von Redaktionen und für das Setzen von gesellschaftlich relevanten Themen, die wirklich besprochen werden müssten. Das ist ein offenes Feld, würde ich sagen, unzufriedenstellend.

Cornelia Betsch

Offenes Feld ist eine schöne Zusammenfassung unserer Diskussion. Wir sind am Ende der Zeit angelangt. Wir haben gesehen, wie sehr die Systeme miteinander verwoben sind: das wissenschaftliche System, das Mediensystem, das politische System und natürlich der Mensch an sich, der darin auch eine Rolle spielt.

Herzlichen Dank für das Teilen der Gedanken und der Expertise. Ich wünsche Ihnen eine schöne Kaffeepause.

IV. Wissenschaft – Politik – Gesellschaft: Wie kann ein konstruktiver Austausch gelingen?

Judith Simon

Herzlich willkommen zurück aus der Kaffeepause. Mein Name ist Judith Simon. Ich habe die Freude, Sie durch den letzten Teil dieses Tages begleiten zu dürfen.

Wir haben schon drei Blöcke gehabt. Im ersten haben wir uns beschäftigt mit der Frage, was Wissenschaft aus einer philosophischen und soziologischen Perspektive ausmacht. Dann haben wir uns im zweiten Block mit dem Wechselverhältnis

zwischen Wissenschaft und Politik beschäftigt und sind im dritten Block auf die Rolle der Öffentlichkeit und der Medien eingegangen. Die Idee für diesen vierten Block ist, alle Fäden ein Stück weit zusammenzubinden und zusammenzuführen. Dieser Block heißt: Wissenschaft – Politik – Gesellschaft. Wie kann ein konstruktiver Austausch miteinander gelingen?

Ich glaube, wir haben das schon gut vorbereitet und werden das gleich mit verschiedenen Gästen diskutieren. Bevor wir das aber machen, haben wir einen kurzen Videoeinspieler von Johannes Vogel. Er ist Professor für Biodiversität und Public Science an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Leiter des Museums für Naturkunde in Berlin. Und damit Film ab für das Video.

„Gemeinsam Wissen schaffen“ – Ein Videobeitrag mit Johannes Vogel, dem Generaldirektor des Museums für Naturkunde Berlin

Abschlusspodium

Moderation: Judith Simon · Deutscher Ethikrat

Vielen Dank. Wir hätten Herrn Vogel gerne hier gehabt und genauso Harald Lesch, der leider kurzfristig krankheitsbedingt abgesagt hat. Ich sage das deswegen, weil das zwei Personen gewesen wären, die eine bestimmte Schnittstelle bespielt hätten, nämlich eine an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit und bestimmten Medien. Wir haben zwar ein Panel zu Medien gehabt, aber jetzt ging es gerade um Museen und auch ein Stück weit um Fernsehen, und das ist etwas, was uns jetzt ein bisschen fehlt. Wir werden aber vieles andere aufgreifen können. Deswegen bitte ich jetzt meine Gäste aufs Podium und werde sie nacheinander vorstellen.

Bevor ich alle vorstelle: Es haben alle fünf Minuten Zeit für kurze Impulse. Danach haben wir eine

kurze Diskussion auf dem Podium und werden dann ins Publikum öffnen.

Ich fange an mit Herrn Schrögel. Er ist Gastwissenschaftler an der TU Chemnitz und am Bonn Lab for Analog Games and Imaginative Play und freiberuflicher Wissenschaftskommunikator, ist also genau an dieser Schnittstelle zur Öffentlichkeit, hat einen Schwerpunkt auf Citizen Science und Partizipation und Wissenschaftskommunikation und ist Berater und Moderator für Bürgerbeteiligungsverfahren. Damit gebe ich Ihnen das Wort.

Philipp Schrögel · Technische Universität Chemnitz

Herzlichen Dank.

Eine zentrale Botschaft, die ich zu Beginn platzieren möchte (und das hat sich auch schon in der Diskussion heute den Tag über herausgestellt): Wissenschaftskommunikation ist in einer breiten Definition einerseits ein Handwerk und andererseits eine Forschung. Es gibt Theorie und Empirie zu diesem Feld, und in manchen wissenschaftspolitischen Diskussionen fehlt mir häufig die Theorie und Empirie; da werden viele Meinungen postuliert. Heute gab es schon viel kluge Theorie und Empirie. Daher werde ich bewusst einige eher praxisorientierte Impulse setzen.

Ich werde mich auf vier Aspekte konzentrieren, die wir gern in der Diskussion aufgreifen können. Das eine ist Dialog und Partizipation. Natürlich bleiben wissensvermittelnde Formate ein zentraler Bestandteil der ganzen Landschaft, und Kommunikation ist kein einseitiger Prozess (da wären wir wieder bei der notwendigen Theorie dazu). Aber was ist sonst damit gemeint? Da gibt es ein ganzes Potpourri an auch wissenschaftlich orientierten Traditionen. Das sind nicht nur von außen oktroyierte und politisch gesteuerte Jetzt-macht-mal-Citizen-Science (das fand sehr wohl statt),

sondern aus der Wissenschaft heraus kommende Gepflogenheiten für kollaborative Forschung, für transdisziplinäre Forschung, die Aktionsforschung aus den 70er und 80er Jahren; es gibt eine sehr große Bandbreite.

Es geht ja auch nicht darum, etablierte Formen der Generierung wissenschaftlichen Wissens zu ersetzen. Vorhin kam das Beispiel der Primzahlforschung; da wird jetzt nicht demokratisch darüber abgestimmt, was die nächste Primzahl ist, sondern es geht darum, durch verschiedene partizipative Formate andere Wissensformen gerade bei anwendungsorientierten Bestandteilen zusammenzubringen, beispielsweise in Citizen-Science-Prozessen lokales Wissen einzubringen. Da geht es nicht nur um diese Crowdsourcing-Prozesse, wie vorhin durchaus zu Recht kritisch bemerkt wurde, sondern auch darum, in anwendungsorientierten Innovationsprozessen Nutzende hinzuzufügen oder (das ist vielleicht näher am Feld des Ethikrates) bei ethischen Diskussionen verschiedene Perspektiven einzubinden. Kurzum, das kam heute in den Diskussionen noch nicht so zentral vor.

Die zweite Frage kam durchaus häufiger vor (da war ich sehr erfreut, aber vielleicht können wir es noch vertiefen): Wer ist denn diese ominöse breite Öffentlichkeit, die heute einige Male als Stichwort gefallen ist? Es wurden schon vielfältige Perspektiven angemerkt. Ich bin auch interessiert, wer heute hier ist. Mich würde interessieren, wer von Ihnen über einen akademischen Abschluss verfügt, und ich bitte um ein kurzes Handzeichen.

–

Gut. Es haben sich jetzt manche nicht gemeldet, das heißt, manche waren vielleicht nur zu faul. Anderen war es, wenn sie die Hand nicht gehoben haben, vielleicht bisschen unangenehm. Aber fühlen Sie sich besonders ermutigt. In Deutsch-

land haben 18 Prozent der Personen einen akademischen Abschluss, und natürlich ist hier eine Fachveranstaltung, die aber durchaus einen öffentlichen Anspruch hat. Also die Frage: Wie können wir damit weiter umgehen? Wir können ja auch kommunikative, dialogische Formate anbieten, die andere erreichen können.

Ein konkreter Impuls dazu, um aus meiner eigenen Projekterfahrung zu berichten: Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam mit der HRK [Hochschulrektorenkonferenz] und *con gressa* ein Projekt umgesetzt, Heimspiel Wissenschaft, wo wir gezielt in den ländlichen Raum gegangen sind, der sonst in diesen verschiedenen Diskussionen kaum vorkommt, und Forschende in ihr eigenes Heimatdorf eingeladen haben, dort im Sportverein zu sprechen. Das ist ein klassischer Vortrag, aber da finden ganz andere Gespräche statt. Da geht es darum zu sprechen, wie Wissenschaft als Prozess funktioniert: „Jetzt erklärt doch mal, was macht ihr eigentlich so? Produziert ihr nur Umfragen oder wie kommt man auf diese Ergebnisse? Was verdient man denn als Professor?“ Wo man eben ganz anders in den Austausch und (wie es im Video angesprochen war) in einen Dialog kommen kann und auch in ein Zuhören. Wie gesagt, das setzt nicht die Expertise der Forschenden herab, sondern bringt sie in eine Austauschsituation, in eine echte Gesprächssituation. Das wurde heute auch schon ein paar Mal angesprochen.

Um das ein bisschen zu erweitern: neu über dieses Portfolio an Formaten und Methoden nachzudenken. Das ist immer noch sehr klassisch, viel massenmediale Kommunikation, natürlich viel Online-Kommunikation, aber gerade in Vor-Ort-Interaktionen zwischen Forschenden, und da würde ich einen kleinen Widerspruch sehen: Ich finde nicht, dass – oder: Es mag sein, dass Wissenschaftskommunikation eine Selbstbeobachtung

ist, wenn man Wissenschaft als monolithischen Block versteht. Aber es wurde ja in der Vorrede und auch von Ihnen die Pluralität der Wissenschaft beobachtet, und dann hat man eben verschiedene Perspektiven auf den Tiefseebergbau, und dann ist es nicht nur eine Werbeveranstaltung von einem Tiefseebergbauingenieur oder Ingenieurin, die für das Vorgehen wirbt, sondern vielfältige Perspektiven aus unterschiedlichen Disziplinen, die auch in einen transdisziplinären Dialog gehen können.

Mit Blick auf die Zeit würde ich es bei einem Beispiel belassen; wir können später gern über die Formate der öffentlichen Kommunikation sprechen, da ich ja stark in diese Richtung gehe. Das lässt sich aber auf die Kommunikation mit Politik übertragen, wo man denkt: Wie kann man es schaffen, überhaupt zu einer Auseinandersetzung einzuladen? Der enge Zeitplan wurde angesprochen; wie kriege ich denn die Parlamentarier:innen mal für eine Stunde?

Ein Beispiel: Ich habe vor einigen Jahren einen parlamentarischen Abend für das BfR [Bundesinstitut für Risikobewertung] und BBK [Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe] in Berlin zum Thema Risiko- und Krisenkommunikation moderiert, und auch da: Wie bekommt man die Parlamentarier:innen dahin und macht sie neugierig auf den Austausch? Auch dort sind es nicht nur – wie üblich – Häppchen und Vorträge, sondern man kann auch mal eine Improtheater-Performance als Anlass nehmen oder – als jemand, der sich mit Spielen beschäftigt – einen Bogen und dann Katastrophwürfel, wo man sich Szenarien zusammenwürfeln und darüber in den Austausch gehen könnte: Wie gehe ich damit um und was bringt meine Forschungsperspektive auf dieses Katastrophenszenario? Da kann man auch ganz anders über Kommunikationsanlässe nachdenken.

Judith Simon

Herzlichen Dank.

Ich ändere jetzt meine Vorgehensweise. Denn es ist wahrscheinlich ein bisschen komisch, wenn Sie gar nicht wissen, wer hier alles sitzt und warum wir die Leute jeweils eingeladen haben. Darum stelle ich jetzt alle vor. Neben Herrn Schrögel haben wir auf dem Podium noch Herrn Dr. Frank Niggemeyer. Er war von 1990 bis dieses Jahr im Bundesministerium für Gesundheit tätig und hat dort verschiedene Gremien wissenschaftlicher Politikberatung betreut. Unter anderem war er für die Ethik im Gesundheitswesen verantwortlich. Er war auch Geschäftsführer des Sachverständigenrats für Gesundheit und Pflege und hat in dieser Rolle viel wissenschaftliche Politikberatung vonseiten der Politik rezipiert.

Ähnlich ist es bei Herrn Dr. Malte Petersen. Er ist Psychologe und Politikwissenschaftler und Referent im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung und dort unter anderem für das Thema Vernetzung mit der Wissenschaft zuständig. Zuvor war er zehn Jahre im Bundeskanzleramt zu den Themen Verhaltenswissenschaft und bürgerzentrierte Politik. Die beiden nehmen sozusagen die Rolle politikseitig ein.

Dann haben wir Frau Prof. Dr. Bettina Rockenbach. Sie ist Wirtschaftswissenschaftlerin und Expertin auf den Gebieten Verhaltensökonomie und Spieltheorie und seit März 2025 Präsidentin der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, eines jener wissenschaftlichen Gremien, die auch Politikberatung machen, die heute Morgen oft angesprochen wurden in der Bedeutung für interdisziplinäre Gremien, die Politik beraten, versus Einzelpersonen. Ich würde Sie jetzt in dieser Reihenfolge jeweils um Ihre kurzen Impulse bitten.

Frank Niggemeier · Ehem. Geschäftsführer des Sachverständigenrats Gesundheit & Pflege

Vielen Dank auch für die Einladung.

Ich würde mich weniger als Vertreter der rezipierenden Seite verstehen, sondern eher als Vertreter der institutionalisierten Politikberatung. Der Sachverständigenrat Gesundheit und Pflege ist vor 40 Jahren gegründet worden und ist multidisziplinär besetzt, erfüllt also ein wichtiges Kriterium, das hier angesprochen wurde, natürlich themenspezifisch, also Medizin, Public Health, Gesundheitssystemforschung, Gesundheitsökonomie, Pflegewissenschaft. Das sind die Disziplinen, aus denen meine sieben Ratsmitglieder kommen. Sie werden vom Bundesgesundheitsminister benannt. Aber das war es dann auch.

Deshalb sagte ich gerade: institutionalisierte wissenschaftliche Politikberatung, und ich würde eine Lanze dafür brechen wollen (auch nach der Diskussion heute), dass wir stärker auf solche Gremien zugreifen, wenn es Bedarf gibt für Politik oder Gesellschaft, sich etwas von Wissenschaften sagen zu lassen. Denn ein solches Gremium, das institutionalisiert ist, das berufen ist, das eine eigene Geschäftsstelle hat, das sich selbst seine wissenschaftlichen Mitarbeiter aussucht, die ihm zuarbeiten (so ähnlich wie beim Ethikrat), ist natürlich erst mal unabhängig.

Also man kann so Spielchen spielen: Wenn ich wiederberufen werden will, sollte ich mich da oder da nicht so sehr positionieren. Das könnte man durch gewisse Regeln versuchen einzufangen. Aber ich habe selbst erlebt, als jemand, der über zehn Jahre lang diesen Sachverständigenrat Gesundheit und Pflege als Geschäftsführer betreut hat, dass da sehr viel Unabhängigkeit ist. Das ist auch natürlich eine Frage der Reputation, die jeder Wissenschaftler für sich hochhalten will.

Die Politik kann da – wenn sie die einmal berufen hat, dann ist natürlich die Möglichkeit gegeben, zu sagen: „Ich werde jetzt keinen scharfen Befürworter einer Zusammenlegung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung berufen, Stichwort Bürgerversicherung, wenn ich selbst als Minister davon nicht überzeugt bin.“ Das muss man zugestehen. Aber diese Frage der Unabhängigkeit, wenn die Wissenschaftler einmal berufen sind, halte ich für sehr wichtig, und die (um vielleicht zu sagen, dass einiges auch ganz gut läuft in Deutschland) ist gegeben, das habe ich erlebt.

Ich würde neben der Unabhängigkeit ein zweites Votum starkmachen wollen, das ist mir heute ein bisschen kurz gekommen: der Unterschied zwischen Ist-Beschreibung und Soll-Analyse. Die Ist-Beschreibung eines wissenschaftlichen Beratungsgremiums muss wissenschaftlich sein, muss wissenschaftlich nachprüfbar sein. Da gibt es Standards in der Gesundheitsökonomie, in der Gesundheitssystemforschung, und durch diese Multidisziplinarität werden die Mitglieder gezwungen, sich irgendwie zu verständigen, wenn sie ein Gutachten schreiben. Da ist natürlich Wissenschaft gegeben.

Die normativen Folgerungen, die daraus gezogen werden, sind nicht im gleichen Maße Wissenschaft, sondern sind wissenschaftlich begründete Meinungen. Heute Morgen wurde ja der Unterschied zwischen Meinen und Wissen angesprochen, und da finde ich, sind solche Gremien wie der Sachverständigenrat Gesundheit oder die Wirtschaftsweisen (20 Jahre älterer, größerer Bruder des Sachverständigenrats Gesundheit) in ihren Empfehlungen oder Handlungsoptionen, die sie aufzeigen, natürlich wissenschaftlich imprägniert. Aber sie können dafür nicht den gleichen Geltungsanspruch erheben wie für die wissenschaftliche Sachbeschreibung, die sie vorher gegeben haben.

Wir hatten zum Beispiel einmal das Thema Krankengeld, das war uns von der Politik vorgegeben (das können die noch, also ein Thema vorgeben). Wir haben die Krankengeldzahlungen, die Entwicklungen analysiert, vor allen Dingen der Gesundheitsökonom, und dann haben wir Empfehlungen ausgesprochen. Und da würde ich sagen (anders, als das heute Morgen anklang): Das machen diese Ratsmitglieder aber nicht als Bürger, sondern als Wissenschaftler. Aber der Geltungsanspruch muss natürlich zurückgenommen sein. Wenn man sagt: „Wir finden die Idee von Teilkrankschreibung gut, wie das in Skandinavien üblich ist.“ Wir hatten natürlich Daten: Das scheint gut zu funktionieren, das empfehlen wir auch der deutschen Politik. Diese Empfehlung hat sie nicht genommen, aber ich würde schon sagen, dass das eine wissenschaftlich informierte Meinung war.

Dieser Unterschied ist wichtig, wenn wir sagen: Was erwarten wir von wissenschaftlicher Politikberatung, ob institutionalisiert (wie im von mir betreuten Gremium) oder von frei fließender Wissenschaftlichkeit, die sich dann zu Arbeitsgruppen zusammenfinden kann? Das ist mir ein wichtiges Anliegen.

Das Dritte ist; das hatten Sie auch in Ihren Fragen an mich angesprochen: Was kann besser werden? Ich glaube, die Geltungsansprüche müssen klarer sein aufseiten der Wissenschaft wie aufseiten der Politik. Bei Multidisziplinarität sind wir uns, glaube ich, einig. Und was ich für ein Problem halte und wo ich keine Patentlösung habe: Es gibt in Deutschland eine Übermacht der Partikularinteressen über das Interesse, was ich doch eigentlich als Individuum am Funktionieren des Ganzen haben muss. Denn mein Partikularinteresse funktioniert nur im Ganzen.

Ich erlebe im Gesundheitsbereich seit 35 Jahren: Das ist ein Haifischbecken, da sind die Partikularinteressen ganz stark; Sie kennen alle die großen

Interessenverbände, intelligente Lobbys. Dieses Gespür dafür, dass das Partikularinteresse mit dem System und dem Gemeinwohl, um es mal altmodisch zu sagen, zusammengedacht werden muss, ist ein großes Hindernis dafür, wissenschaftlich informierte Empfehlungen in die Tat umzusetzen. Danke.

Judith Simon

Vielen Dank. Wir sammeln erst mal. Sie merken schon, dass viele Fragen aufkommen. Als ich „Rezipient“ gesagt habe, habe ich schon gedacht, gleich sagt jemand: „So geht es nicht.“ Denn ich wusste, dass wir ja weg wollen von diesem Zuhören und Liefern, die Frage der Reziprozität. Ich vermute, darum wird es noch gehen.

Ich würde jetzt das Wort an Sie weitergeben, Herr Petersen, für Ihren Impuls.

Malte Petersen · Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung

Ich greife gern das Stichwort institutionalisierte Politikberatung auf. Wir sind als Einheit vor zehn Jahren ins Kanzleramt geholt worden unter dem Titel „Wirksam regieren“ mit dem Auftrag, aus der Wissenschaft kommend, innerhalb der Politik oder der Verwaltung zu beraten, wie man sozialwissenschaftliche Evidenz zur Gestaltung wirksamer Maßnahmen nutzen kann. Dazu habe ich drei Thesen vorbereitet, was wir in den zehn Jahren plus minus gelernt haben. Vieles davon ist heute schon in der einen oder anderen Form gefallen. Das macht mich eigentlich ganz glücklich, auch wenn ich es jetzt wiederhole, denn es zeigt, dass es eine gewisse Konvergenz der Ideen gibt und dass wir nicht die Einzigen sind, die sich diese Gedanken machen.

Die erste These, die ich mitgebracht habe, ist, dass Wissenschaft und Politik eigentlich von demselben Anspruch getrieben werden, nämlich komplexe gesellschaftliche Probleme zu verstehen,

die Ursachen dieser Probleme zu verstehen und sich Gedanken über Lösungen zu machen, natürlich wirksame Lösungen, die das Problem nachhaltig auflösen. Grundsätzlich müsste man davon ausgehen, dass Politik und Wissenschaft gut zusammenarbeiten, weil es gleich gelagerte Interessen gibt.

Trotzdem gibt es immer wieder Herausforderungen in dieser Kommunikation. Das funktioniert nicht immer reibungslos. Ein Grund dafür ist, dass beide Systeme nach unterschiedlichen Logiken funktionieren. Wenn wir uns die Wissenschaft anschauen, sehen wir, dass sich Forschungsfragen sehr langfristig entwickeln. Teilweise bauen ja ganze Forschungskarrieren einzelner Personen auf einem Paradigma oder einer Frage auf.

Dann werden diese Fragen, wenn sie gestellt sind, mit oft langwierigen Forschungsmethoden beforscht, die meist sehr differenzierte Ergebnisse zutage bringen und die noch veröffentlicht werden. Auf das Peer-Review-Verfahren etc. muss ich, glaube ich, nicht im Detail eingehen. Dann steht nach mehreren Jahren eine Erkenntnis da, die oft noch gekoppelt ist mit dem Zusatz: *more research needed*.

Wenn wir uns jetzt anschauen, wie Politik funktioniert: Da kommen Fragestellungen oft sehr kurzfristig, sodass ein hoher Handlungsdruck entsteht und trotz unklarer Evidenz klare Entscheidungen getroffen werden: A oder B? Wie viel Geld gebe ich jetzt dafür aus? Mache ich etwas oder mache ich nichts? Da ist es offensichtlich: Da besteht ein Spannungsfeld. Auch das haben wir heute schon gehört.

Wenn man sich jetzt vorstellt, wie idealerweise eine Problemlösung aussehen sollte, nämlich evidenzinformiert, dann erscheint es aus der Perspektive der Politik und der Wissenschaft – das ist meine zweite These – oft ernüchternd, wie tat-

sächlich über Problemlösungen in der Politik entschieden wird. Das mag oft unausgereift erscheinen, manchmal auch erratisch. Die Frustration der Wissenschaft mit der Politik ist heute schon mehrmals thematisiert worden. Ich selber kenne das noch aus der Zeit meiner Wissenschaften, genau diesen Gedanken: Wir wissen ganz viel dazu, das geht doch besser, warum wird das nicht so gemacht?

Was bei dieser Betrachtung aber fehlt, ist ein entscheidendes Element, nämlich der Zeitpunkt, zu dem ich in der Politik überhaupt handlungsfähig bin. Denn eine gute Problemlösung heißt nicht nur, dass ich die Idee habe, wie ich ein bestimmtes Problem löse (also die richtige Evidenz habe, was geht), sondern auch, dass ich die Möglichkeit habe, diese Lösung umzusetzen. Und da brauche ich politische Mehrheiten, da brauche ich gesellschaftliche Unterstützung, und die kann sehr kurzlebig sein. Das heißt, es kann ein ganz bestimmter Zeitpunkt kommen, so ein Kairos-Moment, wo ich einmal die Gelegenheit habe, etwas zu verändern, und dann muss ich handlungsfähig sein.

Eine Kollegin hat mir mal gesagt: „Ich habe zehn Jahre lang für ein Thema gekämpft und nie Aufmerksamkeit bekommen, aber ich habe immer ein fertiges Konzept in der Schublade gehabt, wie man das angehen kann. Und zu *einem* Moment ist es gekommen, und dann war ich am nächsten Tag da, hab das auf den Tisch gelegt, und das ist dann auch gemacht worden.“ Das heißt, wir müssen vorbereitet sein, ganz schnell zu handeln, wenn wir wollen, dass wissenschaftliche Evidenz Impact hat in dem Sinne, dass sie Policies beeinflussen kann.

Damit komme ich zu meiner dritten These: Damit wir mehr solcher Kairos-Momente erleben können, braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik. Ich weiß, da gibt

es große Vorbehalte (wir haben schon über das Stichwort Wissenschaftsfreiheit gesprochen), aber es ist aus unserer Perspektive essenziell, dass Wissenschaft frühzeitig weiß: Was sind eigentlich die Themen, die Politik zukünftig sieht? Auch wenn wir nicht in die Zukunft schauen können, so sehen wir doch: Es gibt Themen, die wir zukünftig bearbeiten wollen – dass die rechtzeitig beforscht werden und dass dann, wenn die Forschungsergebnisse da sind, sichergestellt ist, dass die Erkenntnisse in die Politik reingetragen werden.

Das ist nicht trivial. Das ist mehr, als das Paper zu veröffentlichen, sondern da geht es vor allem darum (das ist ein neues Format, an dem wir auch gerade arbeiten), dass Wissenschaft gemeinsam mit Politik überlegt: Wir haben jetzt die Erkenntnisse (das war heute auch schon Thema), die sagen nicht automatisch A oder B, aber dass wir uns mit beiden Seiten zusammensetzen und überlegen, wie eine gelungene Problemlösung aussieht, die die wissenschaftliche Evidenz berücksichtigt, aber auch den rechtlichen, finanziellen und natürlich legitimatorischen Rahmen in einer Demokratie.

Judith Simon

Vielen Dank. Dann würde ich jetzt das Wort an Frau Professor Rockenbach übergeben.

Bettina Rockenbach · Präsidentin der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina

Vielen Dank, auch dass ich hier sein darf. Ich hole mal ein bisschen aus und erzähle etwas über die Leopoldina: Sie wurde 1652 gegründet als Gelehrten-Akademie (wir haben im Titel immer noch die Naturforscher und die Mediziner; das ist immer noch etwas, was die Akademie prägt und wo sie ihren Schwerpunkt hat) und hat dann viele Jahrhunderte als Gelehrten-Akademie bestanden.

Sie ist tatsächlich die älteste der Welt, die kontinuierlich besteht.

Nach der Wiedervereinigung gab es die Frage: In Deutschland gibt es nicht so etwas wie eine Nationalakademie; wer sollte diese Aufgabe denn übernehmen? Das war ein längerer Prozess, und 2008 wurde die Leopoldina auch aufgrund ihrer Geschichte zur Nationalen Akademie der Wissenschaften erhoben. Mitglieder waren das Who's Who der deutschen Wissenschaft, beispielsweise Einstein, Marie Curie, Faraday oder Goethe.

Die Ernennung 2008 zur Nationalakademie ist deshalb wichtig, weil sie damit zusätzlich zur Gelehrten-Akademie zwei Aufgaben bekommen hat: Das eine ist die Vertretung der deutschen Wissenschaft im Ausland und das Zweite ist das, worüber wir reden: die unabhängige evidenzbasierte Beratung von Politik und Gesellschaft.

Die Mitglieder werden aus der Mitgliedschaft selbst vorgeschlagen und in einem recht aufwendigen Prozess, der mehrere Gutachtenrunden hat und ungefähr ein Jahr dauert, zugewählt oder eben nicht, wenn der Prozess vorher stoppt. Wissenschaftliche Exzellenz ist das einzige Kriterium.

Aktuell gibt es 1700 Mitglieder, und die Aufstellung in eine rein oder hauptsächlich naturwissenschaftlich-medizinische ist mit der Ernennung zur Nationalakademie breiter geworden: Es gibt die Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, also jemand wie ich ist da auch drin. Das ist für uns ein großer Schatz, dass wir bei allem, was wir tun, interdisziplinäre Gremien aufstellen können.

Die Themen sucht sich die Leopoldina selbst. Das heißt, wir bekommen keine Aufträge aus der Politik oder von sonst jemandem, sondern die kommen aus der Mitgliedschaft selbst. Ich sage aber immer: Na ja, wir sind alle auch Bürgerinnen und

Bürger dieser Gesellschaft, und natürlich sind wir auch davon getrieben, was gerade auf der Welt passiert. Deshalb haben wir in unserem breiten Themenspektrum auch die Dinge, die gesellschaftlich relevant sind: Energiesysteme der Zukunft, Krankensysteme der Zukunft, Biodiversität, aber auch spezifische Themen wie zum Beispiel Präimplantationsdiagnostik, was vor einigen Jahren ein Thema war und was auch Eingang in ein Gesetz in der Bundesregierung gefunden hat.

Zuletzt (das haben Sie vielleicht mitbekommen) haben wir etwas zur Social-Media-Nutzung und Kindern gemacht. Das ist also sehr breit, und die Grundfeste ist immer interdisziplinär von den Mitgliedern getragen, unabhängig und evidenzbasiert.

Das Zweite ist: Wir vertreten die deutsche Wissenschaft im Ausland, das heißt im Konzert der anderen Akademien, europäisch, international. Im Vorfeld der G7- und G20-Beratungen gibt es die Science-7- und Science-20-Beratungen. Da treffen sich die 7 bzw. 20 Nationalakademien, um zum einen über die Themen zu sprechen, die die Politik selbst auf der Agenda hat (wir bekommen die Agenda der Politik), und um zum anderen selber Themen auszuflaggen, wo wir sagen: Daran denkt die Politik vielleicht nicht, daran sollte sie aber denken.

Viele der Probleme, über die wir reden, sind nicht national, sondern international. Deshalb es ist sehr spannend, da die internationale Perspektive zu bekommen und dann mit den anderen Akademien (das dauert immer ungefähr ein Jahr) diese Stellungnahmen zu erarbeiten.

Ich weiß nicht, ob Sie das mitbekommen haben: Vor der Wahl war Frage: Braucht Deutschland so etwas wie einen Government Chief Scientific Advisor? Wir haben das nicht, andere Länder haben das. In den Gremien, in denen sich die Chief Scientific Advisors treffen, vertrete ich Deutschland

als Chief Scientific Advisor, und vor diesem Hintergrund unterhalte ich mich mit den Kolleginnen und Kollegen, wie so etwas im Ausland funktionieren kann. Denn da ist es wie so oft so: Da kommt es aufs Kleingedruckte an, wie man in die Politik reinwirken kann. Auch das sind immer sehr interessante Gespräche.

Meine Zeit ist abgelaufen. Über Formate und so etwas können wir vielleicht in der Diskussion vertieft sprechen.

Judith Simon

Vielen Dank. Sie haben es schon bisschen vorweggenommen mit den Formaten.

Ich würde Sie jetzt gern alle fragen, denn Sie bearbeiten ja unterschiedliche Schnittstellen von diesen vielen Schnittstellen, die wir heute in den Vordergrund gerückt haben (manche eher im Vordergrund und andere im Hintergrund), ob Sie mit uns mal Beispiele für besonders gelungene oder weniger gelungene Schnittstellenarbeit teilen könnten.

Ich weiß, dass es immer einfacher ist, über die gelungenen zu sprechen als über die nicht gelungenen. Aber ich glaube, dass man auch aus den nicht gelungenen etwas lernen kann. Deswegen würde ich Sie darum bitten, wenn Ihnen etwas einfällt, ein Beispiel dafür zu geben, das kann auch sehr kleinteilig sein, aber an einem Schnittstellenprozess, den Sie begleitet oder beobachtet haben, plastisch zu machen, wo etwas besonders gut oder besonders schlecht gelaufen ist, und vielleicht haben Sie eine Idee, woran das gelegen haben könnte. Denn ich glaube, dass man aus solchen Sachen etwas lernen kann darüber, wie diese Schnittstellenarbeit (ich werde es im weiteren Verlauf mal so benennen) gut funktionieren kann.

Ich würde mit Herrn Schrögel anfangen, denn Sie haben viel Erfahrung aus der Praxis der Beteili-

gung von Bürgerinnen und Bürgern: Welche Formate, Prozesse, aber vielleicht auch Themen haben sich Ihrer Erfahrung nach besser oder schlechter bewährt, um sich mit Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen?

Ich habe da die Intuition, dass manche Themen, die vielleicht näher dran sind am Leben, einfacher zu diskutieren sind als solche, wo man vorher erst mal erklären muss, worum es geht. Ich weiß es nicht genau, deswegen meine Frage an Sie.

Philipp Schrögel

Das ist schwer, es gäbe Hunderttausende Formate. Vielleicht zum ersten Teil der Frage und dann zwei Beispiele. Der Themenzuschnitt ist sehr häufig eine Diskussion. Das klang heute auch schon an: Viel von dem, was unter Wissenschaftskommunikation diskutiert wird, betrifft naturwissenschaftliche Themen im weitesten Feld.

Sozial- und Geisteswissenschaften haben aus meiner Sicht durchaus Nachholbedarf, mehr zu kommunizieren. Das hat aber auch damit zu tun, wenn wir (das war ja auch ein durchgängiges Thema) über ein Verständnis von wissenschaftlichen Prozessen sprechen (wie zeichnet sich eigentlich nicht wissenschaftlich gewonnenes Wissen aus?), dass dort, wenn man in die Breite fragt, immer noch ein sehr positivistisches Weltbild vorherrscht und die anderen Wissenschaften eigentlich nicht so stattfinden.

Allein wenn man zwei Forschende aus unterschiedlichen Disziplinen fragt, was sie unter Wissenschaft verstehen, kommen ganz andere Antworten. Ich glaube, das ist zentral mitzudenken, wenn ich mit Personen über Wissenschaft sprechen möchte, die das nicht hauptberuflich tun, was eigentlich deren Verständnis davon ist. Dann können zwei Personen auf einem Podium das schon sehr unterschiedlich bewerten.

Zwei Beispiele. Etwas klang heute schon mehrfach an, auch die Frage des Zeitpunktes. Partizipative Formate war einer dieser weiteren Begriffe, der aus dem politischen Raum stärker gehypt wurde. Bürger:innenräte finde ich ein großartiges Format. Der Bürgerrat Ernährung – ich bin kein Fachexperte für Ernährung, aber so, wie ich es verfolgt habe, aus der partizipativen Betrachtung, ist das ein sehr erfolgreiches Beispiel, ein sehr differenziertes Ergebnis und eigentlich rundum gelungen. Alle waren happy damit. Das ist nur unglücklicherweise in eine Zeit gefallen, wo das Thema gerade überhaupt nicht lief. Da waren politisch andere Prioritäten, und das ist jetzt in der Versenkung verschwunden. Das heißt, viele Faktoren, die ich mit meinem Format gar nicht adressieren kann, können mir das gegebenenfalls verhaseln.

Judith Simon

Herr Dr. Niggemeyer, können Sie aus Ihrer Erfahrung im Gesundheitsministerium Beispiele oder Formate nennen, wo Sie sagen: Da hat die wissenschaftliche Politikberatung besonders gut funktioniert? Oder welche, wo Sie sagen: Da hat es nicht so gut geklappt? Meine Intuition oder meine begründete Meinung wäre, dass es hieran oder daran gelegen haben könnte.

Frank Niggemeyer

Pardon?

Judith Simon

Dass vielleicht das Scheitern von bestimmten Prozessen – jetzt kam gerade der Verweis auf: Manchmal fällt es zum falschen Zeitpunkt. Das ist eine Externalität, die wir wenig beeinflussen können, aber manchmal gibt es vielleicht auch inhärente Gründe, warum etwas nicht funktioniert.

Ich nenne mal ein Beispiel eher aus Ihrem Bereich: Ich habe selber mal eine Bürgerkonferenz zur Stammzellforschung mitorganisiert, wo ich

den Eindruck hatte, das hat nicht so gut funktioniert, weil sich die Bürgerinnen und Bürger bevormundet fühlten, weil parallel evaluiert wurde und noch dazu nichts zu entscheiden war. Es gibt ja unterschiedliche Gründe, wo man denkt, das passt manchmal alles nicht zusammen. Vielleicht auch aus Ihrer Perspektive: Können Sie aus Ihrer Erfahrung bestimmte Beispiele rauspicken, wo Sie glauben, dass da die Beratung gut funktioniert hat (was immer „gut“ dann für Sie heißt; das dürfen Sie definieren, wie Sie möchten) oder besonders schlecht funktioniert hat?

Frank Niggemeyer

Ja, das wäre genau meine Frage gewesen: Was heißt gut oder schlecht funktionieren?

Natürlich, wir entwickeln anhand von wissenschaftlichen Analysen wissenschaftlich begründeten Rat, und der wird nicht immer genommen. Ich sagte gerade: Diese Idee, die wir anhand von Daten aus Skandinavien entwickelt haben, eine Teilkrankschreibung als eine Möglichkeit zu schaffen, wurde von der Politik nicht genommen. Da gab es auch Widerstand aus den Gewerkschaften, allein schon gegen die Idee. Das hat nicht funktioniert, aber damit konnte ich als Geschäftsführer immer gut leben.

Als der Rat 30 Jahre bestanden hat, haben wir eine Bilanz gemacht. Ein langjähriges Mitglied hat festgestellt: In diesen 30 Jahren ist ungefähr die Hälfte irgendwie in der Politik angekommen. Ich will nicht sagen eins zu eins, aber Dinge wie Wettbewerb der Krankenkassen (dass man Krankenkassen wechseln kann und so, das waren immer Vorschläge des Sachverständigenrats in einem Gutachten) sind angekommen. Wir haben eigentlich alle gesagt: Die Hälfte ist gar nicht schlecht.

Jetzt kann man sagen: Die andere Hälfte ist liegen geblieben. Ja, aber finde ich nicht direkt ein

Scheitern – oder es scheitert dann nicht so sehr am Format, sondern meinetwegen an Partikularinteressen. Wenn man irgendwas vorschlägt, was irgendeiner Gruppe im Gesundheitswesen besonders wehtut, und die wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, dann kann man noch immer sagen: „Wir haben *so* gute Argumente dafür gehabt.“ Aber wenn die Politik sagt: „Das machen wir nicht im Widerstand gegen die Gruppe“, dann funktioniert es halt nicht. Damit muss man leben.

Aber das, was am besten funktioniert hat (da haben wir auch das Thema frei gewählt): Digitalisierung im Gesundheitswesen. Das Gutachten haben wir im Frühjahr 2023 veröffentlicht und haben darin die elektronische Patientenakte für alle gefordert, als Opt-out-Option, mit guten Gründen. Und im Herbst gab es einen Koalitionsvertrag, der die elektronische Patientenakte für alle als Opt-out-Option vorsah. Die Umsetzung war dann nicht ganz so, wie wir uns das vorgestellt haben. Das hat funktioniert.

Dazu hat aber auch gehört (wie überhaupt bei dieser Gutachtenarbeit, wo man wissenschaftlich darlegt, wie man zu der Empfehlung kommt), dass man eine Vermittlungsarbeit macht, Gespräche, in unserem Bereich nicht mit Bürgern, sondern mit Politikern sucht, Bundestagsfraktionen, den Abgeordneten, die zuständig sind, in meinem Fall für Gesundheit.

Das machen die anderen Räte genauso. Ich sagte ja im Vorgespräch: Wir haben einen Arbeitskreis aus den zehn dauerhaften Beratungsgremien auf Bundesebene, auf gesetzlicher Ebene (es sind nur zehn). Der Ethikrat gehört auch dazu. Das sind unterschiedliche Themen.

Aber dieses Format, dass mit der Politik gesprochen werden muss und dass man neben dem Gutachten das auch noch vermitteln muss, das ist eine Herausforderung. Die gelingt nicht immer. Da gibt es Widerstände. Damit muss man leben.

Judith Simon

Der interessante Nebeneffekt ist, dass die Formate (darüber haben wir im letzten Panel viel geredet) adressatenspezifisch sein müssen. Das Gutachtenformat scheint ein sehr beständiges zu sein. Das ist vielleicht etwas, was man mitnehmen kann, dass gerade an der Schnittstelle zur Politik dieses ja noch sehr heftige Format des Gutachtens immer noch seine Relevanz hat.

Ich würde jetzt die Frage an Herrn Petersen weitergeben. Sie haben in Ihrem Vortrag von den unterschiedlichen Logiken von Wissenschaft und Politik gesprochen und auch von den unterschiedlichen Zeitlichkeiten (das war heute Vormittag schon ein Thema: die Zeitlichkeit und die Logiken). Auch an Sie die Frage: Könnten Sie aus Ihren Arbeitskontexten Beispiele für uns herausgreifen? Denn ich glaube, dass das für uns alle relevant sein könnte, noch mal plastisch zu erfahren, wo es gut funktioniert hat und wo vielleicht nicht und was Ihr Blick darauf wäre.

Malte Petersen

Ich fange mal mit dem Negativbeispiel an, dann kann ich mit dem Positivbeispiel enden.

Judith Simon

Sehr gut.

Malte Petersen

Das ist ein Beispiel aus unserer Anfangszeit. Wir hatten zwei Aufträge: einmal die evidenzinformierte Politikgestaltung insgesamt, aber vor allem die verhaltenswissenschaftliche Beratung von Politik: Das war ja auch gerade Stichwort: Soziale Verhaltenswissenschaften sind noch nicht so dicht dran.

Wir hatten am Anfang ein Thema, zu dem international schon viel gemacht worden ist, das war ein Finanzthema. Das sind immer dankbare The-

men, wozu es viel Forschung gibt, viel Anwendungsforschung zu den Verhaltenswissenschaften. Und wir bekamen dann den Auftrag aus dem Ministerium, da zu unterstützen, und sind gleich losgelaufen und haben viele konkrete Vorschläge ausgearbeitet, professionell aufbereitet und gesagt: Wir zeigen mal, wie man das wissenschaftlich sauber macht und wie man am Ende noch ein gutes Produkt daraus bauen kann, das wirklich zeigt: Wie übersetzen wir die wissenschaftliche Evidenz in einen konkreten Handlungsvorschlag?

Und das ist nicht gut angekommen. Ich glaube immer noch, dass es inhaltlich ein wirklich guter Vorschlag war. Das Problem war, wir haben da die schöne Rückmeldung bekommen: Man kann ein Projekt auch durch zu dynamisches Vorgehen gefährden. Es war ein Thema im Steuerrecht, wo natürlich ganz viele Leute mitsprechen.

Schon auf Bundesebene ist das ein Riesenthema, aber die Länder haben da Mitspracherecht. Da gibt es viele Facharbeitsgruppen, die innerhalb des Ministeriums tagen, die in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe tagen und die alle natürlich bei dieser Gestaltung mitreden wollen. Da ist die wissenschaftliche Beratung nur *eine* Stimme, und das war da der große Fehler, nur mit der Evidenz reinzugehen und nicht mitzudenken: Wen brauche ich denn noch alles, wenn ich das am Ende umsetzen will?

Das funktioniert von innen gar nicht, wenn man Teil des Systems ist und da in gewisser Weise auch als Konkurrenz wahrgenommen wird. Ich glaube aber, von außen auch nicht, weil das immer wieder vorkommt, dass Wissenschaft oder Einzelpersonen manchmal mit konkreten Lösungsvorschlägen kommen, dann mal nicht ein Gutachten schicken, sondern ein eigenes Forschungspapier und sagen: „Warum macht ihr nicht dies oder das?“

Also erst mal von Anfang an gucken: Wen brauche ich alles für die Lösung? Und dann gemeinsam zu überlegen: Wie kann ich jetzt die Evidenz da reinbringen, und was heißt das aber in dieser Gruppe und nicht aus einer einzelnen Perspektive heraus?

Jetzt komme ich zu dem zweiten Format. Wir haben uns dann dahin entwickelt, dass wir überlegt haben: Wir können nicht die ganze wissenschaftliche Arbeit selber machen. Es ist eher unser Anliegen, Wissenschaft und Politik zusammenzubringen, damit die richtigen Leute Lösungen erarbeiten können.

Wir haben dann ein Netzwerk gegründet, das Behavioural Insights Connect, wo wir bewusst Kolleginnen und Kollegen aus der Wissenschaft eingeladen haben, aber auch Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung, damit die sich einfach mal treffen, bewusst als Experiment: Haben die eine gemeinsame Sprache? Welche Ebene passt da? Ist das die Fachebene? Ist das eine höhere Ebene, die da sinnvoll zusammenarbeiten kann?

Da haben wir auch die Frage nach Formaten gestellt, und es kam ein schöner Vorschlag, der damals Social Science Surgery genannt wurde, nämlich die Idee: Warum nehmen wir uns nicht mal ein konkretes Problem, was ihr in der Politik oder in der Verwaltung habt (ich trenne das jetzt mal nicht, obwohl es bisschen unscharf ist), legen das auf den Tisch und schauen gemeinsam mit ganz vielen Leuten drauf? Wirklich wie bei so einer OP, dass alle Spezialistinnen und Spezialisten, die es braucht, um das zu lösen, einmal gemeinsam an einem Tisch sind für einen begrenzten Zeitraum, sodass wir auch wissen: Das wird keine Diskussion über zwei Jahre, sondern wie eine OP, das sind ein paar Stunden, vielleicht ein halber Tag, wenn es lang wird. Und das heißt jetzt nicht mehr ganz so attraktiv, sondern ein bisschen drö-

ger. Vielleicht heißt es Fachforum; wir sind in einer Verwaltung, da müssen wir Deutsch sprechen. Und da probieren wir genau das aus.

Das scheint bisher ein sehr vielversprechendes Format zu sein, weil da sichergestellt ist, dass wir nicht nur ein Gutachten haben und auf der anderen Seite vielleicht eine überforderte Person in der Verwaltung, die das gar nicht richtig interpretieren kann und sagt: „Na ja, ich bin doch jetzt nicht die Person, die entscheiden kann, was richtig ist“, und der Wissenschaftler oder die Wissenschaftlerin sagt: „Aber ich entscheide doch nicht, ob ihr A oder B macht“, sondern man kann sich gemeinsam zu diesem konkreten Thema austauschen. Ich glaube, davon brauchen wir viel mehr.

Judith Simon

Super, vielen Dank.

Ich würde jetzt noch Frau Professor Rockenbach zu ihrer Perspektive fragen. Natürlich war die Ökonomie jetzt ein bisschen eine Schnittstelle, das heißt, Sie können aus Ihrem eigenen Fach heraus, aber auch institutionell aus der Rolle der Leopoldina – da gibt es sicherlich auch Erfahrungen mit mehr oder weniger gelungenen Versuchen der Politikberatung.

Bettina Rockenbach

Bei uns ist es – vielleicht anders als bei den anderen in dem Panel – so: Wir wollen keine Beratung in dem Sinne machen, dass wir klare Empfehlungen geben, sondern was wir in unseren Stellungnahmen tun möchten, ist, Handlungsoptionen aufzuzeigen, dass wir sagen: Das ist der Raum der Möglichkeiten. Da ist auf wissenschaftlich basierter Erkenntnis zu erwarten, dass diese und jene Konsequenzen passieren. Aber fast immer gibt es nicht die eine richtige Lösung dafür, sondern es gibt Trade-offs. Wenn man das eine tut, wird man sich an anderer Seite vielleicht von einem Ziel, was man auch hat, entfernen.

Das ist etwas, was wir nicht machen können. Das ist etwas, was die Politik machen muss und letztendlich auch die Gesellschaft entscheiden muss. Die Gesellschaft muss entscheiden, wenn ich auf das eine Ziel stärker hinsteuere und mich von dem anderen entferne, wie ich diese Zielkonflikte löse.

Deshalb ist es für uns sehr wichtig, Optionen aufzuzeigen, die man aus wissenschaftlich basierter Sicht einschlagen kann, und dann der Politik und der Gesellschaft die Entscheidungen zu überlassen. Das macht es vielleicht noch komplizierter, weil man nicht sagt: Hier geht es lang, sondern weil man einen Optionenraum macht.

Die Formate, die wir damit haben, sind sehr unterschiedlich, und ich glaube, wir sind da noch nicht am Optimum. Wir haben zum Beispiel letzte Woche einen Lunch Talk gehabt, wo wir online für eine Stunde ein Thema beleuchten mit den Pros und Cons, mit den Experten, wo sich Politiker, aber auch Bürgerinnen und Bürger einwählen können, um da einfach mal über Mittag zuzuhören. Das ist etwas Niederschwelliges. Man kann aber auch an kürzere Formate denken wie Videos oder Podcasts, was es da alles für Formate gibt.

Judith Simon

Den Lunch Talk kann ich sehr empfehlen, weil ich da letzte Woche mitgemacht habe. Den kleinen Werbeblock schiebe ich noch ein.

Wir haben jetzt sehr kleinteilig (also kleinteilig in einem positiven Sinne) reingeguckt, was konkret passiert und was wir machen können. Wenn ich jetzt zurückgehe auf den Beginn der Veranstaltung heute Morgen, dann haben wir ja gesagt: Es gibt mindestens zwei, wenn nicht mehr Gründe, warum wir uns mit der Frage von Wissenschaft und Wissenschaftsfeindlichkeit und den Wechselverhältnissen von Wissenschaft, Politik, Öffentlichkeit und Medien beschäftigen: einerseits die großen Entwicklungen, nicht nur in den USA und

in unseren Nachbarländern, sondern auch in Deutschland mit Wissenschaftsfeindlichkeit, die ja zunehmen, und andererseits die Lehren aus Corona usw.

Deswegen würde ich Sie jetzt alle bitten, noch mal einmal rauszuzoomen auf die Frage: Was tun wir in Anbetracht dieser politischen Großwetterlage in diesem Phänomenbereich, den wir heute Morgen aufgespannt haben, in unseren jeweiligen Rollen, die ja sehr unterschiedlich sind?

Und wenn wir eine Bedrohung von Wissenschaft sehen und sie als förder- und verteidigungswürdig erachten (und ich gehe davon aus, das tun wir alle in unseren Rollen, die wir haben), dann ist die Frage: Wie stellen wir das sicher? Wie stellen wir sicher, dass Wissenschaft weiterhin resilient ist und ihre Funktionen erfüllen kann?

Wir haben jetzt geguckt: Wie schmieren wir die Schnittstellen, wenn man so will? Und jetzt die Frage: Wie stellen wir sicher, dass die Systeme unter zunehmendem Druck weiter funktionieren?

Deswegen meine Frage an alle von Ihnen, bevor wir ins Publikum öffnen: Was denken Sie, ist Ihre Rolle in dieser Art der Verteidigung der Wissenschaft und in Bezug auf andere Akteure, die Sie sehen, und was würden Sie von denen fordern?

Philipp Schrögel

Ich würde gerne einen Gedanken vom Tag über aufgreifen (ich habe mir leider nicht notiert, wer das gesagt hatte): Bei der Diskussion über Wissenschaftsfeindlichkeit – das ist ja keine allgemeine Wissenschaftsfeindlichkeit. Es finden sich ja häufig themenspezifische Kontroversen, bin ich zu einem Thema, „lehne ich alles ab, aufgrund meiner politischen Überzeugung, meiner religiösen Überzeugung“ – dahinter stecken auch ganz andere Dinge, die vordergründig gar nichts mit der Faktenlage zu tun haben, um das vielleicht (das wurde heute auch schon angesprochen) ein

bisschen klarer zu ziehen, natürlich verbunden mit einem generellen Institutionenmisstrauen in manchen Bereichen.

Das sollte man durchaus mitdenken, aber darüber viel spezifischer denken, denn das war in meiner Wahrnehmung (wir sind hier auf dem Abschlusspanel, daher ein bisschen Hot Takes) ein bisschen viel wissenschaftspolitische Aufgeregtheit über: „O mein Gott, das Vertrauen in die Wissenschaft sinkt!“ Wir haben die Zahlen gesehen: In dieser Totalität stimmt die Aussage nicht. Und: „O mein Gott, die Wissenschaftsfeindlichkeit nimmt zu!“ Natürlich nehmen mediale Effekte zu. Es gibt Personen, die insbesondere in Social Media persönlich stark angegriffen werden. Das wird jetzt Gott sei Dank stärker thematisiert, aber das ist nicht so eine große Schwemme, die wir jetzt konstatieren müssen. Ich glaube, es wäre sinnvoll, da ein bisschen genauer hinzuschauen. Vielleicht geht das wieder nur granularer, nicht in der einen großen Feststellung.

Ein zweiter Punkt, der heute auch schon angesprochen wurde (ich glaube, das war bei Grunwald): Es ist alles eine Frage der Formate und der Austauschräume. Wenn man dann in der kleinen Runde spricht, jenseits der Kameras und nicht auf der großen Bühne, ist es ganz anders möglich, sich auszutauschen. Das heißt also, durch Formate und geeignete Austauschräume einen ganz anderen Austausch und ganz andere Gespräche zu ermöglichen (okay, auf Social Media rotzt jeder seine Kommentare hin, aber das ist nicht die Gesellschaft. Da gibt es viele andere Möglichkeiten) und durch angebotene Dialog- und Beteiligungsformate dazu einen Beitrag zu leisten.

Das kann man nicht alles auflösen, aber da kommen wieder diese dialogischen und partizipativen Formate ins Spiel, um diese Pluralität abzubilden, die sich sowohl in gesellschaftlichen als auch in

wissenschaftlichen Gruppen darstellt: In der Umweltforschung werden die Ingenieure, die am Dieselmotor arbeiten, eine andere Meinung haben als die Nachhaltigkeitsforschenden. Das spiegelt sich auch in gesellschaftlichen Gruppen wider: Die einen stellen Umweltschutz ins Zentrum, die anderen Fortschritt und technologische Narrative. Dort sollten differenziertere Aushandlungsprozesse ermöglicht werden. Denn das lässt sich nicht alles in Wohlgefallen auflösen, manches bleiben eben Differenzen.

Frank Niggemeier

Ich denke, wir haben alle, die wir Vernunft und Wissenschaft hochschätzen, die Verpflichtung, sie auch hochzuhalten.

Etwas konkreter hatte ich ja gerade anklingen lassen, dass ich es schon wichtig finde, dass die Wissenschaften, gerade wenn sie auf die Politik einwirken wollen oder auftragsgemäß sollen, ihre Geltungsansprüche differenzieren und nicht für das, was mit Sollen zu tun hat, eine Geltung beanspruchen. Für das Ist sollen sie die Geltung erfüllen: Das kann ich wissenschaftlich belegen. Man kann immer noch sagen: „Ja, da gibt es aber noch andere Zahlen, die haben Sie jetzt übersehen.“ Aber das ist der wissenschaftliche Anspruch.

Für die Sollensforderung, für die Empfehlung oder Handlungsoptionen (darauf läuft es immer hinaus, dass man nur Handlungsoptionen nennen kann, weil die Politik es ja nie eins zu eins macht), da würde ich schon diesen differenzierten Geltungsanspruch für wichtig halten, weil das Thema auch Unsicherheit und auch nicht letztlisches Wissen – man kann versuchen, die Trade-offs zu beschreiben. Aber selbst das hat seine Grenzen, und da zu sagen: „Wir haben es so weit es ging wissenschaftlich beleuchtet. Wir schlagen euch das und das vor, aber da sind wir uns nicht ganz sicher“, kann (das sieht man im Gesundheitswesen)

schnell andere Steuerungseffekte haben. Das finde ich wichtig, diesen differenzierten Geltungsanspruch.

Es gibt aber in der öffentlichen Debatte auch eine – nicht so sehr Wissenschaftsfeindlichkeit, das ist ja eben differenziert worden, aber ein mangelndes Selbstbewusstsein der Wissenschaften, was diesen wissenschaftlichen Status angeht, und dann wird es so: „Alles ist Wissenschaft.“ Ich hörte mal „Epistemologien“, wo ich dachte: Sorry, es gibt *eine* Epistemologie auf der ganzen Welt. Kausalität, Substanz, Akzidens, das sind Kategorien, in denen Wissenschaft auf der ganzen Welt funktioniert. Ich kann auch sagen: Es gibt vielleicht andere Zugänge zur Welt; ich kann ein mystisches Empfinden haben. Das kann ich respektieren, aber muss sagen: Das ist nicht Wissenschaft.

Ich finde, darüber sollten wir gerade als Wissenschaftler oder der Wissenschaft Verpflichtete nachdenken und aufpassen, damit es in der Talkshow nicht heißt, wir haben Frau Rockenbach als Wissenschaftlerin, sie hat das so gesagt, und jetzt haben wir einen Geistheiler: „Wie sehen Sie das denn?“ Das kann man machen, das ist natürlich auch für eine Talkshow etwas amüsanter, aber dann würde ich doch sagen: Wenn es um ein wirtschaftswissenschaftliches Thema geht, dann nehme ich doch Frau Rockenbach ernster, so sehr ich den Geistheiler oder den Astrologen respektiere, der mir dazu auch noch etwas sagt.

Judith Simon

Damit haben wir den Bogen wieder zurück gemacht zum Beginn heute Morgen, zur Frage, was Wissenschaft von Nicht-Wissenschaft unterscheidet, trotz all ihrer Pluralität und unterschiedlichen Methoden, die natürlich auch unterschiedliche Geltungsansprüche haben, ganz klar.

Malte Petersen

Ja, mein erster Gedanke war, dass ich jetzt für meinen Wirkungsbereich, für den Bereich Politikverwaltung, zum Glück in Deutschland noch keine Wissenschaftsfeindlichkeit direkt erlebt habe. Ich würde das also durchaus teilen, die Analyse, dass zumindest in Deutschland im Verwaltungsbereich die Wissenschaft nicht in Frage gestellt wird. Das ist ja erst mal eine gute Nachricht.

Trotzdem die Frage: Was können wir tun oder was kann ich aus meiner Position heraus tun? Ich denke, das Beste, was man tun kann, ist, zu zeigen, dass Wissenschaft hilft, bessere Lösungen zu finden, dass Wissenschaft dazu beiträgt und auch den Menschen, die sie kritisieren, zeigt, dass wir mit der Wissenschaft zusammen bessere Lösungen finden. Da gibt es natürlich Hindernisse, die das verhindern. Einige habe ich in meinem Einführungsstatement angesprochen: die Schwierigkeit, die beiden Systeme zusammenzukriegen – ich glaube, es lohnt sich, daran weiterzuarbeiten.

Ganz spannend ist, dass im aktuellen Koalitionsvertrag bewusst gesagt wird: Wir wollen uns mehr Zeit nehmen (da ist viel von der Initiative für einen handlungsfähigen Staat eingeflossen), bessere Gesetze zu machen, also bessere Lösungen für die Probleme zu finden, die wir identifizieren, und wollen uns dabei bewusst Zeit nehmen, um mehr Expertise von außen reinzuholen, also sowohl die Wissenschaft auch Betroffene.

Das ist erst mal eine Absichtserklärung, das ist klar. Wir wissen, dass Absichtserklärung und Realität zwei unterschiedliche Sachen sind. Aber ich sehe es für mich als wichtige Aufgabe, daran mitzuarbeiten, dass das mit Leben gefüllt wird und dass wir es tatsächlich schaffen, in dieser zusätzlichen Zeit, die man sich hoffentlich wirklich nimmt, dafür zu sorgen, dass wir gute Prozesse und gute Formate haben, um Evidenz ins System reinzubekommen.

Bettina Rockenbach

Es gibt ja Statistiken und Umfragen zu Wissenschaftsfeindlichkeit, und es ist so, dass das im Durchschnitt relativ konstant geblieben ist. Aber die Verteilung hat sich geändert. Es ist eher bimodal geworden: Es gibt weiterhin Leute, die ein sehr starkes Zutrauen zur Wissenschaft haben, aber auch andere, die überhaupt keins mehr haben.

Das ist, wie es eben angeklungen ist, in den Bereichen sehr unterschiedlich. Wenn wir zum Arzt gehen, wenn wir eine Krankheit haben, wollen wir natürlich die bestmögliche Behandlung haben, die die Wissenschaft anzubieten hat, damit wir möglichst schnell wieder gesund werden. Oder wir haben alle das Telefon in der Hand und freuen uns über die tollen Features und hinterfragen es nicht, was da alles ist. In vielen Bereichen vertrauen wir blind, in anderen aber nicht.

Ich glaube, es hilft zu gucken, was bei den Rezipienten passiert. Wir sind in einer Zeit der extremen Umbrüche, angefangen von der Pandemie, weiter ging es mit dem Angriffskrieg, jetzt weitere Kriege, der Klimawandel. Das ist für jeden von uns (da schließe ich mich und viele ein) ein gesellschaftlicher Umbruch, den wir uns so vielleicht gar nicht vorgestellt haben, und es ist gar nicht so einfach, sich da durchzumanövrieren und zu sagen: Was sind denn nun die Dinge, die ich tun sollte?

Ich glaube, was die Wissenschaft tun kann, ist, zu helfen, in dieser Komplexität Handlungsoptionen aufzumachen in dem Sinne, dass man sagen kann: Wir versuchen, die Komplexität zu reduzieren, nicht um es alles ganz einfach zu machen, aber um einen Weg dadurch zu gehen. Ich glaube, was die Leute überhaupt nicht goutieren (das kann ich auch gut verstehen), ist, dass dann Endzeitszenarien auf der einen oder anderen Seite stehen. Das

will man nicht mehr hören, also eher ein positiver Beitrag.

Denn ich glaube, und das sagten Sie [zu Malte Petersen] auch, es ist uns allen klar: Dadurch, dass wir Dinge ignorieren, werden die nicht weggehen. Krankheiten werden nicht verschwinden dadurch, dass wir sagen, die sind eigentlich gar nicht da, und das Klima schert sich auch nicht darum, was wir darüber meinen. Ich glaube, das muss man den Leuten nicht erklären, sondern das ist ihnen schon klar. Aber ein bisschen mehr auch von der Seite der Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben jetzt über Politikberatung gesprochen. Ich finde, wenn man in die USA guckt (und nicht nur da), müssen wir auch ein Angebot an die Bürgerinnen und Bürger machen. Viele von uns sind vielleicht aufgewachsen mit so einem Politikverständnis: „Na ja, die Politikerinnen und Politiker tun das in unserem besten Sinne, und wir können uns darauf verlassen, was die tun.“ In den USA würde ich es nicht mehr unterschreiben, dass sie das tun. Von daher finde ich es wichtig, einen mündigen Bürger zu haben, der auch die Politik herausfordert und sagt: „Ihr sagt uns, Impfen ist nicht mehr notwendig, das brauchen wir alles nicht mehr. Ja, wie gehen wir denn damit um und wie ist das vor dem Hintergrund der Evidenz, die wir zum Impfen haben?“

Von daher finde ich es wichtig, nicht nur über Politikberatung zu reden, sondern in diesem Sinne auch über Gesellschaftsberatung und so bisschen zu gucken, inwieweit wir die Bürger (und da beziehe ich mich auch ein) nicht durch zu große Komplexität zu sehr herausfordern, sondern da viel klarer sozusagen einen Kompass zu geben, ohne Handlungen vorzuschreiben. Das muss, wie gesagt, die Gesellschaft und die Politik selber sehen, aber als Beitrag der Wissenschaft etwas mehr Orientierung und einen Kompass in dieser wahn-sinnig komplexen und vernetzten Welt zu geben.

Judith Simon

Das ist natürlich eine sehr delikate und schwierige Aufgabe, die Orientierung zu liefern und gleichzeitig zu versuchen, nicht so stark zu bewerten, sondern genau diesen Spagat offenzulegen. Wir werden gucken, wo wir uns da verorten müssen.

Damit würde ich jetzt meinen Kollegen Hans-Georg Dederer auf die Bühne bitten als Publikumsanwalt für die Fragen und Kommentare aus Slido. Ich würde jetzt aber mit den ersten beiden Fragen aus dem Raum starten dann hier an Slido übergeben.

Frau Ria Noszkovics

Hallo. Mein Name ist Ria Noszkovics. Wir haben immer wieder gehört: Wissenschaft wird irgendwie auch gesellschaftlich gemacht. Wir hatten gehört von Gesellschaftsberatung und Politikberatung und vorhin auch davon, wie Wissenschaft in diesem Komplex von Wirtschaft, Ökonomie usw. funktionieren kann und sollte.

Jetzt möchte ich die Frage stellen, die mir schon den ganzen Tag im Hinterkopf herumspringt, nämlich: Wie kann Wissenschaft in der Logik der Wirtschaftlichkeit wirklich gut funktionieren? Denn wir sehen es politisch, wir sehen es gesellschaftlich, dass Wirtschaftlichkeit einen großen Stellenwert einnimmt und dass deswegen nicht immer die schlauesten Entscheidungen getroffen werden. Deswegen möchte ich Ihnen diese Frage stellen, weil ich ein bisschen aufgeschmissen bin, denn ich sehe, dass sich Wissenschaft teilweise in diese Logik einfinden muss, um zu funktionieren, und das ist nicht mein Bild oder mein Ideal von Wissenschaft.

Judith Simon

Vielen Dank, wer möchte?

Bettina Rockenbach

Ich würde das gerne abschichten und sagen: Die wissenschaftlichen Erkenntnisse stehen erst mal für sich und stehen da so, wie sie sind. Jetzt ist die Frage, was wir umsetzen und ob wir uns das als Gesellschaft, wenn Sie sagen Wirtschaftlichkeit, in der einen oder anderen Hinsicht leisten können oder leisten wollen. Das mag ein durchaus limitierender Faktor bei den Handlungsoptionen sein. Das ist völlig klar.

Aber das, was wir versuchen, ist, auf der Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu zeigen, welche Evidenz es gibt und was der Sachverhalt ist. An der Stelle sollten wirtschaftliche Aspekte noch keine Rolle spielen.

Philipp Schrögel

Ich würde gerne einhaken und vielleicht an einer Stelle widersprechen oder differenzieren. Natürlich stehen die Ergebnisse für sich, aber nur die, die da sind. Das heißt, der ganze Raum vorher – und das wurde heute auch ausdifferenziert: Welche von außen gesetzten Prioritäten gibt es in Ressortforschungseinrichtungen, in großen, politisch gesteuerten Förderprogrammen? Ein provokantes Beispiel: Forschen wir an Flugtaxis oder nicht? Da findet schon eine Auswahl statt.

Auch innerwissenschaftlich gibt es gewisse Großzyklen, was gerade en vogue ist aus den innerwissenschaftlichen Trends und Tendenzen, aus den Schulen, die sich durchsetzen. Da finden durchaus Priorisierungen statt. Das ist kein neutraler, unerschöpflicher Pool an allparteilichen Informationen, sondern da gibt es schon Setzungen. Das ist durchaus signifikant. Ich glaube, damit muss man umgehen, aber eben über Gremien, über Pluralität an Perspektiven. Ich glaube, das wäre wichtig, das mitzudiskutieren.

Judith Simon

Ich würde jetzt gern mit zwei Sätzen aus der Rolle fallen und mache das auch kurz.

Es gibt noch zwei andere Aspekte, die eine Rolle spielen: zum einen gerade in Bereichen der Informatik der große Druck durch Forschung in der Privatwirtschaft. Das ist ein Aspekt, der auch eine große Rolle spielt und einen Druck auf die Wissenschaften ausübt; und zum anderen eine gewisse Effizienz- und Performance-Logik in der Wissenschaft selber, die wieder eine ganz andere Art von ökonomischer Logik ist. Die Tatsache (wir hatten das ganz am Anfang, ich erlaube mir, es noch mal mit reinzunehmen), dass wir über Metriken der Anzahl von Publikationen und Zitationen gemessen werden, führt dazu, dass Leute immer mehr Paper publizieren mit der Hilfe von ChatGPT, was die wissenschaftliche Qualität erschwert.

Ich habe das ergänzt, weil das andere Aspekte dieser Wirtschaftlichkeitsfragestellungen sind, die Sie angeregt haben. Aber jetzt bin ich wieder zurück in meiner Moderationsrolle und gebe Ihnen hier vorn das Wort.

Frau NN

Vielen Dank für die Möglichkeit, Fragen zu stellen, die ich ja sehr gern annehme. Ich habe mal in einem wissenschaftlichen EU-Projekt zur Technikfolgenabschätzung von Climate-Engineering-Maßnahmen mitgearbeitet. In dem Zusammenhang hatten wir auch einen Szenario-Workshop, wo alle Wissenschaftler des Projekts, die an dem Tag Zeit hatten, zusammengekommen sind und an (sagen wir mal) vier Kernszenarien überlegt haben, wie eine Umsetzung von Climate Engineering aussehen könnte, was sich für Folgen ergeben, und das aus verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven in Kleingruppen, aber doch interdisziplinär gemeinsam beleuchtet haben: Der

Naturwissenschaftler hat gesagt, was die Umsetzung wäre, der Ökonom hat gesagt, ob es machbar ist, der Politologe, welche gesellschaftlichen Voraussetzungen damit einhergehen usw. Ich fand das sehr bereichernd und sehr eindrucksvoll, muss ich immer noch sagen, obwohl es schon eine Weile zurückliegt.

Ich könnte mir vorstellen, dass diese Art Format auch für die Wissenschaftskommunikation sehr sinnvoll ist, wenn man direkt vor Ort eine entsprechende Fachexpertise punktgerecht abfragen kann, wo man sie braucht und wo die Frage gerade auftaucht.

Mich würde interessieren, wie das Panel dazu steht, zu solchen Szenarienanalysen, und bis zu welchem Bevölkerungslevel man das runterbrechen kann oder wie Sie sich diese Formate mit Politik, Bevölkerung, Gesellschaft und Wissenschaft vorstellen. Danke.

Judith Simon

Danke schön. Wer möchte?

Malte Petersen

Das geht ein bisschen in die Richtung des Formats, was ich kurz angerissen habe mit dem Fachforum. Genau das war eine Frage, die uns umgetrieben hat: Was ist eigentlich ein geeigneter Umriss für so ein Format? Denn wenn man das sehr groß macht, dann (so ist zumindest die Vermutung) wird das von den Ergebnissen unkonkreter. Das heißt, wenn ich wirklich dahinkommen will, dass ich entscheide, in welche Richtung eine Lösung geht, dann kann ich das besser in einer kleineren Gruppe machen.

Wir haben damals das Format 5 plus 5 plus 5 genannt, also als Daumenregel: fünf Personen aus der Wissenschaft, fünf aus der Verwaltung, für fünf Stunden zusammen, ganz bewusst, um die Hürde klein zu halten, das durchzuführen. Denn ich merke bei den Kolleginnen und Kollegen,

dass die unter einem extremen Zeitdruck stehen, wenn es darum geht, Gesetze zu erarbeiten, und dass die Vorstellung, nebenbei noch sehr große Formate zu machen, eine riesige Hürde ist. Je kleiner und je handhabbarer man das macht, umso eher findet es auch statt und wird zur Regel, so die Hoffnung.

Ich will nicht sagen, dass größere Formate nicht sinnvoll sind. Das hängt auch von der Fragestellung ab. Wenn ich große gesellschaftliche Themen habe, über die es einen Dialog braucht, wenn ich in Richtung Werteentscheidungen komme, wo ich vielleicht auch die Wissenschaft mit einbinden will, um bestimmte Auswirkungen – wir haben ja das Beispiel Manganknollen; das ist vielleicht nicht eins zu eins übertragbar, aber wo es darum geht, Szenarien wissenschaftlich zu begleiten, zu sagen: Was haben verschiedene Handlungsoptionen für Folgen? Und am Ende muss eine Wertentscheidung getroffen werden, dann kann es eine sehr gute Idee sein, das größer zu machen als dieses kleine Format und möglichst viele Leute mitzunehmen. Denn am Ende bricht man es wahrscheinlich auf das herunter (auch dieses andere Beispiel, das ich gebracht habe), dass eine gelungene Problemlösung immer auch heißt, alle, die es umsetzen und akzeptieren müssen, möglichst früh und möglichst umfangreich mitzunehmen.

Frank Niggemeier

Um vielleicht etwas Wasser in den Wein zu schütten: Ich finde, ähnlich wie die Wissenschaften können auch Bürgerbeteiligungsformate nur Handlungsoptionen aufzeigen. Ich wäre schon aus demokratietheoretischen Gründen und auch als Bürger, sozusagen sowohl theoretisch als auch praktisch, sehr dafür, dass wir die Entscheidungen, was letztlich passiert, den dafür gewählten

Gremien (Bundestag, Landtag, Kommunalverwaltung, je nachdem) überlassen. Es hat gute Gründe, dass wir das so organisiert haben.

Aber natürlich – ich selbst habe als Referatsleiter Ethik im Gesundheitswesen (ich war nicht nur Geschäftsführer) in den letzten Jahren ein Format gefördert, die Bürgerkonferenz in Potsdam, Robotik in der Pflege. Das ist ein wunderbares und gelungenes Projekt gewesen, wo die Bürger Leitlinien für Robotik in der Pflege entwickelt haben. Das kann ich nur empfehlen, das kann man im Internet aufrufen. Es hat mir sehr viel Spaß gemacht, das zu fördern.

Trotzdem würde ich sagen: Sie haben jetzt diese Leitlinien entwickelt, und was davon Politik wird, muss der Bundestag, der Landtag, der Pflegedienstdirektor, je nachdem, ob das auf der Makro-, Meso- oder Mikroebene eingesetzt wird, die müssen es entscheiden, denn die haben die Verantwortung. Wenn ich als Pflegedirektor eines Pflegeheims sage: „So, wir machen das jetzt so und so mit der Robotik bei mir“, dann kann ich vielleicht diese Leitlinien gut nutzen.

Das muss man bei diesen Formaten (wo ich auch finde, manche gehen sehr gut und das sind tolle Erfahrungen) immer im Kopf haben: Das kann die politische Entscheidung und natürlich auch Verantwortung nicht ersetzen.

Bettina Rockenbach

Ich finde das, was Sie vorgeschlagen haben, als Instrument für eine Kommunikation und einen Transfer sehr gut. Wir haben so etwas gemacht mit Schülerinnen und Schülern, die wir zwei Tage zu uns eingeladen haben. Da ging es um das Thema Landwende, wie Landnutzung ist, Biodiversität, Städte entstehen, Größe von Städten, Service von Städten usw. Die haben das in einer Art Planspiel mit allem, was dazugehört, aber auf

der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse durchgespielt und ihre Präferenzen geäußert, aber auch gesehen, was es sozusagen für Nebenwirkungen hat.

Wenn wir darüber reden, dass wir Empfehlungen geben und dass das Trade-offs hat, ist das natürlich recht abstrakt, und das ist ein Format, was dem Ganzen Leben einhaucht. Das finde ich von daher ziemlich gut, und das ist etwas, was man stärker auch an Schulen einbringen könnte, dass man auch Formate für Lehrerinnen und Lehrer gibt, dass die an Projekttagen vielleicht mal solche Dinge mit ihren Klassen durcharbeiten, damit man sieht, vor welchen Entscheidungen die Politik oder die Gesellschaft steht, wenn sie Entscheidungen in der einen oder anderen Richtung treffen muss. Von daher finde ich das sehr gut.

Wenn ich noch einen Punkt auf die letzte Frage antworten darf: Ich bin eine große Verfechterin der Grundlagenforschung, also noch mal ein Plädoyer: Damit das, was Sie gesagt haben, nicht aus anderen Interessen kommt, ist Grundlagenforschung extrem wichtig.

Judith Simon

Ich würde die Frage noch dazunehmen und dann Hans-Georg Dederer um ein, zwei kurze Fragen bitten. Dann kann sich jeder eine Antwort rauspicken.

Astrid Berner-Rodoreda

Mein Name ist Astrid Berner-Rodoreda. Erst mal herzlichen Dank für die Vorträge heute, die alle sehr interessant waren. Für mich hat aber doch das positivistische oder postpositivistische Weltbild stark überwogen heute in der Wissenschaft oder wie die Wissenschaft dargestellt wurde. Was mir zu kurz kam, ist ein konstruktivistisches Weltbild, das sich auch durch die qualitative Forschung ausdrückt.

Da wäre meine Frage, wenn wir uns diesen Nexus zwischen Gesellschaft, Wissenschaft, Politik angucken: Wie ist Ihre Beurteilung, wenn wir die positivistische oder postpositivistische Forschung mit einer konstruktivistischen vergleichen? Ist die eine ein bisschen näher dran? Ist es bei der einen ein bisschen einfacher, es hinzubekommen, oder sehen Sie da keine großen Unterschiede?

Hans-Georg Dederer

Darf ich da direkt anschließen? Wunderbar. Es sind eine Reihe von Fragen zur Wissenschaftsberatung und Wissenschaftskommunikation. Es gibt zwei Komplexe, die beide gleich interessant sind, aber der eine hat mehr Likes. Das ist der institutionelle Aspekt und die Frage, welche Rolle spielt ..., und jetzt kommen Akteure: erstens AfD, zweitens Ressortforschung, drittens Wissenschaftsrat, in dieser Reihenfolge des Rankings.

Die erste Frage wäre institutionell: Welche Rolle spielt die AfD? Wie sollte mit der AfD im Rahmen von wissenschaftlicher Politikberatung umgegangen werden? Einladen? Ihnen eine Bühne bieten? Erste Erfahrungen hätten gezeigt, so der Frager, die Fragerin, dass sie diese durchaus nutzen, sich sehr gut vorzubereiten und Wissenschaft bloßzustellen.

Der zweite Akteur, um den es geht, sind die Ressortforschungseinrichtungen. Die gibt es ja schon. Sie sind nah am politischen Prozess, ausgestattet mit Beratungskompetenz und divers verbunden mit Nicht-Ressortforschungskompetenz. Welche Rolle spielen die oder sollten die spielen?

Die zweite Frage ist systemisch, strukturell, ist an die Leopoldina adressiert und betrifft den Altersdurchschnitt der Mitglieder: Der sei hoch, der Männeranteil ebenfalls, die Disziplinen seien nicht gleichmäßig vertreten. Sind das gute Voraussetzungen für eine Politikberatung?

Ein Aspekt, der noch dazukommt: Wie ist es mit der Perspektive des Globalen Südens? Das war eine andere Frage, aber das wird am Ende auch ein systemisches Problem von Wissenschaft und Wissenschaftsberatung.

Judith Simon

Jetzt haben wir noch ein Programm für den ganzen Tag und ich würde Sie bitten, dass Sie sich kurz etwas rauspicken.

Frank Niggemeier

Ich sage kurz etwas zur Ressortforschung, weil ich ja lange im Gesundheitsministerium gearbeitet habe.

Wir haben bedeutende Institute und auch Projekte der Ressortforschung (besonders bekannt ist das Robert Koch-Institut). Sie spielt natürlich eine Rolle und berät auch politikwissenschaftlich. Da ist es so, wie auch im Sachverständigenrat Gesundheit, dass die Politik nicht immer all das macht, was von den Experten in der Ressortforschung gesagt wird. Da kommen wir wieder in diesen Abwägungsprozess, wo ich als Bürger aber auch nicht so traurig bin, weil ich sage: Selbst diese wunderbaren Wissenschaftler im RKI oder im PEI, Paul-Ehrlich-Institut, haben natürlich nur *ihre* spezifische Perspektive auf dieses Problem (da sind wir wieder beim Geltungsanspruch). Und da würde ich schon respektieren, dass Wissenschaftler in eine Gesamtabwägung treten müssen. Also insofern: Ressortforschung spielt eine Rolle, wird ernst genommen, aber nicht eins zu eins.

Philipp Schrögel

Ich würde gerne die Frage nach dem Globalen Süden aufgreifen. Ein wichtiger Punkt ist; Sie hatten es ja vorhin angesprochen [zu Frank Niggemeier]: Wann ist es Wissenschaft? Und dann hole ich den Hellseher vom Jahrmarkt dazu.

Im globalen Kontext gibt es ja die Diskussion über indigene Wissensbestände. Natürlich sind die ein anderes Verständnis von Zugang zu Welt und nicht mit einer westlich geprägten Wissenschaftstradition zu vergleichen. Ein konkretes Beispiel: ein Kollege, der zur Indigenous Astronomy in Australien forscht, wo in Liedern und Gesängen ganz andere Zugänge zu Himmelsbeobachtungen drinstecken, wo es sich durchaus lohnt, hinzuschauen, was hier heutzutage ...

Frank Niggemeier

Hinschauen lohnt sich immer.

Philipp Schrögel

Nein, so war es nicht gemeint. Aber nur um klarzustellen, dass darin auch andere Perspektiven drinstecken, die auch diese Perspektive aufgreifen und Ähnliches.

Sie [zu Bettina Rockenbach] hatten sich für die positiven Szenarien eingesetzt. Prinzipiell ja, aber ich muss dazu sagen, ich habe hier in Heidelberg zur Apokalypse und zur Apokalypsen-Kommunikation geforscht, und wenn wir über die Klimakrise sprechen, dann ist es hier vielleicht nett zu sagen: „Gut, wir müssen uns das Positive daran angucken, und ein Strohalm weniger – so schlimm ist es hier doch gar nicht.“ Aktuell sterben im Globalen Süden schon sehr viele Menschen, und gerade im globalen Diskurs kann es durchaus relevant sein, sich dieser Verteilung bewusst zu sein. Natürlich nicht in jedem Alltag (es macht hier die Anwendungsorientierung nicht besser, wenn ich darauf hinweise, dass es zehntausend Kilometer entfernt andere Probleme gibt), aber das im politischen und im wissenschaftlichen Diskurs nicht vergessen zu lassen, und dann kann man auch mal über die Apokalypse sprechen.

Bettina Rockenbach

Zur Leopoldina: Es ist richtig, was gesagt wurde. Ich hatte ja gesagt, dass die Mitglieder aufgenommen werden, wenn sie ein Standing, eine Exzellenz in ihrem Feld haben. Das ist meistens in höherem Lebensalter. Außerdem werden sie auf Lebenszeit gewählt, und dazu kommt noch, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oft ein gesegnetes, hohes Alter haben. Wir haben *sehr* viele über 90-Jährige, auch 100-Jährige plus. Die lebenslange Mitgliedschaft, die wir haben, ist natürlich etwas, was den Durchschnitt stark hochzieht.

Das ist auch genau das Problem, dass der Frauenanteil nur langsam steigt. Bei den neu Zugewählten haben wir einen Frauenanteil von im Moment 36, 37 Prozent. Das liegt über oder bei dem Durchschnitt der Frauen in der Wissenschaft. Aber bis sich das in die ganz hohen Altersgruppen durchzieht, braucht es seine Zeit.

Wir haben die Junge Akademie für junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler zusammen mit der Berlin-Brandenburgischen Akademie, und es gibt Themen, die vielleicht naturwissenschaftlich altersunabhängig sind. Aber bei Themen, die vielleicht einen altersheterogenen Blick bräuchten, versuchen wir, bei Mitgliedern oder Nichtmitgliedern das Portfolio altersmäßig etwas weiter aufzuspreizen. Aber der Rest, dass der Altersdurchschnitt hoch ist, stimmt durchaus.

Judith Simon

Letztes Wort von Ihnen.

Malte Petersen

Für mich war da noch AfD, Wissenschaftsrat oder Ressortforschung. Vielleicht ein Stichwort: Welche Rolle spielen Ressortforschung und Wissenschaftsrat? Die spielen in unseren Ansätzen alle

eine Rolle. Es geht immer darum: Wer ist am besten zu einem Thema sprechfähig und wie komme ich an die Leute ran? Oft ist die Ressortforschung gut eingebunden, aber nicht zu jedem Thema. Ich habe das für unser Thema Verhaltenswissenschaften schon erwähnt, wo es eben kein Ressortforschungsinstitut gibt. Das heißt, es gibt je nach Fragestellung unterschiedliche Zugangswege und unterschiedliche Kooperationswege.

Zum Stichwort AfD. Es ist ein wichtiger Unterschied, der heute noch nicht so sehr thematisiert worden ist, dass wissenschaftliche Beratung nicht nur im Bundestag stattfindet, sondern auch stark gegenüber der Bundesregierung; das sind ja zwei getrennte Wege, die Beratung nehmen kann. Deswegen kann ich in meiner Rolle hier nichts zur AfD sagen.

Ich kann nur sagen: Vergessen Sie die Bundesregierung nicht als Ansprechpartner für wissenschaftliche Beratung, denn sie hat auch ein Initiativrecht für Gesetze, und da kommen auch die meisten Entwürfe her. Das heißt, wenn man frühzeitig mit wissenschaftlicher Evidenz einsetzen will, ist das ein wichtiger Ansatzpunkt, und nicht erst die wissenschaftlichen Anhörungen im Bundestag, die natürlich auch nicht vergessen werden dürfen, aber es sind beide Wege mitzudenken.

Judith Simon

Vielen Dank. Ich werde jetzt kein Schlusswort sprechen (dafür haben wir keine Zeit), möchte aber einen Satz dranhängen.

Ich habe mich erinnert, dass wir die Jahrestagung dieses Jahr zum Thema Solidarität hatten, und wenn wir Wissenschaft verteidigen und resilient machen wollen, dann sind wir auf Solidarität angewiesen, und zwar einerseits von Politik und Medien, dass sie nicht in einen anti-intellektualistischen Kulturkampf einsteigen, und gleicherma-

ßen auf die Solidarität innerhalb der Wissenschaft, dass sie auch hinschauen und laut wird, wenn Fächer angegriffen werden wie Gender Studies oder Postcolonial Studies, die vielleicht von den harten Naturwissenschaftlern manchmal noch ein wenig belächelt werden. Ich glaube, diese Art von Solidarität müssten wir alle mitnehmen. Damit ende ich jetzt und gebe das Wort an Herrn Frister.

Schlusswort

Helmut Frister · Vorsitzender des Deutschen Ethikrates

Meine Damen und Herren, wir stehen am Ende einer sehr dichten und intensiven Veranstaltung, die mir eine Fülle von Einsichten vermittelt hat.

Ich glaube, was mehr als klar geworden ist, ist, dass Wissenschaft politische Wertentscheidungen nicht ersetzen kann. Es ist auch deutlich geworden, dass sie dabei helfen kann, die Folgen politischer Entscheidungsalternativen abzuschätzen. Da verantwortliches Entscheiden voraussetzt, dass man diese Folgen erkennt, gegeneinander abwägt und das Abwägungsergebnis auch bewertet, ist der Beitrag der Wissenschaft für politische Entscheidungen schon wichtig. Insofern ist es sicherlich nicht richtig zu sagen: „Folge der Wissenschaft“, aber das, was hier im Publikum formuliert worden ist, nämlich die Wissenschaft nicht zu ignorieren, kann man, glaube ich, durchaus so mitnehmen.

Noch ein zweiter Punkt, der auch aus dem Publikum gekommen ist, wäre mir wichtig, nämlich auch ein bisschen den Empfänger in den Blick zu nehmen. Wir haben heute Morgen gelernt: Wissenschaft zeichnet sich durch das Bestreben aus, die Dinge so zu beschreiben, wie sie sind, und die Rezeption durch das Publikum setzt voraus, dass die Bereitschaft vorhanden ist, eine Beschreibung der Dinge so zu akzeptieren, wie sie ist, und nicht,

wie man sie gerne hätte. Das ist manchmal gar nicht so einfach, weil wir ja alle eine gewisse Neigung haben, uns die Welt schönzureden. Aber wir wissen alle: Wenn man auf dieser Basis Entscheidungen trifft, fällt man irgendwann auf die Nase.

Aber bevor ich jetzt weiter korreferiere, komme ich zu der eigentlichen Funktion eines Schlusswortes, und das ist der Dank an die Beteiligten. Ich danke noch mal der Universität Heidelberg für die Räumlichkeiten, ich danke der Technik vom Haus und von Elakustik und den Gebärdensprachdolmetscherinnen. Ich danke den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle und nenne stellvertretend Steffen Hering, herzlichen Dank, und der Vorbereitungs-AG des Ethikrates, da nenne ich stellvertretend die Sprecherinnen Eva Winkler und Uta Eser. Ich danke unseren Referent:innen, Moderator:innen und Publikumsanwält:innen. Und vor allem danke ich Ihnen, dem Publikum vor Ort und online, für das geduldige Zuhören und für die klugen Fragen und Kommentare.

Wir hatten im Livestream etwa 700 Teilnehmer. Davon hat sich immerhin ein Zehntel (das ist ein hoher Anteil) über Slido an der Diskussion beteiligt. Leider konnten nicht alle Fragen hier gestellt werden.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz auf zukünftige Veranstaltungen des Ethikrates hinweisen, die ebenfalls im Livestream verfolgt werden können. Das wird unsere Jahrestagung am 17. Juni 2026 in Weimar sein zum Thema „Demokratie unter Druck“, und wir werden am 11. November 2026 in Leipzig mit dem Titel „Triff den Ethikrat. Eure Vorstellung vom guten Leben“ eine Schülertagung organisieren.

Wenn Sie wollen, können Sie gern in den sozialen Medien (Instagram, LinkedIn und Bluesky) mit uns diskutieren. Bitte füllen Sie auch die Teilnehmer:innenbefragung aus, damit wir ein Feedback haben.

Damit sind wir am Ende. Ich wünsche all denen, die hier sind, dass sie gut nach Hause kommen, einen schönen Abend, und das natürlich auch an unsere Zuschauer im Livestream.